Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

19. Januar 1981
Jg. 2 Nr. 2

Preis:
2 DM

Polen: Die Sowjetunion droht und zögert, die NATO lauert auf Interventionsmöglichkeiten Seite 3

Jugend: Gewerkschaften, Parteien und Verbände beziehen Position zu Forderungen der Jugendbewegungen Seite 13

Landeshaushalt Hamburg: Stellenstopp — Schon jetzt hohe Arbeitsbelastung, z.B. im Krankenhaus und Bezirksamt Seite 25

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

Polen: Die Sowjetunion droht und zögert, die NATO lauert auf Interventionsmöglichkeiten ..... Seite 3

Friedenstaubengurren ..... Seite 3

Seemacht UdSSR ..... Seite 4

1939: Nichtangriffspakt und Zweifrontenkrieg ..... Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Bundeshaushalt 81: Matthöfers „Sparetat" – Statt Notverordnungen ..... Seite 7

Namibia-Konferenz: Südafrika führt Marionetten vor ... Seite 7

USA: Banken kassieren Rekordzinsen – neue Welle der Kapitalvernichtung ..... Seite 8

USA, EG, Japan: Krach um Exportkredite in vollem Gang Seite 8

Agrarpreise: Die Unterstützung der Bauern ist dringend erforderlich ..... Seite 10

Antarktis: Forschungsexpedition der BRD: Rohstoffjagd Seite 11

Metall: 2,5% geboten, IGM auf dem Teststand ..... Seite 12

Korsische Nationalisten: Massive Proteste gegen Sondergerichtsprozess ..... Seite 12

Jugend: Gewerkschaften, Parteien und Verbände beziehen Position zu Forderungen der Jugendbewegungen ..... Seite 13

Wie die großen Verbände auf die Forderungen der Jugend eingehen ..... Seite 13

Die Kapitalisten haben sich von den Ausbildungskosten entlastet, seit 1976 steigt die Berufsausbildungsquote wieder ..... Seite 14

Punk – Versuch der Gegenwehr mit bürgerlichen Mitteln Seite 16

Einkommenslage der Jugend ..... Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Automobilindustrie: MAN-Nutzfahrzeugbau: Kein Konjunkturtief in Sicht ..... Seite 19

Bauhauptgewerbe: BRTV abgeschlossen: Fahrtkosten werden erstattet ..... Seite 19

Anwerbestopp: „Berchtesgadener Modell" verschlissen Seite 20

Verbandklage: Bundesregierung plant Spaltungsmanöver Seite 20

Bauern: Am 14. Februar Bauerndemonstrationen in allen Kreisstädten ..... Seite 21

Wohnungsnot: Wohnraumpolitik des Westberliner Senats: Gezielte Verknappung mietgünstiger Wohnungen ..... Seite 22

Niedersachsen: SPD-Gesetzentwurf zur Ausführung des § 218 Seite 23

Schulen: Ganzes Kollegium versetzt ..... Seite 23

Berufsschulen: Kapitalisten sollen Unterbringung zahlen Seite 24

Lehrerprüfung NRW: Mit 4,01 bereits durchgefallen ... Seite 24

Landeshaushalt Hamburg: Stellenstopp – Schon jetzt hohe Arbeitsbelastung, z.B. im Krankenhaus und Bezirksamt ... Seite 25

Kämpfe gegen die Sparmaßnahmen des Senats in Hamburg 1975/76 ..... Seite 26

Stichwort Rationalisierung im Öffentlichen Dienst ..... Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Indien: Pachtsystem treibt Bauernmassen in Verschuldung Seite 29

Afghanistan: Wachsender Widerstand in der Beamtenschaft Seite 29

VR China: Preisstopp, Importdrosselung und Stärkung der Planwirtschaft ..... Seite 30

Italien: Gewerkschaften gegen Lohnsteuerausplünderung Seite 31

Schweiz: Sondergesetze nach BRD-Muster ..... Seite 31

US-Geiseln: Das Spionagenest in der Teheraner Botschaft kommt die US-Imperialisten teuer zu stehen ..... Seite 32

Osttimor: Schwierige Kampfbedingungen für Fretilin ... Seite 33

Eritrea: Äthiopische Offensive, Friedensplan der EPLF Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Die blaue Lagune: Zum Träumen von „Freiheit" – Robinson jetzt neu und gleich zu zweit ..... Seite 34

Schöpfungsbericht des Dogonvolkes ..... Seite 34

Die Räuber vom Liang Schan Moor ..... Seite 34

Heyne wärmt HJ-Lektüre auf ..... Seite 35

Homo futurus: Stammeskultur – alternative Lebensform oder Zuchthaus? ..... Seite 35

Fußball: Mini-WM: Nichts mit der „Ehre des Vaterlandes" Seite 36

Schachrechner: Eine spannende Entwicklung, die etwas langweilig beginnt ..... Seite 37

Bürgerliche Geldtheorie: Friedmans Handreichungen für Thatcher, Reagan und andere ..... Seite 37

„Natürliche Bevölkerungsbewegung" im Imperialismus – einige Daten ..... Seite 39

Die Reaktion verschärft die Ehrenberggesetze ..... Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für die internationale Berichterstattung Wolfgang Müller; für die BRD und Westberlin Christiane Schneider; für Nachrichten Ulrich Grothus.

Polen

Die Sowjetunion droht und zögert, die NATO lauert auf Interventionsmöglichkeiten

Nach wie vor stehen die vor Monaten zusammengezogenen sowjetischen Divisionen einsatzbereit an der Grenze zu Polen. „Antisozialistische Kräfte", drohte die Nachrichtenagentur Tass zu Neujahr, „verbreiten durch 'Solidarität'-Kanäle bewußt provokatorische Forderungen, deren Verwirklichung zu einer Vertiefung der Disproportionen in der polnischen Wirtschaft und zu einer wachsenden Spannung auf dem Binnenmarkt führen würde" – das Kommunique für einen Einmarsch in Polen ist bereits abgefaßt.

Aber, können die Sozialimperialisten, wie sie wollen? Die Gründe, die sie ihre Truppen in Marsch haben setzen lassen – die Auswirkungen, die ein Erfolg der polnischen Arbeiterbewegung auf die Entfaltung der Klassenkämpfe im ganzen RGW-Block unweigerlich hat –, sind dieselben, die sie zögern lassen. Sicher, unter militärischen Gesichtspunkten ist die Besetzung Polens für sie kein unlösbares Problem. Das Problem aber, das ihnen die polnische Arbeiterbewegung bereitet, läßt sich mit dem Militärstiefel nicht einfach niedertrampeln, gerade weil die Arbeiterbewegung sich nicht vor den Karren bürgerlich-nationalistischer Kräfte spannen läßt, sondern den Kurs, den sie mit den 21 Punkten von Gdansk eingeschlagen hat, mit viel taktischem Gespür weiterverfolgt. Vielleicht könnte eine sozialimperialistische Besatzung die Gewerkschaft 'Solidarität' zerschlagen; aber selbst wenn die sowjetischen Generäle jedem polnischen Arbeiter einen Besatzungssoldaten zur Seite stellten, was praktisch ohnehin undurchführbar ist, ließe sich die seit mehr als zehn Jahren gereifte soziale Bewegung schwerlich ersticken.

Außerdem: Würde die sowjetische Arbeiterklasse bei der Unterdrückung ihrer Klassenbrüder, deren Ergebnis schließlich auch wäre, daß sie selbst in den nächsten Jahren kaum Luft holen könnte, stillhalten? Bei ihrem Überfall auf die CSSR 1968 hatten die Sozialimperialisten die Invasionstruppen in den

Breschnew vor Weltkrieg II-Karte. Heute ist die SU selbst Aggressor.

Städten bereits nach drei Tagen austauschen müssen. Würden die Wehrpflichtigen, die sie einsetzen müßten, für Invasion und langwierige Besatzung überhaupt einsetzbar sein? Jedenfalls, die Sozialimperialisten zögern.

Schließlich bindet auch der anhaltende Widerstandskrieg des afghanischen wie des kampucheanischen Volkes erhebliche Kräfte der Supermacht und engt ihren Handlungsspielraum ein.

Dennoch, die Gefahr eines Einmarsches ist nicht gebannt. Die Aufgaben der polnischen Arbeiterklasse sind umso komplizierter, als die westlichen Imperialisten, v.a. die USA, die BRD, Großbritannien und Frankreich, auf der Lauer liegen, um bei einem möglichen Rückschlag für die Sowjetunion nachzusetzen. Gegenwärtig ist Polen mit 23 Mrd. $ bei ihnen verschuldet. Es fordert ein Schuldenmoratorium, um den doppelten Druck wenigstens etwas zu lockern; aber anstatt diese Forderung zu erfüllen, bieten die vier Mächte jetzt neue Kredite in Höhe von zusammen 1,4 Mrd. $, für die Polen bei ihnen zu kaufen hat und mit denen sie ihren Zugriff und ihre direkten Einflußmöglichkeiten weiter ausbauen. Unter diesen Bedingungen und in dieser Lage sind die Kreditangebote, lautstark untermalt von Gegendrohungen gegen die SU, halbe Garantieerklärungen.

Auch wenn die Sozialimperialisten nicht in Polen einmarschieren, weil sie nicht können – und dies wäre für sie ein empfindlicher Rückschlag –, nehmen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Rivalen immer mehr Gestalt an. Die Sowjetunion würde nicht zurückstecken und könnte es auch kaum. Sie wird ihre Rüstungsanstrengungen forcieren. Sowieso ist sie durch den NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß in der Lage, für 50 Mrd. $

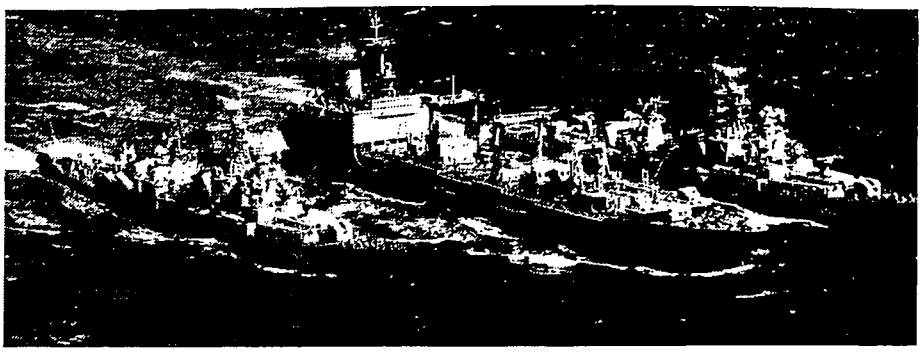
Friedenstaubengurren

„Die Ausführung der NATO-Pläne (zur Mittelstreckenraketenstationierung) würde die Situation in Europa unweigerlich verschärfen und die internationale Atmosphäre als Ganzes weitgehend vergiften.

Es ist kein Geheimnis, daß bei der Vorbereitung dieser gefährlichen Pläne neben den USA der Bundesrepublik Deutschland nicht die bescheidenste Rolle eingeräumt worden ist. Offen gesagt stehen diejenigen, die die Politik dieses Landes bestimmen, heute vor einer sehr ernsten Alternative. Sie werden sich entscheiden müssen, was für die BRD besser ist: zur Festigung des Friedens in Europa und zur Entwicklung einer auf gegenseitigen Vorteil beruhenden friedlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten im Geiste guter Nachbarschaft und wachsenden gegenseitigen Vertrauens beizutragen oder aber eine neue Verschärfung der Situation in Europa und in der Welt zu begünstigen, indem sie auf ihrem Boden amerikanische Raketen- und Kernwaffen stationieren, die auf die UdSSR und deren Verbündete zielen. Verständlicherweise würde sich in diesem zweiten Fall auch die Gefahr eines Gegenschlags gegen die BRD selbst um ein Vielfaches erhöhen, sollten diese Waffen einmal von ihren Herren und Gebietern eingesetzt werden ...

Was die Sowjetunion betrifft, so wiederhole ich immer wieder, daß wir keine militärische Überlegenheit anstreben. Es war und ist nie unsere Absicht, irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten zu bedrohen ... Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: In den letzten zehn Jahren ist im Bereich des europäischen Teils der Sowjetunion die Zahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein einziges Flugzeug erhöht worden. Im Gegenteil, die Zahl der Abschußrampen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen."
(Breschnew auf einer Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der DDR am 6.10.1979)

Seemacht UdSSR



Befähigt der enorme Ausbau der Marinekapazitäten die UdSSR zum Kampf um die Vorherrschaft auf den Weltmeeren? Würde man der sozialimperialistischen Flottenrüstung dies Ziel unterstellen, müßte man die Kriegsgefahr unterschätzen, die von der russichen Flottenrüstung gegenwärtig bereits gesteigert wird, denn diese Flottenrüstung reicht auf lange Sicht nicht hin, den Kampf um die Beherrschung der Weltmeere aufzunehmen. Die strategische Bedeutung der Flottenrüstung der UdSSR ergibt sich aus den vielseitigen Möglichkeiten von kombiniertem Land/Seekrieg, die die UdSSR hat und aus denen sich begrenzte Anforderungen an die Flottenkapazität stellen.

In der Ostsee muß die Kapazität ausreichen, um die Verbindung zwischen der BRD und Nordskandinavien auf dem Seeweg zu unterbrechen, Landungsunternehmungen der NATO an der südlichen Ostseeküste bereits im Entwicklungsstadium zu zerschlagen und gegebenenfalls Landungsunternehmen auf der jütländischen Halbinsel durchzuführen. Genügt die Ostseeflotte diesen Forderungen, sind die Bedingungen für Landoperationen gegen das Staatsgebiet der BRD und Westberlins sowie gegen die skandinavischen Länder bedeutend verbessert.

Die Nordmeerflotte der UdSSR muß im Stand sein, die Verbindung zwischen den USA und Mitteleuropa so unsicher zu machen, daß Nachschub im großen Stil jedenfalls unkalkulierbar unsicher wird. Bereits für diesen begrenzten Zweck braucht die UdSSR sehr große Verbände, um so mehr, als diese ziemlich knapp vor den Küsten Norwegens operieren müßten und landgestützen Luftangriffen sowie U-Boot-Angriffen ausgesetzt wären. Eine große Seeschlacht um die Beherrschung des Nordatlantik müßte die UdSSR unbedingt vermeiden, denn die Möglichkeit, Verluste aufzufüllen, ist durch den Umfang des gesamten, auf die Küste ausgerichteten Industriepotentials der Gegner bestimmt, und hier ist die UdSSR hoffnungslos unterlegen. Indes würden Verbände, die den Transport unsicher, teuer, zeitlich unbestimmt machen können, ausreichen, um die Lage auf dem europäischen Schauplatz zu Gunsten der UdSSR zu verschieben und außerdem Landoperationen gegen die skandinavischen Länder stark erleichtern. Eine solche Stärke hat die Nordmeerflotte der UdSSR, auch wenn sie eine Seeschlacht nicht gewinnen würde.

Die Schwarzmeerflotte der UdSSR kann ohne Landoperationen gegen die Türkei kaum zum Tragen gebracht werden, aber sie ist stark genug, um diesen Zweck zu fördern, und würde, im Fall eines Gelingens mit der im Mittelmeer operierenden 3. Eskadra vereinigt, das östliche Mittelmeer sehr unsicher machen, auch wenn diese vereinigten Flotten nicht in der Lage sind, die Kräfte der USA und der NATO im Mittelmeer zu zerschlagen.

Für die Stützpunkte, die sich die UdSSR im südostasiatischen Raum verschafft und ausbaut, ist zu beachten, daß diese bloß ausreichend sein müssen, um relativ kleine Verbände logistisch zu sichern. Im Seekrieg lassen sich mit ziemlich kleinen Verbänden ziemlich große Flächen sehr unsicher machen. Wenn die Flottenverbände der UdSSR hinreichen, um gewisse Verbindungslinien der imperialistischen Weltwirtschaft praktisch zu unterbrechen und andere extrem unsicher zu machen, ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreichen Landkrieg um Europa geschaffen, und so erhöht sich der strategische Wert der Landstreitkräfte der UdSSR mit jeder einzelnen Bruttoregistertonne, um die sie ihre Flottenkapazität ausweitet, ganz überproportional. Den USA, deren strategischer Zweck sein muß, die Weltmeere für ihre Bewegungen sicher zu mache, müssen ganz überproportional dagegenrüsten, sonst kämen sie ins Hintertreffen.

ihr Raketenabwehrsystem zu erneuern. Zugleich wird sie ihr eigenes Mittelstreckenpotential ausbauen, die Produktion der SS-20 erhöhen, mit denen sie auch die Atlantikhäfen bedrohen kann. Ebenfalls ist eine Modernisierung ihrer land- und seegestützten Langstreckenraketen zu erwarten, da die bisherigen durch die Stationierung der beweglichen US-MX-Raketenabschußsysteme an Schlagkraft verlieren.

Trotz der ungeheuren Summen für die atomare Aufrüstung liegt der Rüstungsschwerpunkt inzwischen eindeutig bei der Stärkung der konventionellen Kampfkraft. Seit 1964, als Breschnew Chruschtschow ablöste, stieg die Armeestärke von ca. 3,4 auf 4,4 Mio. Soldaten, die Zahl der Divisionen von 145 auf 170, der Panzer von 30000 auf 45000, der Artilleriegeschosse von 11000 auf 20000, der Jagdflugzeuge von 3500 auf 4500. Die SU-Flotte wurde enorm ausgebaut. Seit 10 Jahren verfügt die SU auch erstmals über strategische Lufttransportkapazitäten. Gegenwärtig wird die Ausrüstung aller Truppenteile modernisiert, v.a. des Heeres und hier der motSchützenregimenter, wodurch die SU ihre Fähigkeit zu schnellen Angriffen auf breiter Front zu erhöhen trachtet. Zuverlässige Angaben über die Höhe der Rüstungsausgaben existieren nicht. Doch zweifellos kommt der Farbwechsel der Sowjetunion, der langwierige Um- und Aufrüstungen nach sich zog, die sowjetischen Volksmassen auch in dieser Hinsicht teuer und verschärfen die Rüstungslasten die wirtschaftlichen Probleme der Supermacht.

Ca. ein Drittel aller Endprodukte im Maschinenbau und in der Metallverarbeitung geht in die Aufrüstung. Die Folgen sind gravierend. Die überdurchschnittlichen Wachstumsraten in diesen Bereichen gehen v.a. auf Kosten der Landwirtschaft. Bis 1955 war die Sowjetunion Netto-Getreideexporteur, heute ist sie von Importen abhängig. Die Produktion landwirtschaftlicher Produktionsmittel hängt zurück, im jetzt auslaufenden Planjahrfünft fehlten den Bauern z.B. 40 Mio. t Mineraldünger. Der industrielle Anlagenpark ist über weite Strecken überaltert – ein wesentlicher Faktor für die vergleichsweise niedrige Produktivität der Arbeit. Umso wütender versucht die neue Bourgeoisie, die Intensität zu steigern, wenngleich ohne die angestrebten Erfolge – der Widerstand der Arbeiterklasse ist zäh.

Zugleich können die Sozialimperialisten ihre Militärmacht bloß durch Ausraubung ihrer Verbündeten erhalten,

deren Produktionsapparat sie endgültig mit dem 1971 beschlossenen „langfristigen Programm der sozialistischen ökonomischen Integration" unter Kontrolle genommen haben. Polen z.B. liefert den größten Teil der produzierten Schiffe und Eisenbahnwaggons an die SU.

Daß die Sozialimperialisten diesen Militärapparat für den Kampf um die Weltherrschaft brauchen, ist eine Sache; daß sie die ungeheuren Rüstungslasten den eigenen Volksmassen und Verbündeten abpressen *können*, eine andere. Man darf nicht vergessen: Der Große Vaterländische Krieg hatte dem sowjetischen Volk unsagbare menschliche und materielle Opfer abverlangt. Die Aggressionspolitik der USA gegen die Sowjetmacht erzwang auch nach Kriegsende hohe Verteidigungsausgaben. Nicht nur konnten die sowjetischen Truppen nur langsam demobilisiert werden; das US-Monopol an zunächst A-Bomben, dann H-Bomben uswusf. zwang die SU nachzuziehen, wollte sie sich nicht unerträglichen Erpressungen aussetzen. Man darf weiter nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse in Westeuropa im Kampf um die proletarische Revolution vorerst unterlegen war und die imperialistische Bedrohung nicht verhindern konnte und daß dies den Machtantritt der neuen Bourgeoisie in der SU erheblich erleichterte.

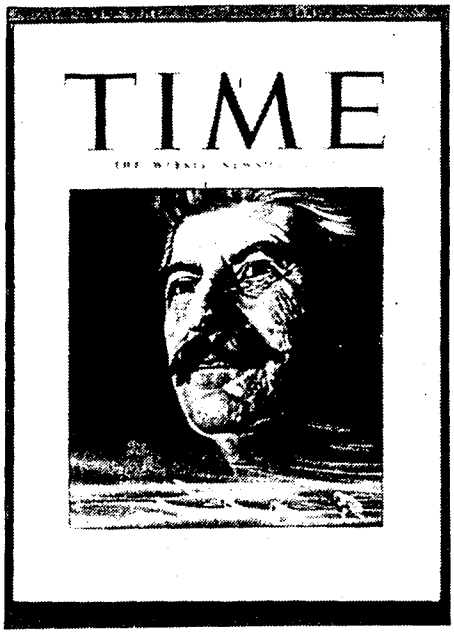
Aber auch nach dem von Chruschtschow eingeleiteten Machtantritt konnten die US-Imperialisten der Sowjetunion die Aufrüstung noch diktieren. Noch 1965 verfügten sie über 854, die SU dagegen gerade über 270 Interkontinentalraketen. Nicht das „Wettrüsten" ist Chruschtschow vorzuwerfen, sondern daß die UdSSR unter seiner Führung versuchte, den USA „gleichberechtigt" im Kampf um Einflußsphären und Aufmarschgebiete entgegenzutreten. – Und heute? Mit dem Überfall auf die CSSR wurde die Sowjetunion, die seit Beginn von Aggression bedroht war, endgültig selbst zum Aggressor. Die Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse kann nicht darin bestehen, sich von den US-, BRD- und anderen westlichen Imperialisten ins Schlepptau nehmen zu lassen, die selbst ein Auge auf die Beute werfen und auf Interventionsmöglichkeiten lauern. Solange diese Gefahr besteht, können sich die Klassenkämpfe in den RGW-Ländern nicht richtig entfalten.

Was ist zu tun? Die Arbeiterbewegung in der BRD und in Westberlin muß den Kampf für einen Friedensvertrag, für völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen, insbesondere der polnischen, für Austritt aus der NATO zu ihrer Sache machen. Das wird die Imperialisten so beschäftigen, daß sie, wenn sie auch wollen, nicht intervenieren können.

1939: Nichtangriffspakt und Zweifrontenkrieg

'Der sowjetische Expansionismus hat mit dem Stalin-Hitler Pakt vom 23. August 1939 begonnen', verbreiten die bürgerlichen Zeitschriften. Eine besagte 'Stalinfrage' wird zu verschiedenen Anlässen aufgeworfen und gibt neues Material. So werden Parallelen zwischen der Besetzung Polens 1939 und heute gezogen. Schauergeschichten, losgelöst von jeglichem politischen Zusammenhang.

War die Sowjetunion nicht ein sozialistisches Land im Aufbau und keine Supermacht wie heute? Wurde nicht der Sowjetunion der Kampf gegen die Hitler-Armee überlassen, um nach der wichtigen Niederlage Hitlers



bei Moskau 1941 erst den Zweifrontenkrieg gegen Deutschland zu führen? War nicht Stalin einer der angesehensten Politiker auf der Welt, daß selbst die amerikanische Zeitschrift „Time" Stalin 1943 zum Mann des Jahres erklärte? War nicht die amerikanische Waffenlieferung an die Sowjetunion viel zu spät, wenn Ende September 1941 die USA Waffenlieferungen beschloß, aber bereits Anfang Dezember der Gegenangriff der Sowjetunion gegen die deutschen Truppen geführt wurde? Fragen an die Bourgeoisie.

Die Geschichtsschreiber bemühen sich seit Jahren, diese Tatsachen zu entstellen, die nach dem Sieg über Hitler 1945 den Volksmassen bewußt waren. Die Hetze gegen Stalin ist deshalb groß, weil die Strategie Englands, Frankreichs und der USA nicht aufging. Hitler sollte die Sowjetunion schlagen, damit die imperialistischen Staaten untereinander die Neuaufteilung der Welt entscheiden konnten. Stalin beschreibt 1939 auf dem 18. Parteitag die Lage wie folgt: „Wie konnte es geschehen, daß die nichtaggressiven Länder (gemeint ist England, Frankreich, USA, d.V.), die über gewaltige Möglichkeiten verfügen, so leicht und ohne Widerstand zugunsten der Angreifer ihre Positionen preisgaben und sich von ihren Verpflichtungen lossagen? Ist dies etwa durch die Schwäche der nichtaggressiven Staaten zu erklären? Natürlich nicht! Die nichtaggressiven, demokratischen Staaten sind zusammen unzweifelhaft stärker als die faschistischen Staaten, sowohl in ökonomischer als auch in militärischer Hinsicht. Wodurch sind also in diesem Falle die systematischen Zugeständnisse dieser Staaten an die Aggressoren zu erklären? Man könnte dies zum Beispiel mit der Furcht vor der Revolution erklären ... Die wichtigste Ursache besteht darin ... daß sie die Positionen der Nichteinmischung, die Positionen der ‚Neutralität' bezogen haben . . "

Daß Stalin mit Hitler zusammen operierte, ist lächerlich. Hat doch bereits 1936 die Sowjetunion den Widerstandskrieg in Spanien unterstützt. Die Sowjetunion hat sich vor 1939 um eine Einigung mit Polen bemüht. Die reaktionäre Regierung Polens hat dann mit England im April 1939 einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Gleichzeitig hatte Hitler Ansprüche auf Polen. Die sozialistische Sowjetunion hatte damit nicht nur den Hitler-Faschismus zum Gegner, sondern über den polnischen Nichtangriffspakt die Engländer mit einem Bein in Polen stehen und im Osten die Japaner. Der Nichtangriffspakt mit Deutschland, der erst Ende August geschlossen wurde, spaltete das imperialistische Lager. Dieser strategische Schritt war deshalb wichtig, da innerhalb der Bourgeoisie auch Kräfte da waren, die ein Bündnis aller Großmächte gegen die Sowjetunion beabsichtigten.

Stalin durchkreuzte diese Möglichkeit. Der Sieg über den Hitler-Faschismus ist ein Ergebnis, der Sieg des Sozialismus und die Errichtung von Volksdemokratien in Osteuropa ein anderes.

Arbeits-KZs für den Kriegsfall

Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Schilling tritt in Reformvorschlägen für den Zivilschutz für eine ,,systematische Trennung von Kampfzonen und Schutzzonen" ein. Diese Schutzzonen könnten dann – so Schilling – nach den Zusatzverträgen der Genfer Konvention gemäß Artikel 59 zu ,,unverteidigten Orten" erklärt werden, die der Gegner zu respektieren hätte. Was in den Schutzzonen zu geschehen hätte, wäre nach Meinung Schillings die Einrichtung von ,,Fluchtburgen". Der Ausbau von Schutzräumen, sowieso nur zugänglich für Kapitalisten, Regierung und ihren Anhang, könnte dann eingestellt werden. Diese kostengünstigen ,,Fluchtburgen" würden darin bestehen, daß die Bevölkerung aus einem weiten Gebietsumkreis in einer Stadt zusammengepfercht wird. Die ständige ,,Militarisierung der Gesellschaft" durch Ausbau des Zivilschutzes müsse aufhören, das sei die Absicht seiner Vorschläge, erklärte Schilling. Tatsächlich handelt es sich um den Plan, im Kriegsfall Arbeitslager an der Heimatfront in den Städten einzurichten.

Erhebliche Zunahme der Pleiten

Nach einer Untersuchung der Frankfurter ,,Wirtschafts-Auskunft Schimmelpfennig GmbH" nahm die Zahl der Konkurse 1980 um 500 zu. Die Gesamtzahl erhöhte sich damit um 5,9% gegenüber 1979 auf 8740. Die Zahl der bei den Konkursgerichten angemeldeten Forderungen erhöhte sich sogar um 50%. Sie betrugen 1980 6,6 Mrd. DM gegenüber 4,3 Mrd. 1979.

A. Fuchs leitet SPD-Sozialkommission

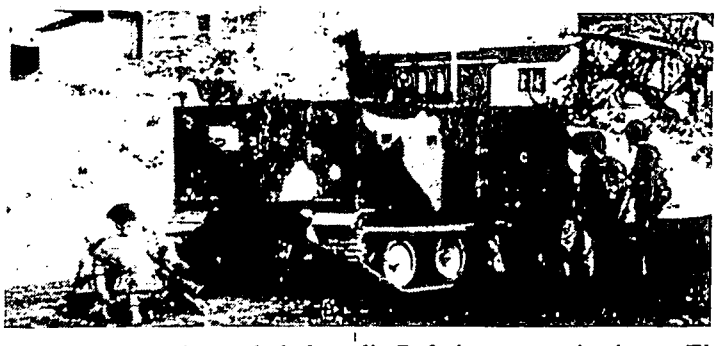
Anfang Januar hat SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag Herbert Wehner den Vorsitz der sozialpolitischen Kommission der SPD niedergelegt. Auf Antrag dieser Kommission hatte sich die SPD im Bundestagswahlkampf auf eine 70prozentige ,,Teilhabe" des Witwers oder der Witwe an den gemeinsam erworbenen Rentenansprüchen bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung 1985 ausgesprochen. In der Regierungserklärung wurde darauf die Höhe dieses Teilhabeanspruchs ausdrücklich offengehalten. Und in der Regierungserklärung wurde u.a. die mit der FDP ausgehandelte Variante der Nettoanpassung der Renten ab 1985 mitgeteilt. Die Aufgaben der SPD-Sozialkommission haben sich offenbar geändert: Anke Fuchs aus dem Sozialministerium leitet jetzt.

,,Kleineinleiter" sollen zahlen

Die Verschmutzung des Landes durch die große Industrie, die Zerstörung der Umwelt sollen jetzt die Kleineinleiter unter 8 Kubikmetern Abwasser zahlen, so nach Bundesgesetz ab 1.1.81. Jede Gemeinde muß pro Einwohner und Jahr zahlen: 1981 6 DM, 1982 9 DM, 1983 12 DM, 1984 15 DM, 1985 18 DM. Ob sie dieses Bundesgesetz ,,schlucken" müssen, obwohl sie dagegen sind, wurde in den letzten Wochen in vielen Gemeinden beraten. Einige haben die Abwälzung der Abgabe auf die Bevölkerung für dieses Jahr abgelehnt umd stimmten für die Entnahme aus dem laufenden Gemeindehaushalt.

Friedensstiftung durch Waffenhandel

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie drängt ins internationale Rüstungsgeschäft. Die Vorteile wären vielseitig. Die eigene Rüstung würde billiger, wegen der höheren Stückzahlen und der hohen Profite. Die Abnehmer würden einen Beitrag zur militärischen Stärkung der BRD leisten. Der Export von Waffensystemen schafft die Notwendigkeit von Instruktionen. BRD-Instrukteure würden in ausländischen Armeen wirken, Offiziersnachwuchs käme zur Ausbildung in die BRD. Mannigfaltige Einflußmöglichkeiten tun sich auf. Kommen exportierte Waffensysteme zum Einsatz, stellt sich dies nicht nur als ein Folgegeschäft wegen des Nachschubs dar, sondern das dringende Bedürfnis des Nachschubs schafft unmittelbare politische Einflußmöglichkeiten. Die Vorzüge sind enorm. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie, von derartigen Mitteln internationaler Politik seit dem 2. Weltkrieg ausgeschlossen, nutzt die verschärfte Spannung zwischen den Supermächten aus und steigt wieder ein. – Die Länder der Dritten Welt sind bei Waffenbeschaffungen aus imperialistischen Ländern immer angeschmiert. Zwar benötigen sie dringend Waffen, um ihre nationale Souveränität zu sichern, aber gerade das läßt sich mit importierten Waffen schwer bewerkstelligen. Zumal im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen die Erstausstattung zwar selbstverständlich viel ausmacht, die eigentliche Entscheidung aber durch den Nachschub bestimmt ist. Besteht in dieser Hinsicht keine Souveränität, so sind die Waffen gar nicht souverän verfügbar. Viele Länder der Dritten Welt wissen das und kaufen bloß, was sie selber reparieren und alsbald nachbauen können.



Am letzten Wochenende haben die Befreiungsorganisationen El Salvadors eine Großoffensive gegen die von den USA installierte Junta eingeleitet und zum Generalstreik aufgerufen. Auch in den Volksvierteln der Hauptstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung wird gekämpft (Bild). Eine Gruppe von Offizieren um das ehemalige Junta-Mitglied Majano hat ,,alle Patrioten unter den Militärs" aufgerufen, ,,ihre Kasernen zu stürmen und sich der Revolution anzuschließen." In der zweitgrößten Stadt Santa Ana ist ein Großteil der Garnison zu den Aufständischen übergegangen. Nach einem Sieben-Punkte-Programm der Demokratischen Revolutionären Front FDR wird die künftige Revolutionsregierung tiefgreifende Reformen durchführen, eine neue Armee aufbauen und eine blockfreie Außenpolitik betreiben.

AStA-Räume in Osnabrück durchsucht

Gegen den AStA der Universität Osnabrück wurde ein Strafverfahren wegen ,,Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" und ,,Verunglimpfung einer Religionsgemeinschaft" eingeleitet. Anlaß war eine in der AStA-Zeitung abgedruckte Satire zum Papstbesuch aus der Zeitschrift Titanic. Die AStA-Räume, die Wohnungen der AStA-Mitglieder und ihre Zimmer bei den Eltern wurden in Anwesenheit des zuständigen Behördenchefs, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Dreher, durchsucht. Eingeleitet wurde die Aktion durch Wissenschaftsminister Pestel, er hat den Strafantrag gestellt.

Streik gegen BAFöG-Kürzung

Kiel. Die Erzieherfachschüler an den Beruflichen Schulen am Königsweg haben einen Warnstreik durchgeführt. 200 Schüler boykottierten in der 3. Stunde den Unterricht. Der Grund war die Ablehnung des Landesverwaltungsgerichts Schleswig, eine einstweilige Anordnung zu treffen, daß für Erzieherfachschüler vorerst die Fachschul-BAFöG-Sätze zu zahlen sind. Das Kultusministerium hatte eine BAFöG-Kürzung verordnet. Einige Schüler klagten deshalb um eine einstweilige Verfügung. Am 6.2. will das Gericht grundsätzlich entscheiden. Als bis zum 16.12. die Forderungen nicht erfüllt waren, und die Landesregierung nichts verlauten ließ, traten die Erzieherfachschüler erneut in einen zweistündigen Streik. Am darauffolgenden Tag wurde eine Demonstration von der Schule zum Kultusministerium durchgeführt.

Massenentlassungen bei VW do Brasil

VW do Brasil hat vorletzte Woche 3000 von 48000 Lohnabhängigen entlassen und 7400 in drei Wochen Zwangsurlaub geschickt. Das Automonopol begründet die Maßnahmen mit Absatzschwierigkeiten, hat aber auch sonst regelmäßig entlassen, um zu niedrigerem Lohn neu einzustellen.

Bundeshaushalt 81

Matthöfers „Sparetat" — statt Notverordnungen

Mit der Herstellung des Bundeshaushalts 81 (Volumen 224,6 Mrd. DM, plus 4,3% gegenüber 1980) exerzieren die Regierungsparteien gegenwärtig Notverordnungspolitik – freiheitlich-demokratisch. Entscheidende Stationen dieser Politik waren vor Verabschiedung des Haushalts am 16. Dezember im Kabinett:

– Erhöhung der Mineralölsteuer (Mehreinnahme 81: 1,76 Mrd. DM) und der Branntweinsteuer (plus 0,75 Mrd. DM): Damit würde der Konsum an der richtigen Stelle getroffen.

– Kürzung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung um 3,5 Mrd. DM, also etwas mehr als die in Höhe von 3 Mrd. DM erwartete zusätzliche Beitragseinnahme der Rentenversicherung durch die Beitragserhöhung. Somit hat die Regierung eine neuartige direkte Besteuerung ausschließlich der Arbeiter und Angestellten geschaffen. Hinzu kommt: Der Bundeszuschuß ist Ersatzleistung für während des imperialistischen Kriegs für die Soldaten nicht gezahlte Beiträge. Die Rentenversicherung muß jedoch heute für die Rentenansprüche aus diesen Jahren gerade stehen.

– Schließlich, eine Woche vor Kabinettsberatung, demonstrierte Apel, daß die Rüstungspolitik in diesem Haushalt an erster Stelle steht: Mitten aus der NATO-Ministerratstagung heraus machte er 700 Mio. zusätzlich locker für den Fortgang des deutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftswerkes „Tornado", ein Mehrzweck-Kampfflugzeug.

Der Finanzplanungsrat in Begutachtung dieses Haushaltswerkes ließ einen deutlichen Hinweis gegen die Lohn- und Gehaltsforderungen im öffentlichen Dienst nicht fehlen: „Damit sich die notwendigen Sparmaßnahmen nicht überwiegend auf Investitionsausgaben konzentrieren, müssen auch konsumtive Ausgaben begrenzt werden. Dabei wird die Entwicklung der Personalausgaben eine entscheidende Rolle spielen." (12.12.80)

Das nächste Datum wurde durch die Mitteilung „negativer" Wachstumsaussichten für 1981 zu Anfang dieses Jahres gesetzt. Im letzten halben Jahr habe das Wachstum nunmehr lediglich noch 0,2% ausgemacht.

Kaum war das bekannt, meldeten die „Arbeitgebervertreter" aus dem Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, daß Beitragserhöhungen unumgänglich seien, da man absichtlich zwecks Haushaltsausgleich zu niedrige Ansätze verwendet habe. Z.B.: Es sei davon ausgegangen worden, daß bloß 50,5% der Arbeitslosen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe. – Ehrenberg entschloß sich schließlich zu der Mitteilung, daß der in Arbeit befindliche Rentenbericht 1981 das bisher behauptete „günstige Bild" über die Finanzlage der Rentenversicherung nicht mehr aufrecht erhalten könne. Konsequenzen behielt er sich vor. Und vom Bund der Steuerzahler mußte sich die Regierung – unter vorerst heftiger Ableugnung – vorhalten lassen, daß die weitere Mehrwertsteuererhöhung um 1% auf 14% spätestens zum nächsten Jahresanfang bereits ausgemachte Sache sei.

Diese Haushaltspolitik der Regierung ist klar und durchgängig auf die Entlastung des „Kapitalertrags" und der höheren Einkommen und die zunehmende Belastung des Lohns mit direkten und indirekten Abzügen kalkuliert. Die Steuerschätzung der Regierung (vergl. Tabelle) bestätigt dies drastisch. Für die Lohnbewegung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und mehr noch für die Forderungen der Gewerkschaften zur Entlastung des Lohns von der unerträglich hohen Steuer- und Abgabenlast ist diese Regierungspolitik direkte Herausforderung.

Steuerschätzung Dezember 1980

Einnahmen	Einnahmen in Mrd. DM			Steigerungsraten in %			
	1979	1980	1981	1979	1980	1981	1982
Lohnsteuer	97,1	111,1	113,1	+ 5,5	+14,4	+1,8	+12,2
Veranlagte Einkommenssteuer ..	37,6	36,8	37,7	+ 0,5	— 2,0	+2,2	...
Umsatzsteuer	84,2	93,0	98,6	+14,9	+10,4	+6,0	...
Nicht veranl. St. vom Ertrag	4,9	4,3	4,5	...	—12,9	+4,7	...
Körperschaftsst.	22,9	22,2	23,0	+15,6	— 3,1	+3,6	...
Bundeshaushalt ..	167,4	177,4	181,7	+ 8,6	+ 6,0	+2,4	+ 7,2
Länderhaushalte .	120,1	125,7	128,9	+ 3,9	+ 4,7	+2,6	+ 8,5
Gemeindehaush ..	45,0	51,2	51,0	+ 9,0	+13,7	—0,4	+ 7,6

Angaben nach „Arbeitskreis Steuerschätzung" v. 1.—3.80; 1979 kassenmäßige Steuereinnahmen; Umsatzsteuer: nur Mehrwertsteuer einschl. Einfuhrumsatzsteuer

Namibia-Konferenz

Südafrika führt Marionetten vor

Es sei zu früh, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, denn seine Seite habe nicht genug Vertrauen in die Unparteilichkeit der Vereinten Nationen – damit ließ die südafrikanische Delegation, vertreten durch Dirk Mudge, Vorsitzender der sog. „Demokratischen Turnhallen-Allianz" (DPA), am letzten Dienstag in Genf die UN-Namibia-Konferenz nach einer Woche Dauer platzen.

Die Vereinten Nationen hatten die Konferenz einberufen, um über einen Waffenstillstand zwischen Südafrika und der Befreiungsfront Namibias, der SWAPO, zu verhandeln. Der Waffenstillstand wäre die erste Stufe des Prozesses von Wahlen unter UN-Aufsicht und der schließlichen Unabhängigkeit. Über die Wahlen, die Aufsicht durch UN-Personal und die Anwesenheit von UN-Truppen gibt es einen Plan, über den drei Jahre lang verhandelt wurde. Die SWAPO hat ihm zugestimmt, und auch Südafrika mußte den Plan „prinzipiell" gutheißen.

Die imperialistischen Herren des südafrikanischen Kolonialregimes, v.a. die USA, hofften allerdings, bei diesen Wahlen einer von ihnen selbst aufgebauten Marionettengruppe, der „Demokratischen Turnhallen-Allianz", zum Sieg zu verhelfen. Die DPA sollte die Rolle spielen, die die Imperialisten Muzorewa in Zimbabwe zugedacht hatten. Aber dessen unrühmliches Ende und der Sieg der ZANU haben die Imperialisten davon überzeugt, daß die SWAPO die Wahlen in Namibia ebenfalls gewinnen würde.

Deshalb hatte das südafrikanische Regime von Anfang an nicht vor, in Genf ernsthaft über einen Waffenstillstand zu verhandeln. P. Botha, der

Außenminister, erklärte in einem Radiointerview am Tag des Konferenzbeginns, seine Regierung würde eher einen wirtschaftlichen Boykott hinnehmen als die Regierung einer „terroristischen Gruppe" in Namibia.

Bei der Konferenz kam es deshalb der südafrikanischen Delegation nur darauf an, die Rolle der sieben mitgebrachten Marionettenparteien, v.a. der DPA, herauszustellen und damit eine „innere Lösung" *ohne* Beteiligung der SWAPO vorzubereiten. Schon bei der Sitzordnung forderte Südafrika, SWAPO und DPA seien gleichberechtigte Verhandlungspartner, es selbst sei nur Beobachter. Dabei sind es südafrikanische Truppen, die die koloniale Besetzung Namibias aufrechterhalten.

Seit 1966, als die UN-Vollversammlung die Besetzung des UN-Mandatsgebietes Namibia durch Südafrika ausdrücklich für illegal erklärte, ist die SWAPO als einzige Vertreterin des Volkes von Namibia von der UN anerkannt. Der Höhepunkt der südafrikanischen Forderungen bei der Konferenz war deshalb die Aufforderung, die UN-Vollversammlung solle der SWAPO die Anerkennung und jegliche finanzielle Hilfe entziehen.

Die „prinzipielle" Zustimmung des südafrikanischen Kolonialregimes zum UN-Plan hat die SWAPO durch ihren Erfolg im bewaffneten Kampf durchgesetzt. Daß die Kolonialisten jetzt die Durchführung des Waffenstillstandes torpedieren können, zeigt, daß dieser Kampf noch nicht gewonnen ist. Namibia ist mehr als zweimal so groß wie die BRD und hat 1 Mio. Einwohner.

Da können sich die Kolonialisten relativ lange in den Städten und Bergbauzentren verschanzen. Mit Überfällen auf das benachbarte Angola versuchen sie zur gleichen Zeit, die Widersprüche innerhalb Angolas zu schüren (wo immer noch Zehntausende von kubanischen Soldaten stehen) und so die Unterstützung für die SWAPO zu schwächen. Vertreter der SWAPO sagten am Dienstag, die SWAPO würde als diplomatische Maßnahme in der UN Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika beantragen. Vor allem aber würde der bewaffnete Kampf ausgedehnt.

USA

Banken kassieren Rekordzinsen — neue Welle der Kapitalvernichtung

Drei Mrd. Dollar wird der US-Ölkonzern Conoco (JET) in diesem Jahr in die Öl- und Erdgasförderung investieren, hauptsächlich im Westen der USA, daneben in Kanada und in der Nordsee. Zur Finanzierung hat der Konzern u.a. eine Anleihe aufgenommen mit einer garantierten Rendite von 13,75%. Die Spekulation auf Superprofite im Ölgeschäft – angeheizt durch die bald erfolgende vollständige Freigabe der Öl- und Gaspreise und Reagans Versprechen, alle Schranken wie Umweltschutzverordnungen oder Indianerreservate aufzuheben, wo Öl gefunden wird – läßt die Ölmonopole auch Rekordzinsen zahlen. „Wir können Öl und Gas immer noch billiger finden, als wir es kaufen können", beschrieb der Conoco-Sprecher die Aussicht auf Extraprofite. Das Ölfieber hat in den letzten Monaten Teile des Gebirgszuges Rocky Mountains in Ölfelder verwandelt, aus verschlafenen Touristenstädtchen Heerlager für Öl- und Bauarbeiter gemacht, die dem Zug des Kapitals folgen müssen.

Kündigt sich in den USA ein Wirtschaftsboom an, der den ebenfalls in der Krise steckenden europäischen Imperialisten neue Exportgeschäfte eröffnet? Dafür spricht wenig.

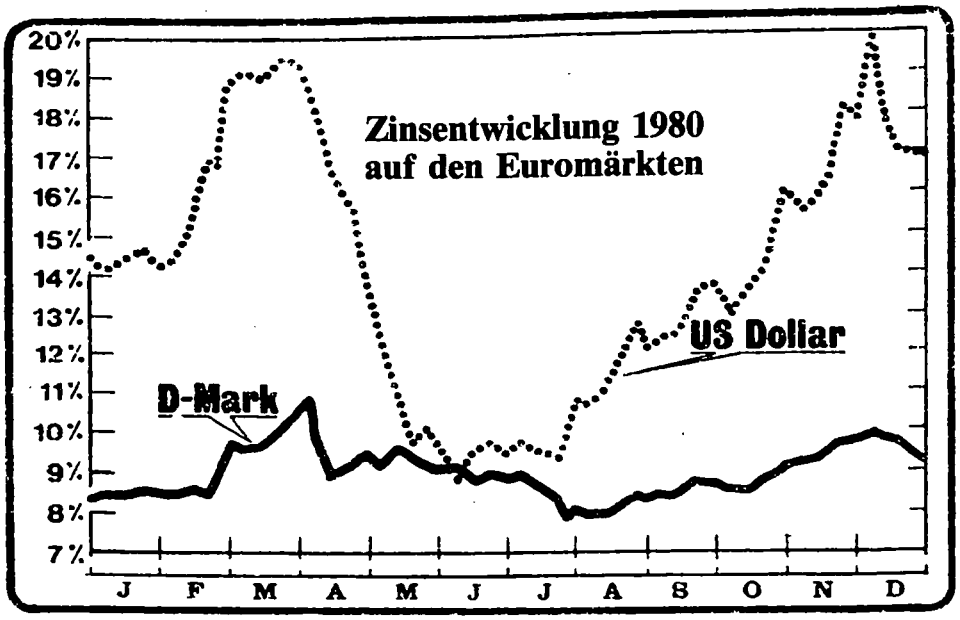
Im letzten Jahr ist das Bruttosozialprodukt in den USA um 0,75% zurückgegangen. Die durchschnittliche Auslastung der Industrie lag bei 75%. Die Zahl der Pleiten wächst, und die wegen Pleiten nicht mehr eintreibbaren Schulden beliefen sich monatlich auf 400 Mio. $ 1980 – doppelt soviel wie 1979. Die gewaltigen Zinssätze – gegenwärtig 21,5% für erstklassige Bankkunden – sorgen dafür, daß die Kapitalvernichtung sich noch beschleunigt und noch mehr Unternehmen – darunter womöglich der Autokonzern Chrysler, dem das Reagan-Kabinett erklärtermaßen den Kredithahn zudrehen will – in den Strudel gerissen werden. Die Industrieinvestitionen sind seit Anfang 1980 ständig gefallen, die Lagerhaltung ist dagegen enorm gewachsen. Allerdings ist das Bild für die verschiedenen Industriezweige äußerst unterschiedlich: Während das Geschäft der Ölkonzerne, der Elektronikindustrie, der Rüstungsindustrie und des Flugzeugbaus blüht und die hitzige Konjunktur die Spekulation gedeihen läßt, ist vor allem die Produktion der Industriezweige gefallen, deren Güter in die Reproduktion der Massen eingehen – Wohnungsbau, Auto- und Reifenindustrie, Stahlindustrie als Zulieferer des Automobilbaus. Die US-Autokonzerne verzeichneten die niedrigsten Verkaufszahlen seit 20 Jahren ren.

Zielstrebig haben die US-Konzerne in den letzten Jahren die Reallöhne gedrückt und dabei vor allem auch Einbrüche im Lohnstandard der weißen „Mittelklasse" – besser verdienender Arbeiter und kleiner und mittlerer Angestellter – erzielt. Auf 4,5% (BRD 11%) ist die Sparquote gesunken, obwohl in den USA wegen völlig ungenügender Sozialversicherungen die Ersparnisbildung elementar ist für die Existenzsicherung bei Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. „Die Sparquote ist schon so niedrig ..., daß nur noch wenig Raum ist für wachsenden Konsum durch verringertes Sparen," kommentiert zynisch die Chase Manhattan Bank, die gemeinsam mit anderen New Yorker Großbanken alle gesetzlichen Schranken für Zinsen auf Konsumentenkredite und Kreditkarten zu Fall gebracht hat. Der Bau von Eigenheimen – Symbol des „american way of life" – ging 1980 um fast 50% gegenüber 1979 zurück.

Unter diesen Umständen rechnet die US-Wirtschaftspresse für 1981 bestenfalls mit einer Stagnation. Die Wirtschaftskrise in den anderen kapitalischen Ländern läßt keinen großen Anstieg der Exportgeschäfte erwarten. Weiter steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise werden die Inflationsrate über 10% halten und die Zinssätze noch weit darüber.

Das Lamento der US-Politiker, -Bankiers, -Ökonomen usw. über den Zustand der US-Wirtschaft läßt weniger das Interesse an einer schnellen allgemeinen Geschäftsbelebung erkennen als vielmehr die Erwartung, langfristig bessere Verwertungsbedingungen für die US-Kapitale zu schaffen. Zu Jahresanfang erklärte der Chef der US-Notenbank Volcker, die Bank werde nicht „alle (Kredit-)Wünsche, die in einer so expandierenden und inflationären Wirtschaft entstehen", erfüllen. Ein anderer Bankier gab Reagan mit auf den Weg ins Weiße Haus: „Es ist wichtig, daß die Regierung eine glaubwürdige Politik verfolgt, eine langfristige Politik damit die Erwartungen zu wirken beginnen. Wenn sich Reagan wie Carter auf kurzfristige Verbesserungen konzentriert, dann wird er für ein Jahr gut dastehen, aber 1982 und 1983 in Schwierigkeiten kommen." Die Chase Manhattan Bank betonte: „Die Inflation bleibt die größte Bedrohung für die amerikanische Prosperität. Das muß der Leitgedanke der Geld- und Steuerpolitik sein, bis die Inflation vorbei ist – und jene glückliche Zeit liegt wenigstens einige Jahre in der Zukunft."

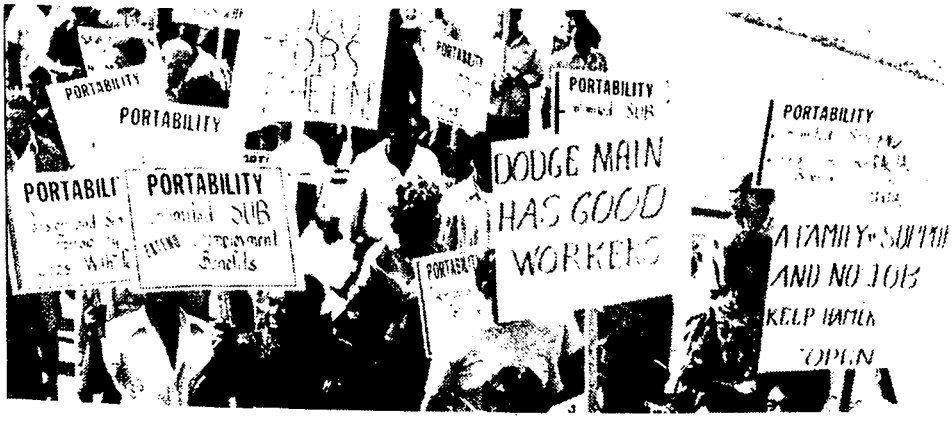
Zusammenbrechende Reproduktion der Volksmassen ist das eine Resultat



dieses Kurses, kurzfristig massive Kapitalvernichtung und langfristig Produktivitätssteigerung durch zielstrebige Umrüstung des US-Produktionsapparates soll das andere Ergebnis sein. Mangel an anlagesuchendem Kapital für den neuen Investitionsschub besteht ohnehin nicht. Die US-Auslandsinvestitionen haben sich 1980 gegenüber 1978 fast verdoppelt. Die Kapitalverknappung durch die expolodierenden Zinssätze in den USA – 1979 12,6%, Januar 1980 14%, April 1980 2o%, Juni 1980 9% und zum Jahresende 21,5% – deutet darauf hin, daß die US-Finanzbourgeoisie mit der Kredit-Waffe ein zielstrebiges Vernichtungsprogramm von unrentablen Betrieben und Farmen betreibt, nachdem in den Jahren zuvor schon die Inflation entsprechend gewirkt hat.

Gegenüber den imperialistischen Konkurrenten verfehlt dieser Kurs nicht seine Wirkung. Zunächst hatte die US-Finanzbourgeoisie systematisch die Abwertung des Dollar betrieben – in den letzten acht Jahren um 55% gegenüber dem DM – und so mit billigem Geld die wachsenden Rohölimporte bezahlt und die eigenen Exportpreise relativ gesenkt. Das war möglich, weil der Dollar vorher unter dem Druck der geballten Kapitalmacht der USA künstlich überbewertet war. Der Preis für die Dollarabwertung war die forcierte Inflation in den USA. Inzwischen ist eine Wende in der US-Außenhandelsbilanz eingetreten. Während in den Jahren zuvor das Außenhandelsdefizit kontinuierlich wuchs, ist es 1980 auf 31 – 32 Mrd. $gesunken gegenüber 37 Mrd. $ 1979. Die Öleinfuhren konnten um 7% gesenkt werden, während die Ölförderung in den USA nach jahrelangem Rückgang wieder rapide steigt. Die niedrigeren Energiepreise verschaffen den US-Kapitalen einen unschätzbaren Konkurrenzvorteil.

Der Dollar konnte seine zeitweilig gefährdete Stellung als Weltgeld wieder festigen und damit die US-Banken ihre Kontrolle über die internationalen Kapitalmärkte. Auf den Euromärkten wurden 1980 erstmals seit Jahren wieder mehr Anleihen in $ aufgelegt, während das Volumen von Anleihen in DM und Schweizer Franken zurückging. Das Kapital angelockt haben die hohen Zinsen auf $-Einlagen und die Verbesserung der US-Handels- und Zahlungsbilanz. Außerdem setzt bei allen politischen Erschütterungen, die die westlichen Imperialisten bedrohen, die „Flucht in den Dollar" ein. Der US-Imperialismus gilt allen Ausbeutern immer noch als die sicherste „Sparkasse".



650000 Arbeiter haben die US-Konzerne arbeitslos gemacht.

USA, EG, Japan

Krach um Exportkredite in vollem Gang

Am 19. Dezember 1980 hatten die 22 OECD-Staaten ihre Verhandlungen über eine Angleichung der Bedingungen für Exportkredite ergebnislos abgebrochen. Die Konferenz in Paris war gescheitert an der Weigerung der EG-Staaten, Zugeständnisse an die US-amerikanischen und japanischen Forderungen zu machen. Noch auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig hatten die Vertreter der größten imperialistischen Länder eine solche Angleichung in ihrer Schlußerklärung gefordert.

Inzwischen aber hatte sich die Konkurrenz des europäischen, amerikanischen und japanischen Finanzkapitals auf den Exportmärkten so verschärft, daß der amerikanische Staatssekretär Cornell schon gleich zu Beginn der Konferenz mit dem Ausbruch eines „Exportkrieges" drohte, falls keine „Einigung" zu erzielen sei.

Diese „Einigung" forderten die Vertreter der US-Regierung in einer An-

BRD und Frankreich — mit billigen Exportkrediten gegen Konkurrenz

gleichung der EG-Exportkredite an das internationale und vor allem US-amerikanische Zinsniveau. Die EG-Finanziers erklärten sich zu einer Anhebung des Zinssatzes um ein Prozent für Industriestaaten und 0,8% für Entwicklungsländer als Maximum bereit, was die Vertreter der US-Regierung für vollständig unzureichend" hielten. Anschließend beteuerten alle Beteiligten ihr Bedauern über das Scheitern der Konferenz, und daß der Kreditkrieg nun eben weiterginge. Deshalb erklärten die Vertreter der USA, sie würden die Exportfinanzierung der europäischen Imperialisten durch Verlängerung der Laufzeit ihrer Kredite ausgleichen, kommentiert von amerikanischen Zeitungen als „gerechter Racheakt" gegen die europäische Konkurrenz.

Die japanische Regierung ließ verlauten, sie würde zwar höhere Kredit-

zinsen beibehalten, allerdings nur in eigener Währung und zu unterschiedlichen Zinssätzen. Inzwischen hatten sich aber auch Widersprüche innerhalb der EG aufgetan. Die englische Regierung ließ verlauten, daß sie vor allem von der BRD und Frankreich verfolgten niedrigen Zinssatz der Exportfinanzierung nicht beibehalten könnte, und erhöhte ihre Zinsen um ca. 5%. Ihre eigenen Kapitalisten vertröstete sie mit dem Hinweis, sie sollten sich mit einer genauen Verfolgung und Notierung von Dumping-Verstößen ihrer ausländischen Konkurrenten erwehren und alle Vorfälle bei der EG-Komission melden. Da die EG sowieso personell unterbesetzt sei, wäre gute Vorarbeit vonnöten. Die Differenzen zwischen EG, Japan und USA sowie innerhalb der EG über die Methoden, sich gegenseitig Weltmarktanteile abzujagen, sind sowohl Ausdruck verschiedenartiger Maßnahmen im Handelskrieg der Imperialisten, wie auch der unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen.

Während das westdeutsche und französische Finanzkapital darauf spekuliert, durch niedrige Zinssätze und hohe Bürgschaften in neue Exportmärkte einzubrechen – und die US-Regierung mit wachsendem Mißbehagen den westdeutschen Osthandel belauert –, haben sich die USA auf drastische Steuersenkungen zur Exportförderung verlegt. Bereits 1971 hatte die US-Regierung als Gegenmaßnahmen zur Mehrwertsteuer in der EG Steuererleichterungen für Gewinne aus Exporten erlassen. Ein wesentlicher Teil der Wahlpropaganda Reagans für Steuersenkungen der Kapitalisten war das Versprechen auf weitere Steuersenkungen für Exporte. Rechtzeitig zu den Pariser Verhandlungen hatte die EG beim Rat des Zoll- und Handelsabkommens in Genf Protest gegen die von Reagan angekündigten weiteren Steuersenkungen für amerikanische Exportprofite erhoben. Im amerikanischen Senat wurde dafür im Vorgriff auf die erwartete Politik Reagans ein Antrag lanciert, sämtliche Einkommen von „amerikanischen Staatsbürgern im Ausland", die in die USA transferiert werden, für steuerfrei zu erklären.

Damit ist für Krach auf der nächsten Wirtschaftskonferenz von USA, Japan, England, Kanada, Italien, Frankreich und der BRD im Sommer dieses Jahres gesorgt.

Agrarpreise

Die Unterstützung der Bauern ist dringend erforderlich

Eine Erhöhung der EG-Agrarpreise um 9 bis 10% hat der Deutsche Bauernverband im Dezember gefordert. Selbst wenn diese 9 bis 10% voll durchgesetzt werden könnten, würden sie bei weitem nicht reichen.

Zentral im EG-Agrarpreissystem ist der Richtpreis. Er soll, so schreibt die EG-Kommission, „dem Erzeuger durch die gemeinsame Marktorganisation gewährleistet werden." Nichts wird gewährleistet! Im Wirtschaftsjahr 1979/80 z.B. lag der Richtpreis für Weichweizen um über 14% über dem Marktpreis (Erzeugerpreis), ähnlich verhält es sich mit den anderen Produkten, oft klaffen sogar 20 und mehr Prozent. Eine Erhöhung der Richtpreise bleibt deshalb erst einmal ohne jede Auswirkung, wenn nicht auch die Interventionspreise, praktisch Mindestpreise, zu denen die staatlichen Interventionsstellen „überschüssige" Produkte aufkaufen müssen, kräftig erhöht werden. Der Erzeugerpreis für Weichweizen lag 1979/80 im Durchschnitt lediglich um 2,5% über dem Interventionspreis: Der Richtpreis war faktisch um 2,3–2,8% erhöht worden, der Interventionspreis dagegen nur um 1,5%.

Es wäre deshalb notwendig, die Forderungen auf den Interventionspreis zu konzentrieren, um das zu erreichen, was die Bauernmassen auf den derzeit stattfindenden Versammlungen fordern, daß nämlich die EG-Preiserhöhungen auch bei ihnen „ankommen" müssen. Dabei wird man sich allerdings mit den Großagrariern à la Heereman von Zuydtwyck auseinandersetzen müssen, denn die sind mit dem Agrargroßhandel verwachsen, und die Agrargroßhandelskapitalisten profitieren direkt von niedrigen Interventionspreisen. Allgemein, weil der Interventionspreis das Erzeugerpreisniveau diktiert. Im Besonderen, weil die EG-Marktordnungen mit ihrem Preissystem ihnen fette Extraprofite ermöglichen.

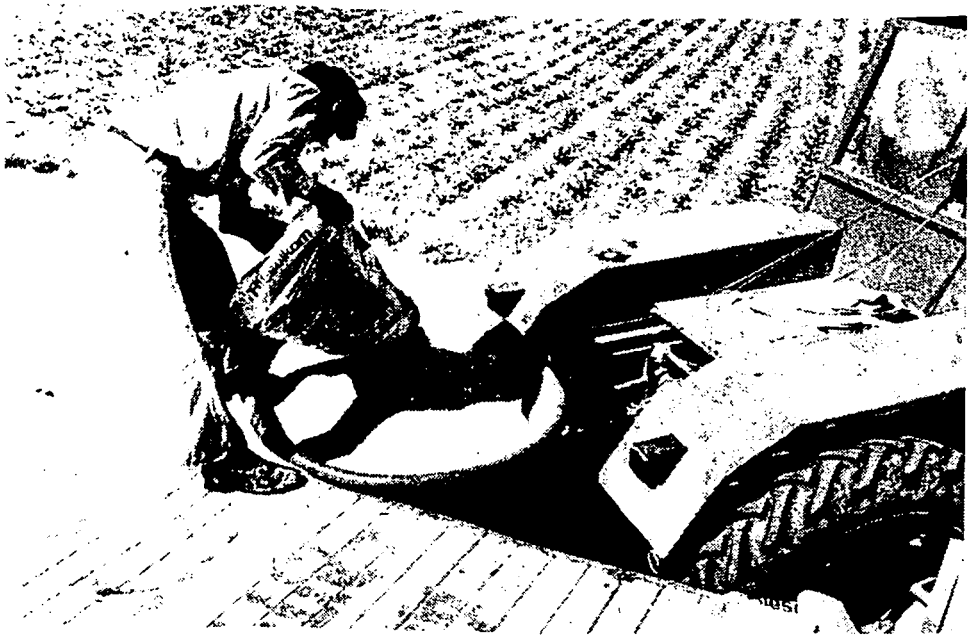
Ein vereinfachtes Beispiel: Die Bauern sind gezwungen, einen Teil ihrer Rinder an die Interventionsstellen zu verkaufen, zum Interventionspreis von sagen wir 4000 DM/t. Der Großhändler kauft diese Menge zu gegebener Zeit auf – zum Interventionspreis von 4000 DM – und verkauft sie auf dem Weltmarkt z.B. zu 3800 DM. Ein Verlustgeschäft? Der EG-Landwirtschaftsfonds ersetzt ihm die Differenz – zum Richtpreis (bei Rindern heißt er Orientierungspreis), der 4400 DM betragen soll. Pro Tonne bleiben ihm also 400 DM. Hätte der Interventionspreis bei 3900 DM gelegen, hätte sich sein Betrag auf 500 DM erhöht; ebenso, wenn der Richtpreis nicht 4400, sondern 4500 DM gewesen wäre. Die Agrarhandelskapitalisten haben also Interesse an niedrigen Interventionspreisen und hohen Richtpreisen, und deshalb wird eine Forderung nach Erhöhung der Interventionspreise um 10% auf ihren erbitterten Widerstand stoßen.

Weiter muß man sich fragen, was die Führung des Deutschen Bauernverbandes bewogen hat, der COPA, dem Zusammenschluß der Bauernverbände in Westeuropa, in den Rücken zu fallen. Diese nämlich fordert eine Erhöhung der EG-Agrarpreise um 15,3%, von denen Heereman gleich um über 5 Prozentpunkte heruntergestiegen ist.

Dem Bauernverband zufolge ist das „Reineinkommen je Familienarbeitskraft" im Wirtschaftsjahr 1979/80 absolut um 1,6% auf 20443 DM zurückgefallen. 1977/78, also zwei Jahre vorher, hatte es noch bei 24084 DM gelegen, und wie sehr die Durchschnittszahl hier schroffe Klassenwidersprüche verdeckt, wird annähernd an der Tatsache ersichtlich, daß das obere Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe dabei auf den 9- bis 10fachen Betrag des unteren Viertels kommt.

Die Masse der Bauern droht in der Zange zwischen den Monopolpreisen der Landwirtschaftskonzerne, wachsenden Zinsforderungen der Banken und Steuerforderungen des Staates auf der einen, real oder sogar nominal sinkenden Erzeugerpreisen auf der anderen Seite zu ersticken. Die durchschnittlichen Schweinepreise z.B. sind von 1971 bis 1977 in der BRD gestiegen. Diese Steigerung deckte die Erhöhung der laufenden Kosten nur knapp ab, wenn überhaupt. Seit 1977 fallen die Schweinepreise wieder: 1980 liegen sie um ca. 25% niedriger als 1977 und nur wenig höher als 1971. Die Betriebskosten sind jedoch weiter gestiegen, von notwendigen Modernisierungsanschaffungen, die den Schweinemästern durch die Konkurrenz aufgezwungen werden, ganz zu schweigen.

Diese Zahlen verdeutlichen die Verbitterung der Bauern und verdeutlichen, warum sie zum äußersten Kampf für ihre Forderungen entschlossen sind. Mit Sicherheit werden die Bourgeois ein wahres Trommelfeuer loslassen, und sie werden dabei versuchen, die Lohnabhängigen mit dem Verweis auf steigende Verbraucherpreise gegen diesen Kampf aufzubringen. Gelingt ihnen das, wären nicht nur die Bauern, sondern auch die Lohnabhängigen geschlagen. Die Arbeiterklasse hat auf die Preise ihrer Reproduktionsmittel



Seit 1970 sind die Düngemittelpreise um 56% gestiegen

Preisindex der Produktionsmittel- und Erzeugerpreise, 1970 = 100

Jahr	Futtermittel	Dünge- u. Bodenverbesser. mittel	Energie u. Schmiermittel	Maschinen	landw. produkte
1972	98,3	101,6	90,6	118,1	114,4
1973	126,1	112,7	124,9	119,1	121,6
1974	124,1	137,0	148,6	130,9	117,6
1975	120,7	154,4	158,3	143,3	133,2
1976	137,0	157,3	167,9	149,5	149,0
1977	140,3	164,8	168,3	155,8	142,3
1978	129,9	153,4	171,1	160,3	137,0
1979	130,0	156,0	203,0	165,0	138,0

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, verschiedene Jahrgänge. Angaben für 1979 geschätzt.

keinen Einfluß. Sind diese hoch, so steigt der Wert der Arbeitskraft, und sie muß im Lohnkampf durchsetzen, daß die Kapitalisten diesen gestiegenen Wert der Arbeitskraft zahlen. Auf diese Weise schmälern steigende Agrarpreise die Profite der Kapitalisten und ihre Fähigkeit zur Kapitalakkumulation, sonst nichts, deshalb sind sie auch so fuchsig.

Umgekehrt. Verlieren die Bauernmassen diese Schlacht, werden Unzählige endgültig ruiniert und auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wächst, und die Kapitalisten werden keine großen Probleme haben, drastische Lohnsenkungen durchzuführen. Es besteht daher jeder Anlaß, die Bauern in ihrem schwierigen Kampf zu unterstützen.

Bei wachsender Verausgabung der Arbeitskraft sinken die Einkünfte der Bauern

Antarktis

Forschungsexpedition der BRD: Rohstoffjagd

Nach zwei Krillexpeditionen der BRD 1975/76 und 77/78 läuft jetzt eine westdeutsche Forschungsexpedition für mehrere Monate in der Antarktis mit 115 Wissenschaftlern aus 32 Instituten, davon 14 ausländischen. Auf dem Filchner-Ronne-Schelfeis soll eine Forschungsstation aufgebaut, biologische, physikalische, chemische Prozesse im Wasser und am Meeresboden untersucht werden. Ein Schwerpunkt liegt auf der Erforschung des Krill (er ist z.Zt. wegen des hohen Fluoranteils als Nahrungsmittel nicht verwendbar). Bedeutsam ist die Antarktis wegen der hohen Vorkommen an Fisch, Krill, Öl, Gas, Schwermetallen mit Kupfer, Gold, Silber, Platin, Chrom und Eisenerzen.

Neben der Klärung der technischen Probleme der Ausbeutung der Rohstoffe geht es den BRD-Imperialisten um politischen Einfluß und damit den Zugriff auf die Antarktis-Reichtümer. Zweijährige „erhebliche wissenschaftliche Forschung" nach Beitritt zum Antarktis-Vertrag ist Bedingung dafür, um vom einfachen zum Konsultativmitglied aufzusteigen und damit besondere Rechte im Hinblick auf Änderung oder Ergänzung des Vertrages zu erlangen und an den vertraulichen Beratungen teilnehmen zu können. So ist es im Antarktis-Vertrag 1959 von den Unterzeichner-Staaten: Argentinien, Australien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, UdSSR und USA festgelegt worden, die Konsultativmitglieder sind. Als letztes neben 7 weiteren Ländern ist die BRD am 5.2.79 dem Vertrag beigetreten.

Die Frage, wem die Rohstoffe gehören und wer sie ausbeuten darf, wurde im Vertrag 1959 – wohl in Unkenntnis der vorhandenen Reichtümer – nicht ausdrücklich festgelegt. Das ist jedoch der aktuelle Streitpunkt im Hinblick auf die Revisionsmöglichkeit des Vertrages 1991. Zwar gibt es inzwischen eine Aufteilung eines Teils der Antarktis unter 7 Staaten, die aber keine internationale Rechtsgültigkeit besitzt und auch keine zukünftigen Rechtsansprüche vorwegnimmt. Die Länder der Dritten Welt, die schon jetzt vom Vertrag durch die Festlegung auf „erhebliche wissenschaftliche Forschung" weitgehend ausgeschlossen sind, fordern, daß die Reichtümer der Antarktis analog der UNO-Resolution von 1970 über die Tiefsee als „gemeinsames Erbe der Menschheit" behandelt

werden. Gegenüber dieser Forderung schlägt ein Rechtsexperte der Bundesregierung vor, zwar keine Territorialansprüche in der Antarktis zu erheben, weil sie sonst gegenüber den Ländern der Dritten Welt unglaubwürdig würde, und auch keine anzuerkennen, sondern die „bessere Lösung" für 1991 liege in der „treuhänderischen Verwaltung der Antarktis zugunsten der gesamten Menschheit durch die am meisten interessierten und dort aktiv tätigen Staaten ..." Daß sich die Länder der Dritten Welt mit so einer Regelung abspeisen lassen, ist kaum zu erwarten.

Metall
2,5% geboten, IGM auf dem Teststand

Die Metallkapitalisten sind überhaupt nicht gesonnen, die Forderungen der IG-Metall zu erfüllen. Bei den ersten Verhandlungsbegegnungen stellten sie ein Angebot von 2,5% gegen die Forderung der IGM – für Baden-Württemberg beträgt diese 8% sowie für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen 107 DM garantiert, dasselbe Angebot auch für das Saarland. Die Kapitalisten wollen austesten, zu welchen Gegenmaßnahmen die IG Metall imstande wäre. Für den weiteren Gang der Verhandlungen wird daher bedeutsam, ob die IG Metall die Energie zu einer Propagandakampagne und zu Aktionen aufbringt oder nicht.

Die Taktik der Kapitalisten, freiweg auszutesten, was sich machen ließe, läßt sich übrigens auch betrieblich feststellen. Ankündigungen, die Tariflohnerhöhung nicht ins Effektive zu überwälzen, bei schlecht gesicherten Sonderzuwendungen auch direkte Kürzungen, derartiges mehrt sich in den letzten Wochen. Die Kapitalistenklasse braucht dringend Bares, und sie will jetzt dazu übergehen, die Steigerung der Ausbeutung mit der Senkung des Konsums der Arbeiterhaushalte zu verbinden.

Der eigentümliche Zustand der Weltkonjunktur, überall Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Stagnation, ja sogar vielfach Rückgang der Produktion, gleichzeitig aber fieberhafte Bemühungen, durch neue Anlagen in bestimmten Zweigen der Produktion die Produktivkraft zu heben, macht die Geschwindigkeit der Kapitalakkumulation zum brennend akuten Interessenpunkt der Kapitalisten. Eine Beschleunigung der industriellen Umrüstung, die teils durch die brutale Rohstoffverschwendung der vergangenen Jahrzehnte und der jetzt auftretenden Wirkung auf die Preise veranlaßt, teils durch die Einführung neuer Produktionsmethoden ermöglicht ist, könnte die BRD-Monopole an die Spitze der Produktivitätsskala bringen.

Angebot und Abschlußziel der Kapitalistenverbände in den Lohnverhandlungen sind Teil einer kompliziert komponierten Taktik. Zwar hat die Bundesregierung die Lohnsteuerschraube etwas lockergelassen, aber dennoch rechnet man mit einem Wachstum des Lohnsteueraufkommens auch bei sinkender Beschäftigung. Gleichzeitig verdient die Bundesregierung per Mineralölsteuer an jeder Ölpreisanhebung kräftig mit. Die Verbraucherzentralen empfehlen jetzt, wegen den hohen Spritkosten marktwirtschaftliches Bewußtsein zu entwickeln und auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Diese, staatlich kontrollierte Monopole, haben bereits vorgesorgt und begrüßen den Umsteiger mit kraftvollen Preiserhöhungen.

Dann, so liest man in der Presse, empfehlen die Grünen, man solle die Bundesbahnfahrkarte künftig im Zug kaufen und große Geldscheine zur Bezahlung anbieten. Inzwischen haben die meisten DGB-Ortskartelle sich wegen der Arbeitsplatzsicherheit der städtischen Versorgungsunternehmen für deren Preispolitik breitschlagen lassen. So gibt es viele Sachen, die jetzt in der Propaganda der Lohnbewegungen entwickelt werden könnten, und oft sind die politischen Voraussetzungen hierfür nicht glänzend. – Wie aber ohne Kampagne gegen die staatlich kontrollierten Monopolpreise – denn diese vor allem treffen die niedrigen Einkommensklassen besonders – der Kampf für die überproportionale Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erfolgreich sein sollte, ist nicht zu sehen.

Korsische Nationalisten
Massive Proteste gegen Sondergerichtsprozeß

Am 14.1. begann in Paris vor dem Gerichtshof für Staatssicherheit der Prozeß gegen 17 korsische Nationalisten. Die Anklage lautet auf Bildung einer verbrecherischen Vereinigung, Anschlag auf die Sicherheit des Staates und die Einheit der Nation, unerlaubter Waffenbesitz. Dem Gericht, als Instrument gegen den nationalen Befreiungskampf des algerischen Volkes geschaffen worden, gehören ständig zwei Militärs an, die Prozeßordnung ähnelt der von Kriegsgerichten.

Die angeklagten Korsen, fast alle Mitglieder der „Union des korsischen Volkes" (UPC), die für weitgehende Autonomie Korsikas und Anerkennung der korsischen Nation durch die französische Bourgeoisie eintritt, sitzen seit fast genau einem Jahr in Haft. Sie hatten am 6. Januar 1980 in Bastelica den Chef der rechtsradikalen Terrororganisation Francia Bertolini bei der Vorbereitung eines Anschlages auf korsische Nationalisten festgesetzt und sich sodann in einem Hotel Ajaccios verschanzt. Auf ihre Forderungen nach Pressekonferenz in Anwesenheit eines Staatsanwaltes, Auflösung von Francia und Festnahme von Bertolini reagierte der Innenminister mit Einsatz tausender Polizisten und Angriffen auf Solidaritätskundgebungen korsischer Arbeiter und Bauern. Zivilpolizei erschoß zwei von ihnen. Die UPC-Mitglieder mußten der militärischen Übermacht weichen, wochenlang jedoch kam es zu Massenkundgebungen und Streiks, in denen Freilassung der politischen Gefangenen und Selbstbestimmungsrecht für das korsische Volk gefordert wurden. Die französische Polizei mußte Bertolini festnehmen.

Ajaccio, 27.12.: Laßt die Gefangenen frei, verurteilt die Faschisten von Francia!

Ob es der Bourgeoisie gelingen wird, den Prozeß reibungslos über die Bühne zu ziehen und mit den beabsichtigten hohen Haftstrafen abzuschließen, ist heute völlig unsicher. Sechs Gefangene befinden sich seit 60 Tagen im Hungerstreik für ihre Freilassung. Justizminister Peyrefitte tönt von Erpressung und läßt zwangsernähren, Bertolini hingegen ist schon längst von Haft verschont. Seit Wochen demonstrieren und streiken auf Korsika tausende, die Befreiungsfront FLNC verstärkt ihre Sprengstoffattentate, in Frankreich entfaltet sich eine starke Solidaritätsbewegung, die auch die Auflösung des Gerichtshofes verlangt.

Jugend

Gewerkschaften, Parteien und Verbände beziehen Position zu Forderungen der Jugendbewegungen

Wie die großen Verbände auf die Forderungen der Jugend eingehen

Deutscher Gewerkschaftsbund DGB

„Der DGB verlangt ein neues und wirksames Berufsbildungsgesetz ... Eine umfassende und wirksame Neuregelung der Finanzierung der Berufsbildung ist der entscheidende Ansatz für eine Reform der Berufsbildung. Der DGB fordert dazu eine Berufsbildungsabgabe aller Betriebe und Verwaltungen und damit die Errichtung eines zentralen Fonds für die Berufsbildung ...

Im Vordergrund gesellschaftspolitischer Erwartungen der Gewerkschaftsjugend stehen:
– Der Kampf um eine Reform der beruflichen Bildung, durch die eine qualifizierte Ausbildung aller Jugendlichen über die Bedarfsinteressen der Unternehmer hinaus gesichert ist.
– Der Kampf um die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzes, durch den Jugendliche vor Überforderungen und vorzeitigem Verschleiß ihrer Arbeitskraft geschützt werden sollen.

Die wichtigste und zur Zeit dringlichste Forderung ist jedoch die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit ...“

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken SJD

„Die Sozialistische Jugend will gegen die Arbeitslosigkeit angehen, und sie unterstützt den Kampf der Gewerkschaft, insbesondere für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Reform der Berufsbildung.

Die Sozialistische Jugend unternimmt und unterstützt Aktionen, die sich gegen die weitere Aushöhlung im Grundgesetz verankerter demokratischer Rechte wenden. Sie fordert ihre volle Wiederherstellung.

Die Sozialistische Jugend wendet sich ... nicht nur gegen das Atomprogramm der Bundesregierung, sondern gegen jede Schädigung und Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Produktionsweise.“

Bund der Deutschen Katholischen Jugend BDKJ

„Die Bedingungen des Lernens müssen verändert werden. Eine Lernsituation ist zu schaffen, deren Kennzeichen nicht Angst, Leistungsdruck und Konkurrenzdenken, sondern Vertrauen, Freude, Leistungswille und solidarisches Handeln sind.

Lernort Schule und Lernort Betrieb sind inhaltlich und organisatorisch besser miteinander zu verzahnen.

Wir erwarten von den Mitgliedern des BDKJ, die in der Bundeswehr Dienst tun, daß sie sich für die Ziele und Notwendigkeiten unserer freiheitlichen Demokratie einsetzen und ihren Dienst in dieser Verpflichtung erfüllen.

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein Grundrecht, das vor jeder Einengung zu schützen ist ... Der BDKJ setzt sich dafür ein, daß der zivile Ersatzdienst der Kriegsdienstverweigerer möglichst wirksam im Sinne eines Dienstes für die Entwicklung der Gesellschaft geleistet werden kann. Das schließt die Forderung nach einer Grundausbildung der Ersatzdienstleistenden sowie die Auswahlmöglichkeit und die Einrichtung weiterer geeigneter Einsatzstellen auch im Bereich der Jugendhilfe ein ... Als neue Bezeichnung für den zivilen Ersatzdienst schlagen wir den Namen „Zivildienst“ vor.“

Christlicher Verein Junger Menschen CVJM

„In Anbetracht der Prägung des CVJM in der Welt von heute werden ... den verschiedenen Vereinen und ihren Mitgliedern als Mitarbeiter Gottes Forderungen auferlegt. Zu diesen gehören:
Für Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle zu wirken.
Für eine Umwelt und deren Erhaltung zu wirken, in der Beziehungen der Menschen untereinander durch Liebe und Verständnis gekennzeichnet sind.“

In die Debatte um die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans, der 1973 verabschiedet wurde, hat der DGB im Juni 1980 mit einer Stellungnahme eingegriffen. Erneut erhebt er bestimmte Forderungen, die in den Bildungsgesamtplan II aufgenommen werden sollen.

Der Elternbeitrag im Vorschulbereich soll gestrichen werden. Zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen in der Grundschule wird verlangt, die Bemessungszahlen für die Einrichtung von Grundschulklassen unterschreiten und bis auf acht Schüler herabsetzen zu können, damit Grundschulen auf dem Land erhalten werden können. Bei der Bemessungsgrundlage der Relation von Schülern zu Lehrern sollen Ausländerkinder doppelt zählen; das wäre ein brauchbares Verfahren zur Entlastung der Lehrer und würde dem Druck gegen Kinder anderer Nationalitäten entgegenwirken.

Zur Beurteilung der Leistungen der Schüler fordert der DGB die „Abschaffung der Notengebung und eine Zeugnisgestaltung mit Beschreibungen des Arbeits- und Sozialverhaltens“, „das Abschaffen des Sitzenbleibens“ und „die nur in besonders begründeten Fällen mögliche Sonderschulüberweisung“. Für den Sekundarbereich I hält der DGB an der Forderung nach der Integrierten Gesamtschule fest. Seine Gründe macht er an der Ungleichbehandlung bei der materiellen und personellen Ausstattung, den von Bundesland zu Bundesland wechselnden Abschlüssen und den unterschiedlichen Schulzeiten im dreigliedrigen Schulsystem fest, das die CDU/CSU unbedingt erhalten wissen will.

Der DGB erklärt die Notwendigkeit der „obligatorischen zehnjährigen Allgemeinbildung“ vor allem damit, daß die zukünftigen Veränderungen des Produktionsprozesses unsicher seien und eine perfekte Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem nicht möglich sei. Soweit damit die Absicht verfolgt wird, die Arbeitskraft verkaufbar zu halten unter den Bedingungen des Arbeitsmarktes, die nicht vom Willen des einzelnen Arbeiters abhängen, und die Zahlung zu ihrem Wert zu sichern, kann man zustimmen. Dagegen ist die Hoffnung, die Kapitalisten möchten „andere Formen der Arbeitsorganisation und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitsaufgaben und -prozesse ... ermöglichen“, und hierin liege eine Bewährungsprobe für das Wirtschaftssystem und seine

Broschüre des DGB zum Jugendarbeitsschutz: „Bangemachen gilt nicht"

Fähigkeiten bei der Umsetzung neuer Gegebenheiten in humane Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nicht so ernsthaft als Forderung gedacht, vielmehr als Umschreibung der Erwartung, daß sie genau dies nicht tun werden.

Bei der Berufsbildung kritisiert der DGB die weitere Aufsplitterung der Berufsfelder und ihrer Schwerpunkte, die von einer möglichst breiten Grundbildung wegführen. Berufsschulunterricht soll an zwei Wochentagen zu je sechs Stunden erteilt werden. Auch an Teilzeitberufsschulen soll zwölf Stunden unterrichtet werden. Das ist neu und müßte durchgesetzt werden gegen die Versuche der Kapitalisten, mit der Ausdehnung der Teilzeitarbeit alle für den Normalarbeitstag erkämpften Rechte zu bestreiten.

Insgesamt hat die Befassung der Gewerkschaften mit Fragen der Ausbildung bedeutende Fortschritte gemacht, während sie auf dem Gebiet des Jugendarbeitsschutzes schon lange und mit Erfolg tätig sind.

Unter den Jugendorganisationen, die Einfluß auf die Jugend ausüben oder doch spontane Strömungen repräsentieren, kann man ungefähr drei Richtungen ausmachen.

Diejenigen, die sich programmatisch an eine reformistische oder revisionistische Partei anschließen, teilen mehr oder weniger die Auffassungen der Gewerkschaften zu dem, was die Jugend braucht. Zu den Organisationen, die spürbare Aktivitäten entwickeln, zählen sicher die Falken. Sie ziehen eine gewisse Stärke aus der Teilnahme am gewerkschaftlichen Kampf, der auf den Erfahrungen bei der kapitalistisch organisierten Arbeit beruht. Manchmal gewinnen sie die Kraft zu Forderungen, die sich gegen die offiziellen Auffassungen der SPD richten. Sie greifen das Energieprogramm der Regierung an und unterstützen Bewegungen, die sich gegen Atomkraftwerke richten. Eine deutliche Hilflosigkeit, die aus der reformistischen Fesselung entspringt, tritt hervor in ihrer Agitation bei Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten, so bei der Bundestagswahl 1980. Die Falken versuchten, eine Latte von fortschrittlichen Forderungen in Verbund zu bringen mit der Zumutung, die Jugend müsse SPD wählen, damit Strauß nicht den Spielraum der Linken beschneide.

In den katholischen Jugendverbänden findet eine lebhafte Auseinander-

Die Kapitalisten haben sich von Ausbildungskosten entlastet: Seit 1976 steigt die Berufsausbildungsquote wieder an

Auf 640000 schätzt der Bildungsbericht 1980 des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft die Zahl der im Berichtszeitraum 1979 abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge: 6,8% mehr Verträge als 78 (599000) und überhaupt angesichts der geburtenstarken Jahrgänge ein „Nachkriegsrekord". Zu verdanken sei das alles der „gemeinsamen Verantwortungsbereitschaft" der „Beteiligten". Der runden halben Million Jugendlicher, die sich gegenwärtig von Januar bis z.T. über den August hinaus die Hacken abläuft, um einen Ausbildungsplatz zu finden, wird also allertiefste Dankbarkeit nahegelegt. Wie das Ministerium versichert auch die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände in ihrem Bericht 78/79, die in betrieblicher Ausbildung befindliche Jugend sei „mit positiver Einstellung" bei der Sache, und überhaupt habe sich in diesen Jahren erwiesen, daß das „duale Ausbildungssystem", also die vollständige Verfügung der Kapitalisten über die Berufsausbildung, der „Rettungsanker" für das ganze Bildungswesen geworden sei.

1,517 Mio. der insgesamt 3,043 Mio.

Tabelle 1: Erwerbstätige und Auszubildende

Berufsbereich	Erwerbstätige gesamt	Erwerbstätige ausgeb.	Auszubildende
Landw., Fischerei	1536	480	41
	6,4%	*3,2%*	*2,9*
Bergleute	96	60	4
	0,4%	*0,4%*	*0,3%*
Fertigungsberufe	7342	4722	700
	30,6%	*31,5%*	*50,1%*
Techn. Berufe	1344	1094	41
	5,6%	*7,3%*	*2,9%*
Dienstleistungen	13341	8499	612
	55,6%	*56,7%*	*43,8%*
Alle Bereiche	23994	14989	1397
	100%	100%	100%

Angaben in Tsd., ohne „sonstige Arbeitskräfte"; Quelle: Stat. Bundesamt, zit. nach Berufsbildungsbericht 1980

Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren befanden sich 1978 unter Ausbildungsvertrag. Damit steigt der Anteil der Jugendlichen dieses Alters in betrieblicher Ausbildung wieder an. Nachdem diese Quote Anfang der 60er Jahre noch über 66% betrug, sank sie bis auf 46,4% im Jahr 1976 ab. Inzwischen sind die 50% bereits wieder überschritten. Keineswegs Sorge um die Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge hat die Kapitalisten jedoch dazu bewegt, in den vergangenen Jahren die betriebliche Ausbildung wieder auszudehnen. Im Gegenteil, sie hatten eine Entlastung von den sie so schwer drückenden „Ausbildungskosten" gefordert und damit bessere Bedingungen für die Ausbeutung der infolge der Ausbildungstarife billigen jugendlichen Arbeitskraft verlangt:

– Knapp ein Fünftel der abgeschlossenen Ausbildungsverträge besteht inzwischen aus „verkürzten Verträgen". Für das Jahr 1979 wird die Zahl dieser um ein halbes bis ein Jahr verkürzten Verträge auf 109000 oder 17% der neu abgeschlossenen Verträge geschätzt. Dieses Fünftel setzt sich in etwa zusammen: aus rund 11% der Hochschulzugangsberechtigten des Jahres, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben; aus Absolventen beruflicher Vollzeit-

setzung mit den gewerkschaftlichen Forderungen statt. Verbände wie der BDKJ sind wohl imstande, Forderungen, die der DGB aufstellt, zu unterstützen. Das müßte für die Aktionseinheit in vielen Fällen reichen, wenn auch die Begründung meistens nicht auf Klasseninteressen, sondern auf das System der Soziallehre gestützt wird. Z.B. wird die Forderung nach Bildungsurlaub übernommen. Die Begründung für zwei Wochen Bildungsurlaub für ,,die jungen Arbeitnehmer unter 25 Jahren" wird genommen aus der Notwendigkeit der ,,eigenen Selbstfindung", der ,,Standortfindung und Standortüberprüfung" und der Absicherung des Einflusses der Kirche auf Veranstaltungen in der Freizeit. Mit fast der gleichen Begründung wird aber auch ein Angriff auf die Ganztagsschule vorgetragen.

Was der CVJM darstellt, ist schwer zu sagen. Nach seiner Verfassung ist er so alliebend, daß schon fast alles in seinen Reihen vertreten werden kann. Die Klammerung an die Religion wird weniger durch Auseinandersetzung mit bestehenden Problemen gesichert, sondern mehr durch unaufhörliches Stochern in der Bibel und daraus gezogener Beruhigung, die schon an Gleichgültigkeit grenzt. Vielleicht stellt aber gerade diese Methode eine zeitweilige Ausflucht für Hoffnungslose dar.

Katholischer Jugendgottesdienst, Praktizierung der ,,offenen Gemeinde"

Bekannt ist, daß unter den Mitgliedern faschistischer Jugendorganisationen der höchste Prozentsatz an Arbeitslosen ist. In den wenigsten Fällen sind Leute darunter, die sich mit dem Nationalsozialismus gründlich befaßt hätten. Wahrscheinlich ist, daß sie durch den frühen und anhaltenden Ausschluß vom Verkauf der Arbeitskraft nicht mit den Gewerkschaften in Berührung kommen, keine Erklärung für ihre hoffnungslose Lage finden und den Wunsch entwickeln, die eigene Person, aus der die Unfähigkeit zum Leben zu entspringen scheint, aufzulösen in einer übergeordneten und würdevolleren Instanz.

Anfang der siebziger Jahre haben solche Organisationen Versuche unternommen, ökologische Forderungen aufzunehmen. Sie nannten sich selber Nationalrevolutionäre und sprachen von ,,Biohumanismus" und ,,Ethnopluralismus". Die Bewegung, die sich jetzt unter den Grünen zusammenfindet, wird sich aber auch bei Verschärfung der Krise und größerer Arbeitslosigkeit sicher nicht in eine solche Richtung abdrängen lassen.

---

schulen, z.B. einem Teil der 1978 321000 Berufsfachschüler oder der 46000 Schüler im Berufsgrundbildungsjahr.

– Für rund 44812 Schulabgänger der Haupt- und Sonderschulen in der Regel ohne Abschluß wurde 1978 ein Berufsvorbereitungsjahr eingeschoben, sie gelten als ,,schwer vermittelbar".

– Für rund 14807 weitere Haupt- oder Sonderschulabgänger wurden von der Bundesanstalt für Arbeit ,,Förderungslehrgänge" veranstaltet. Aus diesen Jugendlichen wurden 1977/78 6900 als ,,berufsreif" für ein Ausbildungsverhältnis heraussortiert, der Rest zusammen mit weiteren etwa 8000 Teilnehmern von Eingliederungslehrgängen" gilt als freigegeben für die ,,Ungelerntentätigkeit" oder eine Behindertenwerkstatt. Entsprechende Maßnahmen werden an den überbetrieblichen Ausbildungszentren für den ersten Teil der Ausbildung oder ganz finanziert.

– Ein Hauptfeld der finzanziellen Entlastung der Kapitalisten bildet schließlich der Aufbau und die Unterhaltung der überbetrieblichen Ausbildungszentren (Ende 1979 mit 58126 Ausbildungsplätzen), für die die Kosten zu 80% aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

Im Ergebnis dieses ganzen etwa in den letzten zehn Jahren vor der beruflichen Ausbildung im Betrieb errichteten Siebes waren 1978 123000 Jungarbeiter und -angestellte sowie weitere

Tabelle 2: Berufswechsel bei der ersten Anstellung nach der Ausbildung in 10 stark besetzten Ausbildungsberufen 1979

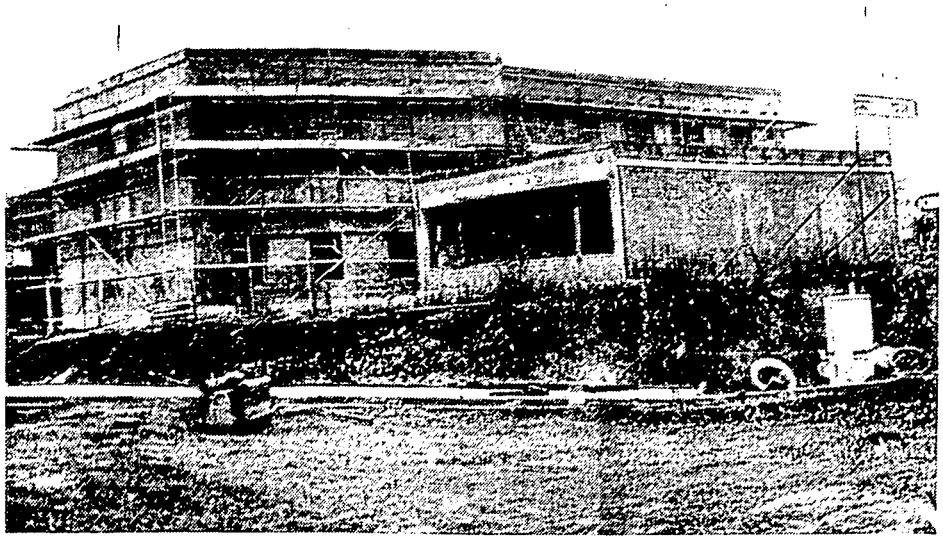
Ausbildungsberuf	betrieblich ausgebild.	Berufswechsler
KFZ-Mechaniker .	604000	16,3%
Maschinenschl	590000	16,2%
Maurer.....	490000	15,8%
Friseur	409000	10,9%
Elektriker	344000	10,6%
Einzelhandels-....	927000	19,1%
Industriekaufm...	647000	14,5%
Verkäufer(in)	528000	13,0%
Groß- u. Außenhandelskaufm	447000	37,8%
Bürokaufmann ...	417000	22,0%

Berufswechsel definiert als Wechsel der Berufsgruppe; Quelle: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zit. nach Berufsbildungsbericht 1980.

60000 berufs- und arbeitslose Jugendliche deutscher Nationalität zwischen 15 und 18 Jahren direkt von der Berufsschulpflicht ,,befreit". Dazu kommen die ausländischen Jugendlichen. Geschätzt werden etwa 28900 in beruflicher Ausbildung und noch etwa drei mal soviel von der Berufsschulpflicht ,,befreite" ausländische Jugendliche.

Der Preis für alle diese die Kapitalisten entlastenden Maßnahmen wurde für das Jahr 1980 mit 4,6 Mrd. DM angegeben (Preise von 1975).

Auch über all diese Sondermaßnahmen hinaus ist der große Umfang der betrieblich stattfindenden Ausbildung von Handwerkern und Facharbeitern doch keineswegs eine Garantie für den Lohnstandard der Facharbeiter. Eher deutet sich das gerade Gegenteil an: die beiden nebenstehenden Tabellen zeigen, daß in den gängigsten Fertigungs-und Dienstleistungsberufen eine Überzufuhr an Auszubildenden absehbar ist, so daß Berufswechsel in nahe verwandte Tätigkeiten bis zu Hilfsarbeiten bereits in einem erheblichen Umfang stattfinden. – ,,Ausbildung ist immer gut", kommentiert der Sachverständigenrat diesen Vorgang. – Das einzig Beeindruckende an dieser Berufsausbildungspolitik ist die Unverfrorenheit, mit der die Jugendlichen dafür auch noch zu Dankbarkeit aufgefordert werden.



Kasernierte Jugend: Dienstunterkunft einer Zivildienstgruppe

Der bürgerliche Staat erläßt seinerseits Gesetze zum Schutze der Jugend, die der Jugend die Vorstellungen der Bourgeoisie aufoktroyieren sollen. Unter der von der CDU geführten Bundesregierung wurde das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften erlassen, das hauptsächlich ein Zensurgesetz für die unter Jugendlichen verbreitete Lektüre ist. Viele werden sich an entsprechende Unterweisungen in der Schule über Schmutz und Schund erinnern. Von den Lehrern wurde vor gewissen billig aufgemachten Heftchen gewarnt und vielen ein Abscheu fürs Leben eingeimpft. Die Bundesprüfstelle verlegte sich nach einer Weile auf Klagen, daß fast niemand käme, um eine Schrift bei ihr anzuzeigen. Erwischte sie doch was Passendes für einen Prozeß, dann empörten sich die gebildeten Richter darüber, daß Leute, die mit diesen Sachen in Kiosken neben Bier, Würstchen und Tabak handelten, nicht kompetent in literarischen Fragen seien. Gefahndet wurde u.a. nach allem, was die Familie und die Ehe herabsetzte und nach der Verherrlichung von Gewalttaten, also Darstellung von Verhältnissen und Verhaltensweisen, die aus der fehlenden Möglichkeit, die Arbeitskraft vollständig zu reproduzieren, und aus Formen der Rebellion stammen. Ein Comic-Heft wurde indiziert mit der Begründung, es sei ,,die Darstellung eines Helden (mit Halbstarkentolle) ..., der mit immer überlegener körperlicher Kraft und unbesiegbarem Schlagvermögen eine außerhalb von Recht und Gesetz stehende Selbstjustiz ausübt, ein schon an sich äußerst bedenkliches Leitbild." Die Heftchen-Verleger, die gerade begonnen hatten, gute Geschäfte zu machen, zettelten eine Kampagne gegen die Leihbücher und für deren schärfere Kontrolle an. Zwölf Leihbuchverleger antworteten mit der Gründung der ,,Aktion 57", einer Art freiwilligen Selbstkontrolle, die reaktionär ausfiel: ,,Nicht nur die Verherrlichung, sondern jedes Verständnis für das Verbrechen muß im Unterhaltungsroman abgelehnt werden."

Seit 1974 bemüht sich der ,,informative Verfassungsschutz" um das Problem, was Jugendliche lesen dürfen und was nicht. Ein Verfassungsschutzbeamter, der auf einer Veranstaltung des Bundesjugendringes Ende 1978 sich zu diesem Thema äußerte, rechtfertigte seine Tätigkeit auch gleich damit, daß sich Eltern und Lehrer nicht

Punk — Versuch der Gegenwehr mit bürgerlichen Mitteln

...wurden die Leute sauer und fingen an, Bierdosen und Papierbecher auf die Bühne zu schmeißen, wo ein paar häßlich aussehende Punks Instrumente aufbauten. Schließlich war die Band bereit und die Menge brüllte, aber über die krachende Leadgitarre und das rasende Schlagzeug hörte man den Song:

,,Gib mir den Tod / will nich leben / gib mir doch den Tod / oder ich mach Deine Alte kalt / hab genug von der Wohlfahrt / hab genug von Leben / ich will den Tod / gib mir doch den Tod / oder ich schlag Dir den Schädel ein / dann bist Du tot / ich mach Hackfleisch aus Dir / und geb es meiner Katze / weil ich den Tod brauche"

Der Sänger, Jonny Blood, schnappte sich eine Bierflasche und warf sie in die tobende Menge, die so hoch sprang, wie sie nur konnte und dabei versuchte, Löcher in die kaputte Decke des Clubs zu schlagen. Die Band machte weiter ...
(The Punk 'n Roman Von Giden Samms)

Die Philosophie des Punk ist auf dem Boden der Jugendarbeitslosigkeit gewachsen. In vielen kapitalistischen Ländern, und in der BRD und Westberlin vielleicht am stärksten, erscheint die Jugendarbeitslosigkeit nicht hauptsächlich als Ergebnis der Kapitalistenwirtschaft, jedenfalls nicht so, wie sie den einzelnen trifft.

Die Arbeitslosigkeit ausgebildeter Lohnabhängiger findet ihre unpersönliche Erklärung fast immer im Mißwuchs einer Branche oder eines Betriebes durch die Konkurrenz.

Die Arbeitslosigkeit der Jugend hingegen ergibt sich dem Anschein nach aus dem persönlichen Erfolg oder Mißerfolg beim Schulbesuch. Das Sortiersystem der öffentlichen Schule reicht hin, um dem gesellschaftlichen Phänomen der Arbeitslosigkeit einen ganz persönlichen Stempel aufzudrücken. Wo aussortiert wird, gibt es Abfall. Wo Menschen zu Abfall deklariert werden, bleibt Gegenwehr nicht aus.

Was liegt näher, als die persönliche Würde zu behaupten durch die Demonstration, daß Menschen zu Abfall gemacht werden und daß dieser Abfall aus Menschen besteht? Was näher als die Aufforderung, dann bringt mich doch gleich ganz um? Was näher als die dumpfe Ankündigung, was Schreckliches zu tun? Auf diese unbeholfene Weise läßt sich sagen, wer der wirkliche Abfall ist. Aber die Brutalität, mit der im Zusammenwirken von Schulsystem und Arbeitsmarkt die persönliche Würde eines ganzen Teils der heranwachsenden Generation zermahlen wird, erzeugt zwar gebieterisch das Bedürfnis von Gegenwehr, gibt aber die Grundsätze für eine erfolgreiche Gegenwehr nicht her. Die Punk-Philosophie ist deswegen anfällig für reaktionäres Gedankengut und enthält solches auch tatsächlich.

Die schwüle Todessehnsucht, die ziellose Drohung, die Abwehr, keineswegs bloß gegen die Reichen, sondern gegen alle, die nicht mit der amtlichen Stempelmarke Abfall gezeichnet sind, fast scheints, die ,,neue soziale Frage", Heiner Geißlers Vorstellung vom Klassenkampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzvernichtern, fände hier soziale Realität und politischen Stoff. Die Texte weisen viele Bezüge auf zu Lyrikern wie Gottfried Benn, der zwischen den Kriegen textete und zum Propagandisten des Faschismus

ausreichend um die Kinder kümmern, so daß der Staat zugreifen muß. Er äußerte: „Wenn im Elternhaus oder in der Schule keine genügende Aufklärung erfolgt, wo können dann die Jugendlichen ihr Wissen beziehen? Hier bietet sich seit Jahren ein breites Feld sogenannter Trivialliteratur an, das unter der Bezeichnung ‚Heftchen-Markt' bekannt ist." Die Methode ist, den Jugendlichen, nachdem ihre künstlerischen und musischen Fähigkeiten in der Schule nicht entwickelt worden sind, ihre Lektüre nicht gefördert worden ist und sie nicht beraten worden sind über den Charakter der unterschiedlichen Lebensanschauungen, die sich in gut und schlecht gemachter Literatur niederschlagen, ihnen das einzige, was sie lesen, als Dreck hinzustellen und ihnen zu entziehen.

Diese Sorte Schutz ergänzt die Unterdrückung der kulturellen Tätigkeit der Jugend in der Schule und im Betrieb. Gestützt auf die bürgerlichen Parteien arbeiten die Staatsorgane daran, möglichst viel Lebenszeit der Jugendlichen in Arbeitszeit für die Kapitalisten zu verwandeln und sie daran zu gewöhnen, ihr Bedürfnis nach ausreichend freier Zeit für anregende Unterhaltung, Sport und Teilnahme an der Arbeit von Gewerkschaften und Organisationen als unerfüllbar anzusehen.

wurde. Wieso schrecken die bürgerlichen Propagandisten trotzdem davor zurück, dies Gemenge von konservativem, reaktionärem und teils auch faschistischem Gedankengut auf ihre politischen Mühlen zu lenken?

Das Hauptelement des Punk ist das Bedürfnis nach Gegenwehr. Die Punk-Philosophie drückt dies aus, aber eben mit den Mitteln, die in der bürgerlichen Gesellschaft auf der Straße liegen. Wo aber der Punk die Sphäre schummriger Gefühlsbildung verläßt und sich politisch verhalten muß – und dies ist schon öfter eingetreten –, treten andere Grundsätze in Wirkung. Die Erfahrung der Schulunterdrückung erzeugt demokratische Bestrebungen. Die Erfahrung der Hilfsarbeit Haß gegen die Ausbeuter. Obwohl in der Philosophie des Punk Ansatzpunkte zur Bildung eines reaktionären Sammelbeckens genug enthalten wären, wehrt sich deswegen die bürgerliche Gesellschaft. Denn was ihr nützen würde, ist bloß aufgepappt, und politische Entwicklung dieser Bewegung muß auf die Gründe zurückführen und wendet sich gegen die herrschende Klasse. Daß eine solche Entwicklung durch die Punk-Philosophie nicht gefördert, sondern erschwert ist, ist eine andere Sache.

Einkommenslage der Jugend

Ausbildungsvergütung:
1978 wiesen die Ausbildungsvergütungen (alle Lehrjahre gerechnet, alle Ausbildungsberufe erfaßt) eine Streuung zwischen 140 DM (Damenschneider, 1. Lehrjahr) und 1 195 DM (Baugewerbe, 3. Lehrjahr) auf.

In den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im Metallgewerbe wurden 1980 folgende Ausbildungsvergütungen gezahlt:

Ausbildungsvergütungen Metallgewerbe 1980 (NRW)

	Azubi (1978)	Vergütung DM 1. Lj.	3. Lj.
KFZ-Mechan .	88633	325	390
Elektroinstall .	48614	295	410
Schlosser	18737	397	527
Heizungsbauer	15397	401	490
Gasinstallateur	27938	401	490
Werkzeugm...	21511	473	574

Quelle: IG Metall, Daten-Fakten-Informationen 1980

Im Handel und im Dienstleistungssektor liegen die Ausbildungsvergütungen z.T. erheblich darunter. Im Öffentlichen Dienst erhielt ein Krankenpflegeschüler im 3. Ausbildungsjahr 1 007 DM monatlich 1980. Die Gewerkschaftsjugend fordert eine Anbindung der Lehrlingslöhne an die Facharbeiterlöhne und die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um denselben DM-Betrag wie die Ecklöhne, um die elterlichen Haushalte zu entlasten. Verschiedentlich wird die Anhebung der Ausbildungsvergütungen auf das Niveau im Öffentlichen Dienst gefordert.

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG):
„Ausbildungsförderung wird geleistet für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Fachoberschulen ab Klasse 11, Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, Berufsfachschulen (ab Kl. 10) einschließlich Berufsgrundbildungsjahr, Fachschulen und Hochschulen ...

Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht für eine der Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung ein Rechtsanspruch, wenn dem Lernenden die für seinen Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel ‚anderweitig nicht zur Verfügung stehen', d.h. wenn er selbst, sein Ehegatte oder seine Eltern diese Kosten nicht decken können." (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1980/81)

„Förderung der betrieblichen Berufsausbildung ... Nach § 40 AFG gewährt das örtlich zuständige Arbeitsamt Auszubildenden für eine betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung bei Bedürftigkeit Berufsausbildungsbeihilfen in Form von Zuschüssen, in Ausnahmefällen auch in Form von Darlehen. Für die Berufsausbildungsbeihilfe gelten nach Lebensalter und Familienstand folgende Höchstsätze: eine Pauschale für den Lebensunterhalt in Höhe von 375 DM bis 620 DM im Monate ..." (Berufsbildungsbericht 1980)

Rechnet man von den BAföG-Zahlungen 1978 an Studenten die Darlehenszahlungen ab, die zurückgezahlt werden müssen, so reduzieren sich die angegebenen Durchschnittswerte um 35%. Eine Deckung der Kosten für Lebensunterhalt und Ausbildung ist durch BAföG nicht möglich, Arbeit neben der Berufsausbildung oder dem Studium plus Finanzierung aus den Elterneinkommen die Regel.

„Am Geldbeutel braucht eine Ausbildung kaum noch zu scheitern. Zur Gleichheit der Bildungschancen gehört auch, daß junge Menschen und ihre Eltern Bildungs- und Berufsentscheidungen weitgehend unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage treffen können." (300 Mal Bildung, Bürger fragen – Antworten für Bürger; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1980)

BAFöG-Bezieher 1978

	Fälle gesamt	15-20 Jahre	20-25 Jahre	durchschn. mon. Förderung
Gymnasien	205405	172459	32043	194 DM
Berufsfachsch....	174164	154215	18018	243 DM
Fachschulen	56600	27144	25530	418 DM
Wiss. Hochschulen	307055	190706	80231	459 DM
Fachhochschulen	115214	75050	30831	462 DM
gesamt	967552	414531	395149	–

Quelle: Grund- und Strukturdaten 80/81, a.a.O.

US-Kongreß will Rentenalter erhöhen

Von 65 auf 68 Jahre soll das Rentenalter spätestens um die Jahrhundertwende erhöht werden nach den Vorschlägen eines Ausschusses des US-Kongreß. Der Ausschuß, der die US-Sozialversicherungen untersuchte, fordert ferner, daß bei hoher Inflation die automatische Rentenanpassung entfällt – zur Erhaltung der Liquidität der Rentenversicherung. Ebenfalls den US-Kapitalisten aus der Seele gesprochen ist der Vorschlag, die Hälfte der Krankenhauskosten im Rahmen der Medicare-Versicherung aus Lohn- und Einkommenssteuern zu finanzieren statt wie bisher aus den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeiter und Kapitalisten (je 6,65% vom Lohn). Außerdem wird Kostendämpfung bei der Krankenversicherung vorgeschlagen.

Kampf um arbeitsfreie Samstage in Polen

Am 10. Januar 1981 fand die erste größere Auseinandersetzung um die zugesicherten freien Samstage in Polen statt. Es gibt Berichte, daß die Mehrheit der Lohnabhängigen entsprechend der Festlegung der Regierung zur Arbeit gekommen sei, aber auch Berichte, daß eine Mehrheit dem Aufruf der Gewerkschaft Solidarität gefolgt sei, diesen Samstag als arbeitsfrei zu behandeln. Auf jeden Fall führte die Unsicherheit über die Auslegung des Abkommens von Gdansk, ob nämlich sämtliche Samstage nur für die Bergarbeiter oder für alle frei sein sollen, zu Kompromissen in der Aktion. Teils waren die Arbeiter zwar erschienen, trugen sich aber nicht in die Anwesenheitslisten ein; teils befolgten die Betriebe den Vorschlag der Gewerkschaft, den für den 31. Januar angesetzten freien Samstag für vorgezogen zu erklären, so daß ein Spielraum für Verhandlungen bleibt. Viele arbeiteten, weil sie eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage fürchteten. Unklar ist, wie freie Samstage für die Beschäftigten im Handel und im Verkehrswesen durchgeführt werden sollen. Bei der nächsten Lohnzahlung stellt sich heraus, ob dieser Samstag bezahlt wird oder nicht.

Am 25.11. hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Klage einer Realschullehrerin gegen eine Geldbuße von 100 DM wegen Beteiligung an dem von der GEW organisierten Lehrerstreik im Kampf um Arbeitszeitverkürzung zurückgewiesen. Es gebe für Beamte kein Streikrecht. Damit wurden Prozesse gegen 3000 Lehrer in Niedersachsen eingeleitet. Erstmalig hat der GEW-Gewerkschaftstag 1980 einheitliche Forderungen zur Verkürzung der Lebens- und der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden sowie nach Streikrecht für Beamte beschlossen. (Bild)

Mit einem zweistündigen Streik und einer Demonstration antworteten am 8. Januar 3500 Arbeiter und Angestellte des Olympiawerkes in Wilhelmshaven auf die Pläne des Vorstands der AEG-Tochter, Massenentlassungen vorzunehmen. Der Betriebsrat und die örtliche IG-Metall hatten ihre Kenntnisse über die Vorhaben des Kapitalisten am 6.Januar in einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Am Dienstagvormittag fand bereits eine einstündige Protestkundgebung im Werk Leer statt, an der sich ca. 1000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. Mit einigen tausend Entlassungen wird sich der Druck auf den Arbeitsmarkt in Ostfriesland noch weiter verschärfen. Nach Angaben des Betriebsrats sind schon jetzt über 70% der Belegschaft unter dem Ecklohn eingestuft.

Ablehnung des Kammerhaushalts

Die Arbeitnehmervertreter der Handwerkskammer Mannheim stimmten gegen den Gesamthaushalt der Kammer. Die mit zwei Dritteln in der Vollversammlung vertretenen Arbeitgeber waren nicht bereit, über die Beiträge an den Deutschen Handwerkskammertag und an den ba-württ. Handwerkstag getrennt abzustimmen. Diese Beiträge lehnen der DGB und die Arbeitnehmervertreter ab, da es sich „um reine Arbeitgebervereinigungen handelt". Sie fordern eine „paritätische Besetzung sämtlicher Kammerorganisationen durch Novellierung der Handwerksordnung".

Streik bei BL beendet

1500 Arbeiter im Werk Longbridge von British Leyland beschlossen am 4. Januar, ihren seit dem 15.12. dauernden Streik zu beenden. Sie hatten gegen die Entlassung von acht Arbeitern, darunter vier Vertrauensleuten, gekämpft (s. 1/81, S. 18). Die Kapitalisten haben die acht Arbeiter wegen Teilnahme an einer Demonstration mit Sachschaden von mehreren hundert Arbeitern am 21.11. entlassen. Damals hatten die Kapitalisten zum wiederholten Male den 500 Arbeitern des Metro-Bandes erst bei Arbeitsbeginn mitgeteilt, daß sie wegen Teilemangels nicht arbeiten würden. BL-Vorsitzender Edwardes drohte allen 1500 Streikenden mit Entlassung, mit Stillegung und Pleite des Konzerns, falls sie den Streik nicht beendeten. Eine Kommission aus Gewerkschafts- und Kapitalvertretern soll jetzt die acht Entlassungen untersuchen.

VBL-Verhandlung von ÖTV vorerst abgelehnt

Seit Jahren greift die Bourgeoisie das Prinzip der Rentenzusatzversorgung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an. Sie habe zu einer „Überversorgung" geführt, da die Gesamtversorgung oft höher sei als der letzte Nettolohn. Dagegen die ÖTV: „... nicht die Versorgung (ist) in ihrem Nettobetrag zu hoch, sondern ... das Arbeitseinkommen zu niedrig ... und zwar infolge zu hoher Steuern und Sozialbeiträge." An diesen Angriffen sind Tarifverhandlungen zwischen ÖTV und Bundesinnenminister über eine Sonderregelung für Teilzeitbeschäftigte gescheitert, die für die Arbeiter und Angestellten, die aus gesundheitlichen Gründen in den letzten Jahren vor der Verrentung teilzeitarbeiten, eine angemessene Gesamtversorgung sichern sollten. Nach den geltenden Bestimmungen geht für viele dieser Kollegen der Anspruch ganz verloren, da er sich nach den Bruttolöhnen der letzten 3 Arbeitsjahre richtet. Baum will die Sonderregelung nur abschließen, wenn die ÖTV über die „Überversorgung" zu verhandeln bereit ist.

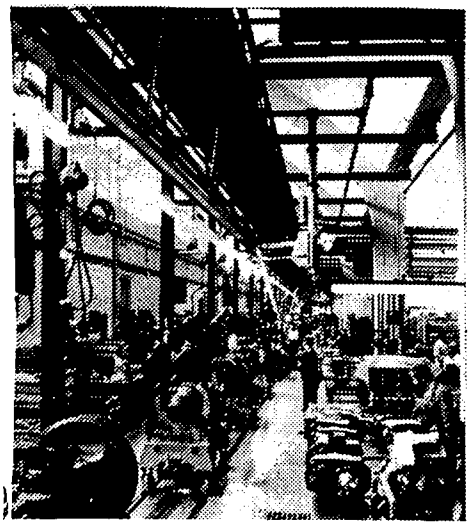
Automobilindustrie

MAN-Nutzfahrzeugbau: Kein Konjunkturtief in Sicht

Vom Gesamtumsatz des MAN-Konzerns von 5,3 Mrd. DM entfielen auf den Nutzfahrzeugbau im vergangenen Geschäftsjahr 3,7 Mrd. DM. Der Nutzfahrzeugbau bildet damit die Hauptstütze des Konzerns. 18121 LKW's und 3086 Busse rollten vom Band. 5000 Firmen lieferten Teile für die Montage. Ihre Produkte unterliegen einer engmaschigen Qualitätskontrolle. Von den 3,7 Mrd. DM Umsatz entfallen auf Kaufteile 2 Mrd. DM (56%). Mit 130 Grundtypen, die in 764 Ausführungsvarianten produziert werden hält der MAN Konzern auf dem LKW-Markt einen Marktanteil von 21% in der BRD, bei den Bussen, die in 46 Typen produziert werden, hat die MAN in der BRD einen Marktanteil von 25%. Obiger Marktanteil bei den LKW's bezieht sich auf die Gewichtsklassen von 9 – 40 Tonnen Gesamtgewicht. Durch einen Kooperationsvertrag mit VW produzieren beide Konzerne LKW's der Gewichtsklasse 6 – 9 Tonnen Gesamtgewicht. Mit diesem Gemeinschaftsprojekt sollen in der EG 10% Marktanteile erobert werden. Die MAN AG ist Hauptlieferant für die Bundeswehr, wo gegenwärtig ein Hauptauftrag von 8500 Fahrzeugen läuft. Der Abschluß eines Vertrages mit der US-Armee über 430 Fahrzeuge steht bevor.

Zunehmend entwickelt sich in den letzten Jahren der Export. Gut im Geschäft liegt die MAN AG im Nahen Osten, in der Türkei, dem Iran und Irak. Der Lieferumfang hat ein Volumen erreicht, daß die MAN AG in Bagdad ein zentrales Ersatzteillager errichtet. In den USA ist die MAN jetzt mit Bussen auf dem Markt eingebrochen. Im Herbst dieses Jahres wird in North Carolina ein Montagewerk in Betrieb gesetzt, das zunächst 350 Gelenkbusse pro Jahr produzieren soll.

Das Auftragsvolumen im Nutzfahrzeugbau belief sich am 30.10.80 auf 1,139 Mrd. DM, wobei 59% des Auftragsbestandes vom Ausland stammen. Die Entwicklung und Konstruktion arbeitet auf Hochtouren. Auf der IAA 79 hat die MAN AG ein Pilotprojekt vorgestellt, einen LKW für große Strecken mit neukonstruiertem Fahrerhaus für eine intensivere Ausbeutung des LKW-Fahrers. So befindet sich das Armaturenbrett nicht mehr unterhalb der Frontscheibe, sondern oberhalb. Im Versuch erprobt werden gegenwärtig Systeme, die Bremsenergie zu speichern, um sie bei der Beschleunigung wieder nutzbar zu machen. Eine Kraftstoffeinsparung von 10% läßt sich dadurch erreichen.



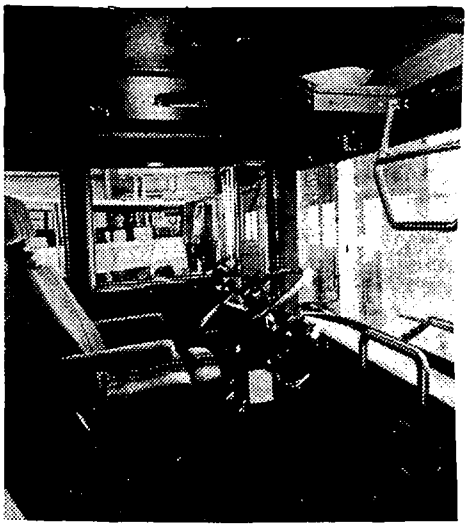


Bild links: Die durchrationalisierte Achstransferstraße. Bild rechts: Innenansicht des Pilotmodells MAN X 90.

Von dem gegenwärtig vielpropagierten Konjunkturtief vor allem in der ersten Jahreshälfte, dem Zeitpunkt der Lohnkämpfe, scheint die MAN AG eine Ausnahme zu bilden. Ihr Standpunkt ist jetzt: die Auftragsbücher seien zwar voll, aber die Ertragslage sei schlecht, daß keine Mark Gewinn mehr gemacht würde. Die Ursache hierfür seien die hohen Löhne und Gehälter und die Faulheit. Der MAN Vorstand in der Zeitschrift für die Mitarbeiter 12/80 nach der Weihnachtsgratulation auf der Seite 2: „Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Japaner haben eine ganze Reihe von Vorteilen. Sie haben einen niedrig bewerteten Yen. Sie zahlen weniger Steuern und haben niedrigere Löhne. Sie sind in der Arbeitseffizienz mindestens gleich gut wie wir. Das Entscheidende aber scheint zu sein: Sie arbeiten mehr ... Was also können wir tun, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen? Zunächst uns entschieden und entschlossen wehren gegen jeden Versuch, die Arbeitszeit noch stärker zu verkürzen oder den Schichtbetrieb noch mehr zu erschweren."

Diese Argumentation dünstet aus allen Stellungnahmen, insbesondere aus den Jubiläumsschriften anläßlich des 25jährigen Bestehens des MAN-Werkes München. Eine generelle Ausweitung des Schichtbetriebes, EDV-gesteuerte Verwaltung und EDV-gesteuerte Materialwirtschaft, Rationalisierungen für die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit, sind die nächsten Maßnahmen der Rationalisierung. Z.B. wurde der Finish-Bandabschnitt **örtlich verlagert, um Platz zu schaffen** für den Ausbau der Lackiererei. Die Achstransferstraße, eine in Europa als am weitesten durchrationalisiert geltende Achsenfertigung, ist an der Grenze der Auslastung. Die Einführung des Schichtbetriebs steht dort auf der Tagesordnung. Die Ausweitung der EDV in der Verwaltung und ihre Ausweitung in der Materialwirtschaft intensiviert die dortige Arbeit und wird viele Angestellte den Arbeitsplatz kosten.

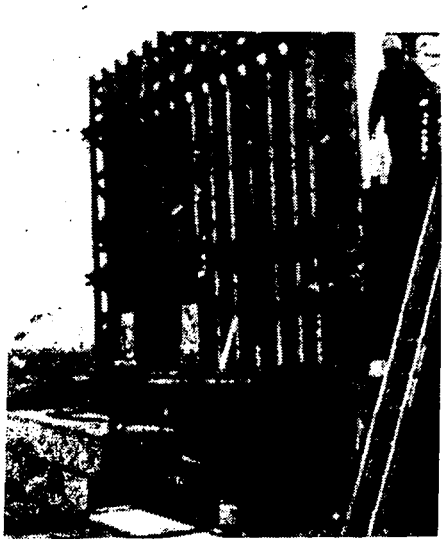
Im Frühjahr dieses Jahres sind Betriebsratswahlen, und ein Prüfstein für die Kandidaten wird sein, wie sie sich zu der Frage der Ausweitung des Schichtbetriebes verhalten.

Bauhauptgewerbe

BRTV abgeschlossen: Fahrtkosten erstattet

Im Bauhauptgewerbe ist mit dreijähriger Laufzeit zum 1.1.81 ein neuer Bundesrahmentarifvertrag (BRTV) in Kraft getreten. Entscheidende Veränderungen in der Bezahlung der Fahrtkosten und der Wegezeitvergütung (Verpflegungszuschuß) treten ein. Gab es, bedingt durch die ständig wechselnden Arbeitsstätten im Baugewerbe, im Gegensatz zu den Arbeitern in der Industrie und im öffentlichen Dienst, bereits eine Regelung über die Bezahlung von Fahrtkosten, so war diese bisher gebunden an die Entfernung der Baustelle zum Betrieb. Bei über 6 km Entfernung wurden pro Entfernungskilometer eine Pauschale, gestaffelt von 24

bis 28 Pf. gezahlt. Die Entfernung von der Wohnung zum Sitz der Firma blieb unberücksichtigt. Für große Teile der Bauarbeiter, die aus dem ländlichen Umkreis der Städte kommen, hatte das nach Abbau der Firmenbusse erhebliche Lohneinbußen zur Folge. Eigenes Auto wurde zur Voraussetzung, um die Arbeitskraft anbieten zu können. Mit dem neuen BRTV wird die Entfernung von der Wohnung zur Baustelle ab 6 km mit gestaffelten Pauschalsätzen von ca. 30 bis 40 Pf. pro Entfernungskilometer abgegolten. Die Kosten für das preisgünstigste öffentliche Verkehrsmittel werden voll erstattet. Damit ist im Bauhauptgewerbe eine Regelung durchgesetzt, die Vorbild für die anderen Branchen ist: die Bezahlung der Fahrtkosten direkt durch die Kapitalisten statt der bisherigen Lösung, pro Entfernungskilometer 36 Pf. beim Lohnsteuerjahresausgleich als Werbungskosten abzusetzen, von denen dann 22 bis 30% zurückerstattet wurden. Die direkte finanzielle Auswirkung auf jeden Bauarbeiter wird unterschiedlich sein, hier nur ein Beispiel. Ein Bauarbeiter, der täglich zu einer 20 km entfernten Baustelle fährt, und bisher keinen Anspruch auf Fahrgeld hatte, erhält jetzt pro Tag 6,50 DM, bei 20 Arbeitstagen 130 DM monatlich. Demgegenüber konnte er über den Lohnsteuerjahresausgleich dafür zwischen 30 bis 40 DM zurückerstattet bekommen.



Eine weitere Änderung tritt in der Bezahlung der Wegezeitvergütung (Verpflegungszuschuß) ein. Galt bisher die Zahlung von 5 DM täglich steuerfrei bei mehr als 10-stündiger Abwesenheit von der Wohnung und der Entfernung von mindestens 10 km der Baustelle zum Firmensitz, so entfällt jetzt die zweite Bedingung. Damit werden alle Bauarbeiter ab 1. Januar monatlich 100 bis 110 DM netto mehr erhalten. Dies war bisher nur bei ca. der Hälfte der Arbeitstagen im Jahr der Fall.

In den weiteren Vereinbarungen des BRTV wurden die Erschwerniszuschläge um 17,6% erhöht. Die Entlohnung von Jugendlichen unter 18 Jahren, die bisher bei 70% der LG VII lag, wurde auf 80% erhöht.

Das Entfallen des Lohnanspruchs infolge ungünstiger Witterung ist Bestandteil des BRTV geblieben. Die Baukapitalisten haben gegenüber der Forderung nach Bezahlung der Ausfallstunden in den Sommermonaten geltend gemacht, daß ein bis 1976 vorhandener Ausgleichsbetrag von damals einmalig 180 DM mit in den Lohntarif einbezogen worden ist und immer noch als Ausgleichsbetrag gelte. Es bestehe außerdem die Gefahr, so meinten die Kapitalisten, wenn sie zur Bezahlung des Witterungsausfalls im Sommer verpflichtet wären, könnte auch eine Bezahlung im Winter gefordert werden.

Anwerbestopp

„Berchtesgadener Modell" verschlissen

Berchtesgaden. Bundesinnenminister Baum und der bayerische Innenminister Tandler haben sich Anfang Januar geeinigt, die beschlossene Ausweisung von 420 türkischen und jugoslawischen Arbeitern aus dem Berchtesgadener Land bis Ostern zu verschieben. Bereits einmal hatte das zuständige Landratsamt den Termin hinausgezögert, um Gastronomen und Hoteliers über Weihnachten und Neujahr zu helfen. Nun soll zur „Abwicklung persönlicher Angelegenheiten" aus „insbesondere humanitären Erwägungen" noch das laufende Wintersaisongeschäft gesichert werden.

Das Berchtesgadener Landratsamt hatte gegen die Bestimmungen des Anwerbestopps für Arbeiter aus Nicht-EG Ländern verstoßen, indem es Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsbewilligung ersetzte durch den Stempel „Aufenthaltserlaubnis beantragt" und die Arbeitsstätte im Paß eintrug. Zu Nettolöhnen zwischen 700 und 800 DM wurden die ausländischen Arbeiter im Hotel- und Gaststättengewerbe untergebracht, bei Arbeitszeiten bis zu 65 Wochenstunden und Mieten bis 200 DM für Kellerlöcher. Nach einem halben Jahr mußte der Paßeintrag erneuert werden. In der Hoffnung auf eine endgültige Aufenthaltserlaubnis haben viele der Arbeiter hohe Verschuldung in Kauf genommen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Bußgeld bis zu 2000 DM wegen unerlaubten Aufenthalts abkassiert hatte, wurde die Ausweisung verfügt.

Baum, der seinen Weihnachtsurlaub vor Ort verbrachte, und mit den Spitzen des Hotel- und Gaststättengewerbes die Lage erörterte, will sich für eine Lockerung des Anwerbestopps einsetzen. Strauß verlangt „kurzfristige saisonale Beschäftigung" für Erntehelfer und Aushilfskräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe. Ehrenberg hat sich gegen eine Auflockerung ausgesprochen, „weil sich sonst Forderungen aus anderen Sektoren und Regionen nicht mehr abweisen ließen". Die bayerische Landtags-FDP hat als Alternative vorgeschlagen, „allem Geschrei zum Trotze" die Schraube der Zumutbarkeit noch fester anzuziehen, „so daß mehr Deutsche für Übernahme einer solchen Arbeit verpflichtet werden können".

Verbandsklage

Bundesregierung plant Spaltungsmanöver

In seiner Regierungserklärung vom 24.11.1980 hat Bundeskanzler Schmidt als Absicht der Koalition verkündet: „Im Naturschutz soll ... eine Verbandsklage für anerkannte Verbände eingeführt werden". In der Regierungserklärung des Jahres 1976 war das noch als Gegenstand anzustellender „Überlegungen" abgehandelt.

Zwischen Überlegung und Absicht liegen Brokdorf, Grohnde, immer noch Wyhl, Flughafen München II, Frankfurt Startbahn West und und... Was 1976 noch als womöglich überflüssig erschien, erscheint der Regierung 1980 als geeignetes Mittel, den allenthalben gewachsenen Widerstand gegen die imperialistischen Pläne der Bourgeoisie für ihre Energie- und Verkehrsvorhaben zu spalten.

Was ist eine Verbandsklage? – Nach den Vorschriften der Verwaltungs-Gerichtsordnung (VwGO) darf vor den Verwaltungsgerichten nur derjenige klagen, der geltend macht, durch ein Handeln oder Unterlassen

des Staates in *seinen* Rechten verletzt zu sein, in der Regel also nur ein unmittelbarer Anwohner des Projekts, der um seine Gesundheit fürchtet, ein Bauer, dem seine Produktionsmittel bedroht werden. Der Kreis möglicher Kläger wächst jedoch mit den Gefahrenquellen, die die imperialistischen Großprojekte schaffen. Die nach tausenden zählenden Einzelklagen gegen Atomkraftwerke dokumentieren das – zu Recht – fehlende Vertrauen der Massen in die Beherrschung dieser Technik unter dem Profitregime. So sehr nun die Bourgeoisie es schätzt, den massenhaften Protest „von der Straße weg" an Klagen vor ihren Gerichten zu binden, macht ihr die Zahl und die dadurch verzögerte Vollzugsmeldung der Gerichte einerseits sowie andererseits der „rechtsstaatliche Glaubwürdigkeits"-Verlust zu schaffen, den die Verwaltungsgerichte unter dem Tempo-Diktat der Bourgeoisie in jüngster Zeit befördern. So hat das Münchner Verwaltungsgericht kürzlich von ca. 5000 Klagen gegen den Großflughafen München II – mit späterem Segen des Bundesverfassungsgerichts – 17 zu einem Verfahren verbunden zugelassen, da diese alle relevanten Klagegründe der anderen enthielten, um zu einer raschen Entscheidung zu kommen.

Eine Verbandsklage (anerkannter (!) Verbände) dagegen müßte nicht mehr auf die Rechtsverletzung einzelner abstellen, sondern könnte die Gefährdung „der Natur" rügen. Sie würde die Verfahren auf wenige reduzieren. Vor allem aber würde sie dem starken „grünen" Element in der Bewegung eine Spielwiese einrichten, auf der nach großartig celebriertem Wissenschaftlerstreit der eine oder andere Filter, Lärmschutz etc. abgetrotzt werden kann, während die dem solcherart definierten „Gemeinwohl" nicht huldigenden Kräfte dem durch Verbandsklage-Entscheidung gezähmten „Fortschritt" zu opfern sind.

Strauß sieht darüber die „Unregierbarkeit des Staates" (Regierungserklärung) heraufdämmern. Ob er nicht sieht, daß erst auf die Moral gezielt werden soll, bevor der Knüppel fliegt?

Bauern

Am 14. Februar Bauerndemonstrationen in allen Kreisstädten

Die Bundesdelegiertenversammlung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hat für den 14. Februar zu örtlichen Demonstrationen bundesweit aufgerufen. Sie werden von den Bezirksbauernverbänden durchgeführt. Diese Gliederungen umfassen zumeist die Landkreise vor den Gebietsreformen 1970, d.h. es werden in mindestens jeder Kreisstadt Demonstrationen stattfinden. In vielen sicher mit Treckern.

Der Aufruf kommt eher spät: Die Öffnung der Erzeugerpreis-Betriebsmittelkosten-Schere auf jetzt 28 Punkte (1970: 17, 1974: 19 Punkte) auf Basis 1970 zuungunsten der Bauern hat sich lange abgezeichnet. Nicht zuletzt, weil die Brüsseler EG-Richtpreiserhöhung vom Frühjahr um durchschnittlich 5% nicht bei den Bauern „angekommen", sondern in der Großhandelsstufe geblieben ist. D.h., die Bauern haben am Markt keine Preiserhöhungen durchsetzen können. Hinzu kommt die Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Bauernhaushalte wie in den Haushalten der Lohnabhängigen auch. Die Bundesregierung will nachsetzen, u.a. mit der Ablehnung der Erhöhung der (Mehrwertsteuer)-Vorsteuerpauschale um 1%. Im Frühjahr war Matthöfers Begründung: Kein Geld da wegen „Türkeihilfe", jetzt nach dem Putsch „allgemeine Sparmaßnahmen". Allein im Wirtschaftsjahr 78/79 haben die Bauern nach Berechnungen des Bauernverbandes 0,9% zuviel MWSt an den Staat gezahlt, insgesamt 500 Mio. DM; für einen 30 ha-Betrieb mit 40 Kühen sind das ca. 2100 DM jährlich an zusätzlicher Besteuerung.

Aus den Erfahrungen der Kampfmaßnahmen 1967/70/71 heraus gab es eine starke Meinung der Bauern in Schleswig-Holstein, die sagte, daß die zentrale Großkundgebung des DBV im Frühjahr 80 in Dortmund nur ein Auftakt sein könne. So hat die Ortsvertrauensleuteversammlung des Bezirksverbandes Schleswig im Mai einstimmig einen Beschluß für Treckerdemonstrationen gefaßt. Das konnte im Landesvorstand nicht durchgesetzt werden. Heraus kam die zentrale landesweite Kundgebung in Eutin (ohne Trecker) mit Heereman. Jetzt finden in Schleswig-Holstein Bezirksbauernversammlungen statt, oft mit 250 Teilnehmern. Probleme gibt es in der Festlegung der Forderungen, insbesondere der Nützlichkeit der 10%-Richtpreis-EG-Forderung, und der Formen der Demonstration, ob mit oder ohne Trecker. Die demonstrieren wollen, sind überwiegend dafür, den Trecker mitzunehmen. Heereman hat schon sagen müssen, daß „Sorge dafür getragen werden muß, daß die 10% sich auch auf die Erzeugerpreise auswirken". Bis jetzt ist nur geklärt, daß der DBV-Vorstand „Ende Januar eine Argumentationsmappe an die Kreisverbände ausliefern wird und zur Demonstration ein Flugblatt".

Auf den Versammlungen und Beratungen von Bauern im kleineren Kreis werden u.a. folgende Vorschläge gemacht: Milchlieferboykott an die Meierei, Schlachtviehlieferboykott an die Schlachtereien, zugleich die Grenze blockieren, um auch zu verhindern, daß Importe hereinkommen. Das ländliche Handwerk soll mitdemonstrieren, auch der Landhandel und die Meiereifahrzeuge. An den Staat wird die Forderung gerichtet, die Zinsen zu senken, da jetzt die schlechte Liquidität voll auf die Einkommen durchschlägt. Es werden Steuerboykottmaßnahmen erwogen, insbesondere wegen Nichtanhebung der Mehrwertsteuerpauschale.

Demonstration November 1970 in Hamburg.

Febr. 71: Die deutsch-dänische Grenze ist dicht.

Wohnungsnot

Wohnraumpolitik des Westberliner Senats: Gezielte Verknappung mietgünstiger Wohnungen

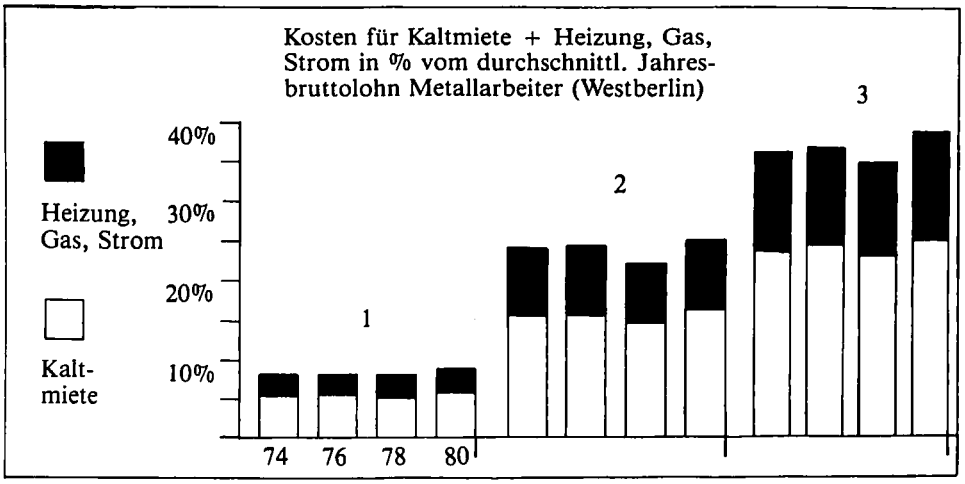
Westberlin. Betrachtet man den Hintergrund, vor dem sich die Zuspitzung der Wohnungsmisere in Westberlin abspielt, so läßt sich belegen: Nicht „die Bauwirtschaft ist allein für den besorgniserregenden Preisauftrieb (auf dem Wohnungsmarkt) verantwortlich", wie Bürgermeister Stobbe gern glauben machen will, sondern eine systematische und politisch gewollte Verknappung des Angebots an mietgünstigen Wohnungen. Seit 1976 wurde die Baukostenbewilligung für den Sozialen Wohnungsbau radikal gekürzt. Von 1977 auf 78 sank die Zahl der fertiggestellten Sozialwohnungen um zwei Drittel. 85% des gesamten Wohnungsneubaus entfallen auf den Sozialen Wohnungsbau.

Zeitgleich mit der Drosselung des Wohnungsneubaus startete der Senat die „Modernisierung" der Altbausubstanz. 1978 machten 570000 Altbauwohnungen noch 55% des gesamten Wohnungsbestandes in Westberlin aus. Durch die Mietpreisbindung finden im Altbau vorwiegend untere Einkommensschichten bezahlbare Wohnungen, die allerdings zum größten Teil in äußerst schlechtem Zustand sind. Dies ist der Ausgangspunkt für den Senatsplan, der folgendes vorsieht: 100000 Altbauwohnungen sollen bleiben, wie sie sind, 170000 sollen abgerissen und 300000 mit einem Kapitalaufwand von rund zehn Mrd. DM saniert werden. Das voranschreitende Abrißprogramm bedeutet Umzug für jeden dritten Altbaumieter. „Kahlschlagsanierung" und die Verwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen treiben das krasse Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage bei mietgünstigen Wohnungen auf die Spitze.

Ein Schwerpunkt des im Dezember 1980 vom Senat beschlossenen Landesmodernisierungsprogramms, in dessen Rahmen 97500 Wohnungen mit einem staatlichen Zuschuß von durchschnittlich 90000 DM saniert werden sollen, sieht die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vor, „wenn leere förderungsfähige Wohngebäude vorhanden sind". Das beschleunigt die „Entmietung" mit allen Mitteln, insbesondere durch Spekulanten, die inzwischen groß eingestiegen sind. Rund 7000 Wohnungen stehen derart „entmietet" zur Zeit leer und warten auf die Sanierungsspritze. Über die „Sanierung" ihrer Besitzer spricht man in fachkundigen Kreisen nur hinter vorgehaltener Hand. Rasant emporschnellende Preise für Altbaugrundstücke

mit Steigerungsraten von 20–30% in einem Jahr deuten die überdurchschnittlichen Profiterwartungen an.

Mit der rückwirkend zum 1. Januar 1977 beschlossenen Erweiterung des Abschreibungsparagraphen 7b auf eigengenutzte Altbauten und der Grunderwerbssteuerbefreiung hat die Bundesregierung gezielt die Möglichkeit eröffnet, daß bei enormer Kreditverschuldung ein Teil der besser verdienenden Facharbeiter und Angestellten eine umgewandelte Mietwohnung erwerben kann. So wird der Keil zwischen die getrieben, die künftig mit staatlicher Unterstützung „Eigentum bilden", und jene, die aus preiswerten Mietwohnungen verdrängt immer größere Teile des Lohnes für die Miete hinlegen müssen.



Wohnung 1: 1 Zi, Kü, Innentoil., Ofenh., 30 qm, 3,20 DM/qm 1979
Wohnung 2: 2 Zi, Kü, Bad, Sammelh., Sozialer Wohnungsbaus, 60 qm, 4,70 DM/qm 1978
Wohnung 3: 3 Zi, Kü, Bad, Sammelh., Altbau, 90 qm, 5,00 DM/qm 1979

Die Kosten für die Kaltmiete sind berechnet nach den Angaben des Senators für Bau- und Wohnungswesen in Westberlin. Die Kosten für Gas, Strom, Heizung nach einer Berechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik: 52% der Kaltmiete (1979). Die tatsächliche Warmmiete für die Wohnung 1 liegt u.E. um einiges höher, durch Beheizung mit Gasherd und Radiatoren. Die Wohnungsstichprobe des Senats von Berlin September 78 zeigt, daß 80% der Mieter Westberlins 25% ihres Nettoeinkommens für die Kaltmiete aufwenden müssen.

Niedersachsen

SPD-Gesetzentwurf zur Ausführung des § 218

Am 14.11.80 hat die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Ausführung der §§ 218 und 219 StGB vorgelegt. Das Gesetz regelt die Beratung, die Anerkennung der Beratungsstellen sowie der Einrichtungen zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen. Über den Gesetzentwurf wird noch in den Ausschüssen beraten. In Niedersachsen wird bislang in diesen Fragen nach Runderlassen verfahren.

In drei Punkten unterscheidet sich der SPD-Entwurf von den Runderlassen. 1. Die Verpflichtung zur besonderen Fortbildung. In § 7 ist festgelegt, daß die Mitarbeiter der Beratungsstellen: „ihre Kenntnisse über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder den Entwicklungen auf diesem Gebiet anzupassen und zu diesem Zweck regelmäßig, mindestens einmal jährlich, an dafür geeigneten Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen (haben)."

2. Der ambulante Schwangerschaftsabbruch soll aus Kostenersparnis möglich sein. Dazu heißt es im Landtagsprotokoll: „Es könnte unserer Meinung nach eine wirksame Kostenminderung eintreten, wenn dem Wunsche vieler Frauen, aus familiären Gründen einen ambulanten Abbruch durchführen zu lassen, entsprochen würde – immer vorausgesetzt, daß der Zeitpunkt des Abbruchs früh genug liegt." (Lewandowsky, SPD).

3. In § 14 des Gesetzentwurfs heißt es: „In Krankenhäusern des Landes, die über eine gynäkologische Abteilung verfügen, ist ein angemessener Bettenanteil für Schwangerschaftsabbrüche bereitzustellen."

Besonders über die beiden letzten Punkte wird es Streit geben. Denn nicht alle Krankenhäuser sind bereit, Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der Notlagenindikation durchzuführen. Das zur Universitätsklinik gehörende Oststadtkrankenhaus in Hannover ist z.B. nicht bereit, die Notlagenindikation anzuerkennen. Nach Aussage von Pro Familia lehnen in Niedersachsen die katholischen Krankenhäuser in der Regel prinzipiell den Schwangerschaftsabbruch ab. Die katholische Kirche hat gerade im letzten Jahr ihre Propaganda „Abtreibung ist Mord" verstärkt. So empfehlen auch die katholischen Beratungsstellen, entweder das Kind auszutragen oder es zur Adoption freizugeben. Das wird auch ein Grund mehr sein, diese erst gar nicht aufzusuchen, sondern nach Holland, Bremen oder Hamburg zu fahren. In Niedersachsen gibt es 1978 neben den Gesundheits- und Jugendämtern je 16 Beratungsstellen der evangelischen und der katholischen Kirche, 4 Beratungsstellen von Pro Familia, 3 der Arbeiterwohlfahrt und 6 sonstige.

Gemeldete Schwangerschaftsabbrüche

	Nds.	Bremen	Bund
1977	7581	900	54309
1978	8507	1447	73548
Veränd.	+12,2%	+60,8%	+35,4%
1979	8911	4230	82788
Veränd.	+4,7%	+192%	+12,5%

Abbrüche nach Indikationen Bund

Indikationen	% aller Abbrüche 1977	1978	1979
medizinische	29,0	22,9	20,8
psychische	7,7	5,0	3,4
eugenische	4,3	3,7	3,8
ethische	0,1	0,1	0,1
Notlage	57,7	67,0	70,6
unbekannt	1,1	1,3	1,1

Die Zahlen entsprechen nicht den tatsächlichen Schwangerschaftsabbrüchen. Die Sachverständigenkommission der Bundesregierung ist in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, „daß die tatsächliche Zahl der in der BRD und im Ausland durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche für die Jahre 1977 und 1978 annähernd gleichbleibend zwischen 135000 und 143000 gelegen haben dürfte".

Schulen

Ganzes Kollegium versetzt

Seit 1975 versuchte die Hessische Schulaufsicht, den Abitursdurchschnitt am „Abendgymnasium für Berufstätige der Stadt Frankfurt" zu senken. Trotz massivem Einsatz hochbezahlter Schulaufsichtsbeamter gelang dies erst nach einem mißlungenen sechsmonatigen Streik zunächst mit dem Abitur 1978, in dem der bislang erreichte 1,8-Durchschnitt auf 2,8 gesenkt wurde. Die Bürgerlichen nutzten die Niederlage der Schüler, entstanden durch mangelnde Verbindung mit anderen Instituten – die damaligen Forderungen bezogen sich nur auf das AG Frankfurt, nicht auf das Notensystem und die Schulunterdrückung in ganz Hessen; ein „Landtagsausschuß zur Untersuchung der Notengebung am AG Ffm" wurde begründet, dessen Aufgabe die Untersuchung der Schwachstellen der bürgerlichen Schulverfassung war. Die untersuchenden Abgeordneten kamen bereits in der zweiten Sitzung auf den Punkt: Landtagsabgeordneter der CDU und Ex-Schulleiter Lauterbach: „Es mag ja sein, daß alle Noten vorkommen, es fragt sich, in welcher Verteilung ...", worauf die von Kultusminister Krollmann eingesetzte AG-Schulleiterin und Ex-SPD-Abgeordnete Vorbeck ergänzte, es sei „interessant, ... welche Noten bei welchem Kollegen vorkommen". Vorbeck hat in den zwei Jahren ihrer Amtszeit für die Durchsetzung der verordneten Notensenkung einiges getan. Sie führte sich zunächst mit einem politischen Veröffentlichungsverbot, Kontrollen der Schüleranwesenheit und Einziehung der Notenbücher der Lehrer zwecks Weitergabe an die Schulaufsicht ein. Höhepunkt ihrer bisherigen Tätigkeit war der formelle Vorsitz bei dem direkt von der Schulaufsicht durchgeführten Abitur im Dezember 1980. Die Mehrheit der Prüfer in diesem Abitur bestand entweder aus Dezernenten der erst 1978 durch die SPD/FDP-Landesregierung auf Gemeindeebene gegründeten „Unteren Schulaufsichtsbehörde", dem Staatlichen Schulamt, oder von ihr eigens angeheuerten Bütteln aus dem Lehrerkorps Hessen.

In Zusammenhang mit dem Probefeld Abendgymnasium Ffm hat Kultusminister Krollmann zunächst das „Ordnungsrecht" so abgeändert, daß die Schulaufsicht gegen den Einspruch des Schulkollegiums einen Schüler von der Schule weisen kann, sofern der „Bildungsauftrag" der Schule gefährdet ist, praktisch also immer dann, wenn das Kollegium nicht spurt. Die Eingriffsmöglichkeiten für die Schulaufsicht in Prüfungen wurde erweitert, um die am AG gehandhabte Praxis abzusichern. Die Begründungspflicht der Lehrer gegenüber den Schülern, die Noten betreffend, wurde 1980 abgeschafft. Am 15.12.80 ist auf Grundlage eines speziellen Erlasses von Krollmann das gesamte Kollegium des AG Ffm mit Ausnahme der Schulleite-

rin Vorbeck versetzt worden. Damit werden der Schulaufsicht auch die Personalvertretungsrechte zum Fraß vorgeworfen. Zwar hat Krollmann erklärt, er begehe mit der Auflösung der Dienststelle Abendgymnasium – notwendig geworden durch „nicht kooperationsbereite Personalräte" – rechtlich „Neuland", zunächst sieht das Beamtenrecht bei Strafe der Kündigung jedoch die Ausführung der Versetzungsverfügung durch die dagegen klagenden Lehrer vor. Auch der Personalrat ist gegen seinen Einspruch „rechtswidrig" versetzt. Begründung der Versetzung ist, daß „einzelne Lehrer Bestimmungen der Reifeprüfungsordnung verletzt und den Wert des Abiturs ... herabgesetzt haben". Nachdem er mit einzelnen Disziplinarverfahren gegen Lehrer bei Personalräten und GEW und damit auch nicht bei den Verwaltungsgerichten durchkam, löst er nun die ganze Dienststelle wegen Widerspenstigkeit auf.

Berufsschulen

Kapitalisten sollen Unterbringungen zahlen

Seit Jahren ist die baden-württembergische Landesregierung bestrebt, das Schulwesen zu zentralisieren. Mit Errichtung von Berufsschulzentren ab Anfang der 70 er Jahre ist ein gewaltiger Schritt vorwärts gelungen. Gab es 1965 noch 762 Berufsschulen (Pflichtschulen für Auszubildende), so 1978 gerade noch 380, etwas weniger als die Hälfte. Die Schülerzahl pro Schule ist im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 371,5 Schülern auf 697,1 gestiegen. Verschwunden sind dadurch die kleineren Berufsschulen, vor allem in den ländlichen Gebieten.

An der Entwicklung des Berufsschulwesens in Freiburg (Südbaden) wird das gut sichtbar. Die Zahl aller in Freiburg unterrichteten Berufsschüler stieg von 1968 mit 7141 Schüler auf 11183 Schüler 1979. Der prozentuale Anteil der Schüler, die direkt aus Freiburg kommen, sank in dieser Zeit von 40,5% auf 29,1%, wobei Freiburg aber sein Einzugsgebiet durch Eingemeindungen noch vergrößert hatte. 70,1% der Schüler stammen nicht mehr aus Freiburg. 38,7% weder aus Freiburg noch dem angrenzenden Bezirk Breisgau-Hochschwarzwald, in dem Anfahrtszeiten über eine Stunde schon keine Seltenheit sind.

Zentralisierung der Schulen und umfassende Einführung des Blockunterrichts ermöglichen der Landesregierung bessere Kontrolle und Senkung ihrer Kosten. Für die Schüler heißt das vor allem erst einmal Mehrkosten – Anfahrt, Verpflegung, Unterbringung. Nach der offiziellen Statistik der Stadt Freiburg übernachteten 12% oder 832 der gewerblichen Berufsschüler in Heimen, erfaßt sind hierbei allerdings nur Schüler, die in Landesfach-, Landesbezirks- und Bezirksklassen sind und in den offiziellen Lehrlingsheimen übernachten. Dort ist der Tagessatz 27 DM, wovon das Oberschulamt 12,50 DM zahlt, den Rest von 14,50 muß erst mal der Lehrling vorstrecken. Bei 6 Wochen Blockunterricht und 5 Übernachtungen die Woche (abzüglich 2 Tage Wochenendheimfahrt) muß er also 435 DM zahlen. In den Berufsausbildungsverträgen der Industrie und Handelskammer Südlicher Oberrhein ist die „Wiedererstattung der Kosten wie folgt geregelt" §5-3. „... ist eine auswärtige Unterbringung erforderlich, so können dem Auszubildenden anteilig Kosten für Verpflegung in dem Umfang in Rechnung gestellt werden, in dem dieser Kosten einspart. Die Anrechnung ... darf 75% der vereinbarten Bruttovergütung nicht übersteigen." Die 435 DM passen da voll in den Rahmen.

Kundgebung der DGB-Jugend Heidelberg Mai 1980, Grundsteinlegung für eine Berufsschülerkantine.

Auf einer Podiumsdiskussion der SMV, Gewerbeschule IV Freiburg, im Juni 1980 beschlossen ca. 80 Schüler (bei 3 Enthaltungen) u.a. folgende Forderung: „... Volle Übernahme der Unterbringungskosten für die auswärtigen Blockschüler durch Betriebe oder Schulträger und bessere Unterbringung."

Lehrerprüfung NRW

Mit 4,01 bereits durchgefallen

Der Kultusminister in Nordrhein-Westfalen hat den Entwurf einer neuen Lehrerprüfungsordnung für die Hochschulen des Landes herausgebracht. Darin sind wesentlich höhere Prüfungsanforderungen vorgesehen: sämtliche Prüfungen sollen zukünftig in einem Jahr statt wie bisher zwei Jahren abgelegt werden; die Anzahl der Prüfungen wird durch zwei zusätzliche Klausuren erhöht; für das Lehramt in der Primarstufe beispielsweise sollen in sechs Semestern Regelstudienzeit drei Fächer und Erziehungswissenschaften studiert werden, wobei Deutsch und Mathematik vorgeschrieben sind; für Leistungsnachweise über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen wird eine zusätzliche schriftliche Leistung verlangt. Weiter sieht der Entwurf des KuMi eine stärkere Reglementierung der Studieninhalte vor: die Möglichkeit, Prüfer und Prüfungsinhalte selbst zu bestimmen, soll beseitigt werden; in der Prüfung geht es ums Abfragen von „Grundlagenwissen", das die Studenten entsprechend im Laufe des Studiums einpauken müssen. Selbständiges wissenschaftliches Arbeiten und die kritische Bewältigung von Lehrinhalten soll damit von vornherein verhindert werden. Schließlich soll die Konkurrenz unter den Lehrerstudenten erhöht und die Auslese perfektioniert werden: Gruppenprüfungen und Gruppenarbeiten werden verboten; die einzelnen Prüfungsleistungen werden zu einer Endzensur zusammengefaßt, die auf zwei Stellen hinter dem Komma berechnet wird – mit 4,01 ist man bereits durchgefallen.

Die Ausrichtung der Lehrerausbildung hat das Kultusministerium bereits im Juli 1980 durch eine per Rechtsverordnung erlassene neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Referendare eingeleitet. Hier wurde eine „weitere schriftliche Arbeit" in der Prüfung eingeführt und wurden zusätzliche Fremdprüfer eingesetzt; auch die Berechnung der Endzensur auf zwei Stellen hinter dem Komma – mit 4,01 als durchgefallen – wurde festgelegt. Weiteren Druck auf die Referendare übt die Landesregierung aus, indem sie Referendare jetzt nicht zum 1. Februar, sondern erst zum 1.Juli 1981 einstellt. 3000 Referendare werden damit für ein halbes Jahr arbeitslos. Da sie darüber erst im Dezember Bescheid bekamen, mußten sie ihre Arbeitsplätze bereits kündigen und stehen nun ohne Sozialversicherung da. Die GEW hat diese Maßnahme der Landesregierung scharf verurteilt.

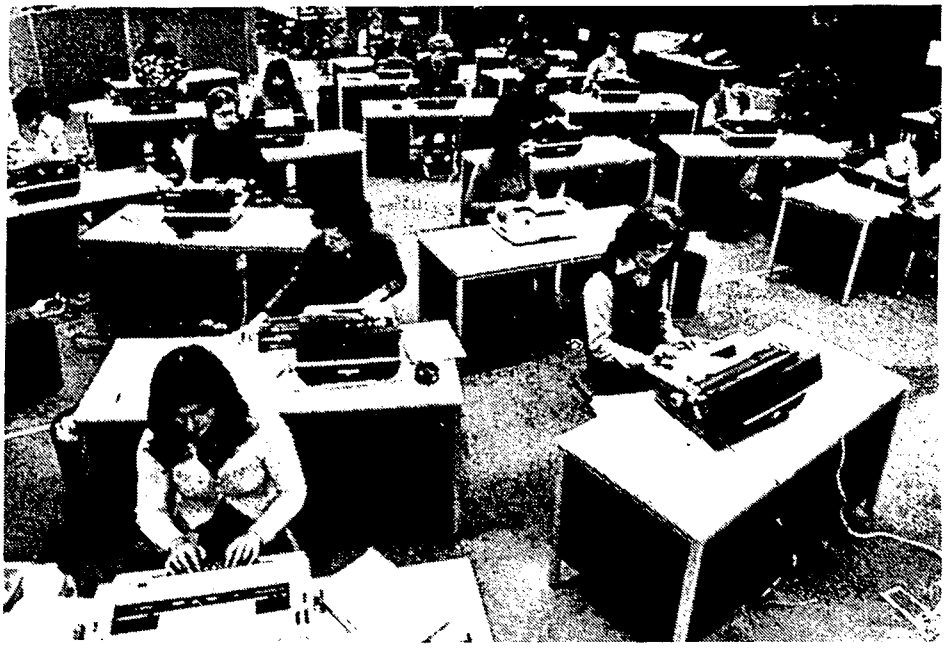
Gegen die Lehrerprüfungsordnung demonstrierten am 16.12. 1000 Bielefelder Studenten im Rahmen eines eintägigen Warnstreiks. Neben der Rücknahme des Entwurfs der Lehrerprüfungsordnung forderten dazu in einem gemeinsamen Aufruf u.a. der AStA, die Bezirkschülervertretung und die GEW die Einstellung aller Lehrer bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung. Jetzt bereitet der AStA die Urabstimmung für Streik am 21./22.1. vor. Am 21.1. soll ein landesweiter Aktionstag stattfinden. Die Landesastenkonferenz diskutiert den Vorschlag einer landesweiten Demonstration.

Landeshaushalt Hamburg

Stellenstop — Schon jetzt hohe Arbeitsbelastung, z.B. im Krankenhaus und Bezirksamt

Mitte Dezember wurde vom Hamburger Finanzsenator Nölling ein Entwurf über Sparmaßnahmen für den Hamburger öffentlichen Dienst für 1981 vorgeschlagen. Vorgesehen ist, daß
– bis Ende März dieses Jahres nur 20% der Kassenmittel ausgegeben werden. Zugleich sollen 5% aller Sach- und Fachausgaben für einen unbefristeten Zeitraum gesperrt werden,
– alle am 1.1.1981 freien Stellen und im ersten Quartal 1981 frei werdenden Stellen bis Ende März nicht wieder besetzt werden sollen. Die im Etat 1981 neu bewilligten 700 Stellen sollen bis 30.6. dieses Jahres ebenfalls unbesetzt bleiben.

Als Ziel wurde die Reduzierung der Sach- und Fachausgaben für das Haushaltsjahr 1981 um etwa 5%, das sind 150 Mio. DM, benannt. „Auslösendes Moment für den Sparerlaß waren die Ergebnisse einer Konferenz von Steuerexperten des Bundes, der Länder und der Bundesbank, die am 12.12.80 in Bonn über die zu erwartenden Steuermindereinnahmen als Folge des Konjunkturrückganges und über die drastische Einschränkung der Bundeszuschüsse für die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben beraten haben. Die Schätzung der für Hamburg netto im Haushalt zu Buch schlagenden Einnahmeverluste in Höhe von mehr als 450 Mio. DM bestätigte der Finanzsenator ...“ („Die Welt“, 15.12.80).



Die neuen Pläne des Senats treffen in den staatlichen Krankenhäusern Hamburgs auf eine Lage, in der die Arbeitsbelastung des Personals unerträgliche Ausmaße angenommen hat: in weniger Betten müssen in kürzerer Zeit bei gleichbleibendem oder gar reduziertem Personalstand mehr Patienten intensiver untersucht, behandelt, gepflegt und überhaupt versorgt werden. Im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek, einem der großen staatlichen Krankenhäuser Hamburgs, sah das von 1974 bis 1978 z.B. so aus: Planbetten -5,7%; Patienten-Neuaufnahme stationär/ambulant +10,9% bzw. +18,5%; Verweildauer in Tagen -16,4%; Krankenpflegepersonal (ohne Funktionsdienst) -9,4%; klinisches Hauspersonal -14,4%; Überstunden der Ärzte (1977-78) +26,3%; Laborleistungen +36,5%; Spiegelungen innerer Organe +192,6%; große Operationen +20,1%; Bäder und Krankengymnastik +34%; Wäscheverbrauch pro Tag +20,7%. Teile des Pflegepersonals, vor allem jüngere Kollegen, wollen wegen zu großer Arbeitsbelastung einen anderen Beruf erlernen oder sind mit häufigem Arbeitsplatzwechsel auf der Suche nach besseren Arbeitsbedingungen. Daß es jedoch in den anderen staatlichen Krankenhäusern Hamburgs nicht besser aussieht und außer dem Pflegepersonal noch andere Beschäftigte unter dem Druck der Rationalisierungsmaßnahmen des Senats stehen, ist in mehreren Kampagnen der ÖTV enthüllt worden. Im Rahmen der letzten Aktionswoche zur Personalsituation in den Hamburger Krankenhäusern im November 80 stellte die ÖTV fest: „Nicht nur Ärzte und Pflegekräfte arbeiten rund um die Uhr; dies müssen auch die Beschäftigten im Telefondienst, an den Pforten, in Kesselhäusern und anderswo. Viele leisten viel zu viele Überstunden, zusätzliche Nachtdienste, Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaften. Aber auch in der Verwaltung der Krankenhäuser und in den technischen Bereichen werden häufig unzumutbare Leistungen abverlangt.“ Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Krankenhausbeschäftigten hat die ÖTV-Hamburg den Senat aufgefordert, mehr Planstellen zu schaffen und zu besetzen.

In der ÖTV werden Stimmen laut, die mehr staatliche Mittel für die Kran-

Kämpfe gegen die Sparmaßnahmen des Senats in Hamburg 1975/76

Im September 1974 beschließt der Hamburger Senat: „Mit sofortiger Wirkung werden gesperrt: Alle freien Stellen; ... ein Ausgleich des entstehenden Arbeitsausfalls durch Überstunden, Erteilung von Nebenbeschäftigung oder in anderer Weise darf nicht gewährt werden." Am 28./30.1.75 folgt der Sparbeschluß für den Haushalt 75: 4% des Personalhaushalts, der auf fast 49% des Gesamthaushalts gestiegen ist, sollen eingespart werden – bis 1978 1,6 Mrd. DM; bis 1976 insgesamt 2977 Stellen, davon 889 im Schulbereich, 603 bei der Behörde für Inneres (Rationalisierungsmaßnahmen in den Bezirksämtern) und 509 in der Gesundheitsbehörde (Krankenhäuser). Zum 1.8.75 sind die ersten 172 Volks- und Realschullehrer arbeitslos; ein halbes Jahr später werden von 331 Lehrerbewerbern nur 41 auf ganze Planstellen eingestellt. An den Schulen wirken sich die Sparbeschlüsse in der Kürzung der Stundentafel, d.h. des zu erteilenden Unterrichts, in Klassenzusammenlegungen und Schulschließungen sowie in der Streichung der „kleinen Lernmittelfreiheit" aus. Das Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 75, das Schmidt von den Kapitalisten am Brahmsee direkt in die Feder diktiert worden war, setzt der Senat am 4.5.76 für Hamburg um, u.a. durch drastische Kürzung der A14-Stellen im Stellenkegel; zum 1.8.76 werden die ersten 146 Lehrer mit Halbjahresverträgen im Rahmen der ABM (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) mit weniger als halber Stundenzahl eingestellt.

Damit lag der Schwerpunkt des Sparprogramms für den öffentlichen Dienst im Bildungsbereich. Hier entwickelt sich auch am deutlichsten der Widerstand: Schon am 8.11.74 kommt es zur ersten Demonstration „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats", an der 3000 Menschen teilnehmen. Der KB-Nord erfaßt mit der unter dieser Parole gebildeten Aktionseinheit große Teile der Jugendorganisationen. Das Nebeneinander der politischen Organisationen in dieser Bewegung kann er aber nicht überwinden. Zunächst demonstriert die Aktionseinheit am 17.1.75 noch einmal mit 2500 Teilnehmern, am 19.2.75 die DGB-Jugend mit rund 7000 Teilnehmern gegen die Sparmaßnahmen des Senats. Im Mai und Juni werden Schulen in Steilshoop, Wandsbek, Eppendorf und Altona bestreikt; am 18.6.75 organisiert eine Elterninitiative aus über 50 Hamburger Schulen eine Demonstration mit knapp 10000 Teilnehmern (siehe Bild): für Ausbildung soll keine Mark gespart werden, und Lehrer sind genügend da, um den Unterricht zu verbessern. Eine Schwäche der Bewegung zeigt sich darin, daß von Seiten der Gewerkschaft nur die DGB-Jugend und die GEW die Aktionen direkt unterstützt haben. Die Forderungen nach einer verbesserten Ausbildung konnten von der Gewerkschaftsjugend unmittelbar verbunden werden mit dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Der Hamburger Senat hat sein Sparprogramm zwar durchgesetzt, aber an einzelnen Punkten mußte er zurückstecken. Bürgermeister Klose hat Angst vor den arbeitslosen Lehrern „auf der Straße" („Hamburger Abendblatt", 31.12.75): ... „denn das Potential an Unruhe, das ich damit auf der Straße habe, das kann ich überhaupt nicht aushalten." Die Lehrer konnten die volle Rückversetzung der VR-Kollegen an den Gymnasien verhindern, die 2/3-Verträge mußten 1978 endgültig zurückgenommen werden, 1977 verhinderte die Urabstimmung über einen Warnstreik die geplanten Besoldungsmaßnahmen für Hamburg. Gerade weil die Bewegung gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats bis heute nicht niedergedrückt ist, ändert der Senat jetzt für den nächsten Anlauf die Taktik und sucht nach Spaltungsmöglichkeiten.

kenhäuser fordern und sich gegen eine Kostenabwälzung auf die Krankenkassen und somit auf die versicherten Arbeiter und Angestellten wenden. Die staatlichen Steuereinnahmen müßten dann mehr zu Lasten der Arbeitgeber denn der Lohnabhängigen gehen, denn erstere seien schließlich für das Anwachsen von Krankheiten durch schlechte Arbeitsbedingungen verantwortlich.

In der öffentlichen Verwaltung konnte der Senat die Einsparungen von 1975 nur durch Rationalisierungsmaßnahmen, wie z.B. durch das Zusammenlegen von Dienststellen (Standes- und Ausgleichsämter), durch Rationalisierung des Arbeitsablaufes, der Einrichtung Zentraler Schreibdienste und dem vermehrten Einsatz technischer Hilfsmittel einschließlich EDV, durchsetzen.

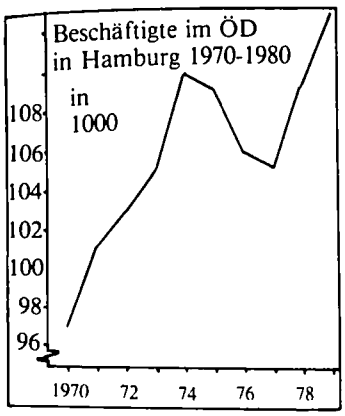
Diese Maßnahmen führten vor allem in den publikumsintensivsten Dienststellen, den Einwohner- und Sozialämtern, auch zu Verschlechterungen für die Bevölkerung. Obwohl z.B. die Einwohnerzahlen für die Einwohnerämter in Hamburg sanken, nahmen andere Aufgaben wie die Um-und Abmeldungen, das Austeilen und Ändern von Lohnsteuerkarten, die Anzahl der Wohngeldantragssteller und die Vermittlung von kommunalem Wohnraum sowie das Festlegen von Sanierungsgebieten ständig zu. So steigerte sich die Zahl der Wohngeldempfänger in Hamburg von 42151 Personen 1970 mit 2,7 Mio. DM auf 68920 1979 mit 79,1 Mio. DM Gesamtausgabe. Auch in den Sozialämtern konnte eine Steigerung der Sozialhilfeempfänger von 39884 Personen 1970 auf 69771 Personen 1978 festgestellt werden. Neben Kenntnissen des Bundessozialhilfegesetzes wird von den Beschäftigten jetzt auch verlangt, Auszüge aus anderen Gesetzen wie der Reichsversicherungsordnung, dem Arbeitsförderungs-und dem Wohngeldgesetz zu wissen. In der Beratungszeit können die Beschäftigten höchstens das Notwendigste klären. Wartezeiten von zwei bis drei Stunden sind häufig. Gleich zwei Ziele wurden mit der Auflösung von Einzelschreibkraftstellen zur Zusammenfassung im Zentralen Schreibdienst erreicht: eine Steigerung der Intensität bei Schreibarbeiten und auch bei den Sachbearbeitern in den Dienststellen.

Stichwort **Rationalisierung im ÖD**

Der Hamburger Senat hat seine Entscheidung über das neue Sparprogramm mit Stellenstopp um 14 Tage verschoben. Die Fachbehörden sollen prüfen, der Senat will differenziert zuschlagen. – Die Finanzbehörde hat schon Anträge auf Ausnahmegenehmigungen im Umfang von 130 Mio. DM vorgelegt. Eine erste Ausnahme mußte Finanzsenator Nölling bereits zugestehen: Die Schulbehörde kann 216 freiwerdende Lehrerstellen wieder besetzen. Es fehlen trotzdem Lehrer, sodaß die seit August 1980 festgelegte Stundenkürzung bei den Klassen 7 – 10 der Gymnasien, Gesamtschulen und Vollzeitklassen der beruflichen Schulen bestehen bleibt, und in den Klassen 8 – 10 der Haupt- und Realschulen 1 Wochenstunde gestrichen werden muß. – 1975/76 gab es große Kämpfe gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats.

Die Bundesregierung beschließt am 10.9.1975 eine „Vorlage über Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur", insbesondere:

– Einsparungen im öffentlichen Dienst (vor allem Hinausschieben von vorgezogenen Altersgrenzen, Streichung der Regelbeförderung, Kürzungen bei den Ortszuschlägen)
– Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (vor allem Erhöhung des Beitragssatzes um 1%, Einschränkungen bei der Umschulung und Erweiterung der Zumutbarkeit bei der Stellenvermittlung)
– Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
– Änderung des BAFöG (vor allem Erhöhung des Darlehensanteiles)
– Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13%, Erhöhung der Tabaksteuer um 18% und der Branntweinsteuer um 20%.



Ständig steigender Personalbedarf für mehr bürokratische Bevormundung, Kontrolle und Unterdrückung; durch die Sparbeschlüsse per Rationalisierung unterbrochen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg von 14,3% im Jahr 1970 auf 18,3% im Jahr 1979.

Aus dem Jahreswirtschaftsgutachten 1975/76:

„213. Der konjunkturpolitisch erwünschte überproportionale Anstieg der öffentlichen Investitionsausgaben ist ausgeblieben ... Dabei wurde die Chance für eine Ausweitung der Investitionsausgaben Anfang des Jahres 1975 durch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst begünstigt, die sich diesmal mit 6% in einem wesentlich engeren Rahmen hielten als 1974. Darüber hinaus war der Staat zunehmend bemüht, die Expansion der Personalausgaben durch Stelleneinsparungen einzudämmen. Es wurden zum Teil recht drastische Maßnahmen ergriffen; ...
339. Die Eindämmung des Personalaufwandes ist zwar immer gefordert worden, aber erst die wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten haben ernstzunehmende Maßnahmen in dieser Richtung erzwungen ... allerdings nur ein erster Schritt. Wenn sie lediglich zu einem vorübergehenden Aufstauen des Personalbedarfs und zu unerwünschten Leistungsausfällen führten, wäre auf Dauer nichts gewonnen. ..."

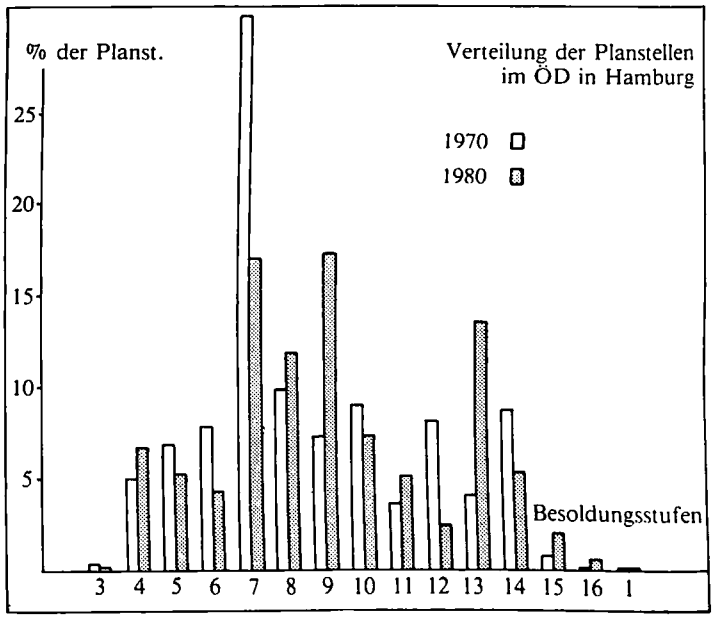
Durchschnittlicher Krankenstand im öD Hamburg

71/72	5464	6,8%
72/73	5362	6,7%
73/74	5484	6,7%
74/75	5446	6,6%
75/76	5147	6,2%
76/77	5475	6,7%
77/78	5467	7,0%
78/79	5743	7,1%
79/80	5933	7,2%

Der Krankenstand von Beamten, Angestellten und Arbeitern weist auf erhebliche Unterschiede in der Intensität der Arbeit hin. Zuletzt veröffentlichte Zahlen vom Jahresdurchschnitt 75/76: Beamte 4,8%, Angestellte 6% und Arbeiter 8,4%.

Senatsbericht über Durchführung der Sparbeschlüsse vom Januar 1975: „... Den Behörden und Ämtern wurde auferlegt, die Einsparungen bei den Personalausgaben durch Herabsetzung der im Personalhaushalt veranschlagten Mittel für Dienstbezüge zu erbringen. Grundsätzlich sollen 4% der im Personalhaushalt der Behörden veranschlagten Dienstbezüge – Basis 1975 – eingespart werden. Mit Rücksicht auf die politischen Prioritäten und die unterschiedlichen Realisierungsmöglichkeiten wurde im Sparprogramm vom 28./30. Januar 1975 dieser Prozentsatz bei einigen Behörden und Ämtern über- oder unterschritten ..."

Beamte	Angestellte	Arbeiter	gesamt
Politische Führung und zentrale Verwaltung			
-254/-4,1%	-310/-5,4%	-78/-9,2%	-642/-5,1%
Steuer- und Finanzverwaltung			
+56/+1,5%	-32/-1,6%	+10/+8,1%	+34/+5,7%
Öffentliche Sicherheit und Ordnung			
-234/-2,3	-135/-5,7%	-66/-11%	-435/-3,3%
darunter Polizei			
-275/-3,4%	-43/-4,2%	-61/-13,5%	-379/-3,9%
Schulen einschließlich Unterrichtsverwaltung			
2866/+24,3%	+659/+20,8%	-450/-11,9%	3075/+16,4%
darunter Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen			
-3/-0,0%	+195/+11,7%	-454/-12,4%	-262/-2,2%
Hochschulen einschl. Fachhochschulen			
+308/+16,3%	-432/-6,9%	-118/-7,8%	-242/-2,5%
Krankenanstalten ohne Hochschulkliniken			
-10/-8,4%	-736/-7,0%	-598/-9,9%	-1071/-7,7%
Energie- und Wasserwirtsch., Gewerbe, Dienstleistungen			
-5/-3,3%	-49/-11,4%	-5/-3,9%	-59/-8,2%



2: A2 (DM 1480); **3:** A3, BAT X (1563); **4:** A4, BAT IXb, CI/II (1592); **5:** A5, BAT IXa, B/BI (1634); **6:** A6, BAT VIII, Kr.I, A (1699); **7:** A7, BAT VII, Kr.II, AI/II (1792); **8:** A8, BAT VIa/b, Kr.III, AIII/IIIa (1860); **9:** A9, BAT Vc, Kr.IV/V, AIV (2046); **10:** A10, BAT Va/b, Kr.VI/VII (2208); **11:** A11, BAT IVa/b, Kr.VIII/IX (2472); **12:** A12, BAT IIb/III, Kr.X (2653); **13:** A13, BAT IIa, Kr.XI (2997); **14:** A14, BAT Ib, Kr.XII (3094); **15:** A15, BAT Ia (3408); **16:** A16, BAT I (3726); **1:** B1-10 (5322 - 11768).
A und B: Beamtenbesoldung; BAT: Angestelltengehälter; Kr.: Krankenpflegegehälter; A, B, C: Arbeiterlöhne. Die DM-Beträge sind jeweils Grundgehälter inclusive Ortszuschlag in der Dienstaltersstufe 2 (23. Lebensjahr); die Gleichsetzung der Lohngruppen ist nur ungefähr; auch der weitere Anstieg nach Dienstalter ist unterschiedlich; Verheirateten- und Kindergeldzuschläge sind nicht berücksichtigt. – Das Schaubild zeigt deutliche Veränderungen in der Stellenstruktur: von A7 nach A8 und A9 (ohne Schieben und Drücken kann das nicht gegangen sein). Die weitere Aufsplitterung des mittleren Bereichs (A7-A9) erhöht die Spaltung unter den Beschäftigten. Deutlich ist z.B. auch der Abbau der A14-Stellen, der direkt auf das Haushaltsstrukturgesetz (1975) zurückgeht. Die Strukturveränderungen werden in den einzelnen Behörden noch einmal unterschiedlich sein.

Zimbabwe: Presse in afrikanischem Besitz

Die Regierung Zimbabwes hat dem südafrikanischen Pressekonzern Argus 45% der Anteile an der Zimbabwe Newspaper Ltd., die die fünf größten Zeitungen des Landes herausgibt, abgekauft. Über Argus, das im November während eines Streiks sämtliche Redakteure der einzigen von Afrikanern gelesenen Tageszeitung Johannesburgs entlassen hat, kontrollierte das südafrikanische Kolonialregime bislang auch die Presse Zimbabwes. Künftig werden die fünf Zeitungen mit afrikanischen Redakteuren vom Mass Media Trust herausgegeben, der 1980 mit nigerianischer Hilfe gegründet worden ist und eine Presseagentur aufbaut.

Gewerkschaftsführer in Azania „gebannt"

Am 29.12. hat die Stadtverwaltung von Pretoria den Journalisten Sisulu, Präsident der schwarzen Journalistengewerkschaft und ANC-Mitglied, für drei Jahre „gebannt". Er steht damit unter Hausarrest, darf seinen Beruf nicht mehr ausüben und an keinen Versammlungen teilnehmen. Zwei weitere Funktionäre der neugegründeten Gewerkschaft, die nach acht Wochen Streik im Dezember die Anerkennung durch den Argus-Pressekonzern erkämpfte, wurden ebenfalls „gebannt". Seit 1950 hat das Rassistenregime 1 370 Schwarze mit dieser Unterdrückungsmaßnahme belegt.

EG: Thorn der Mann Bonns

Mit dem Amtsantritt von Gaston Thorn (Luxemburg) als Präsident der EG-Kommission kann die BRD-Bourgeoisie auf bessere Vertretung ihrer europäischen Expansionsbestrebungen in der EG rechnen. Thorn, früher Ministerpräsident von Luxemburg und als Präsident der Liberalen Internationale mit engen Beziehungen zur FDP, wurde von der Bundesregierung für das Amt ins Gespräch gebracht. Luxemburg ist als Drehscheibe für die internationalen Geschäfte der BRD-Großbanken wirtschaftlich und politisch eng an die BRD gebunden. – Die EG-Kommission, ausführendes Organ der Konferenz der Regierungschefs der EG-

Länder, soll in einem halben Jahr einen Plan zur Reform des EG-Haushalts und -Agrarmarkts vorlegen. Von Thorn erwarten die EG-Imperialisten eine Beschleunigung des Bauernlegens; fehlende Initiative dazu wird seinem britischen Vorgänger Jenkins angekreidet. Außerdem soll Thorn mit der nötigen Härte die EG-Beitrittsbedingungen für Portugal und Spanien diktieren. Neben Thorn amtiert Haferkamp (BRD) weiter als einer der Vizepräsidenten der EG-Kommission. Die BRD-Bourgeois haben sich den nötigen Einfluß gesichert, auch wenn der neue EG-Kommissar Narjes (CDU) nur mit dem Ressort Verbraucherfragen abgefunden wurde, statt – wie gewünscht – das wichtige Energieressort zu bekommen.

Australien: Streik gegen Shell-Raffinerie

700 Arbeiter der Clyde-Raffinerie des Shell-Konzerns im australischen Bundesstaat New South Wales traten Mitte Dezember in Streik. Sie protestierten damit gegen die Anstellung von 250 südkoreanischen Leiharbeitern zu Löhnen und Arbeitsbedingungen, die weit unter Gewerkschaftstarif liegen. Drei große australische Gewerkschaften (Metallarbeiter, Lokomotivführer, Feuerwehrleute) unterstützten die Aktionen. Nach Angaben der Metallarbeitergewerkschaft hat der Shell-Konzern 34 Leihfirmen engagiert, darunter verschiedene südkoreanische Firmen, um die Anstellung zu Gewerkschaftstarifen zu umgehen. Abgeordnete der australischen Labour-Partei haben gefordert, daß die Steuerbehörde die „illegalen Praktiken" der Leihfirmen untersuchen soll.

GB: Gewerkschaften gegen Überstunden

Der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes TUC berät über eine geplante Kampagne für die gesetzliche Beschränkung der Überstundenarbeit. Im neuesten Bericht über den Fortschritt der TUC-Kampagne für Arbeitszeitverkürzung – veröffentlicht am 29.12. – heißt es nämlich, erfolgreichen Arbeitszeitverkürzungen ständen die weiterhin hohen Überstunden gegenüber. „Die Zahl der Überstunden nimmt zwar nicht zu, aber auch nicht ab." Das Ziel der 79 begonnenen Kampagne für die Arbeitszeitverkürzung ist die 35-Stunden-Woche. Den bislang größten Fortschritt erzielten die Gewerkschaften 1979, als sie gegen die Metallkapitalisten eine Senkung der Normalarbeitswoche auf 39 Stunden 1981 durchsetzten. Inzwischen sind für 5 Millionen Arbeiter ähnliche Klauseln in den Tarifverträgen erreicht.

Der TUC nennt in seinem Bericht Beispiele: Ab Mitte dieses Jahres werden 50000 Mechaniker bei der Bahn 39 Std. arbeiten; 24000 Arbeiter von Universitäten haben bereits seit November 1980 die 39-Stunden-Woche. Bei Philips Industries tritt die 39-Stunden-Woche für Arbeiter im November 1981 in Kraft, die Angestellten arbeiten dann 37½ Std. anstatt wie bisher 38. Aber trotz aller Erfolge ist nach Angaben des TUC die Durchschnittsarbeitszeit in Großbritannien mit 42,2 Std. wegen der hohen Überstunden immer noch die höchste in der EG.

Israel: Regierung verliert Mehrheit

Durch das Ausscheiden der Splitterpartei des bisherigen Finanzministers aus der Koalition hat die Regierung Begin ihre parlamentarische Mehrheit verloren und wird Neuwahlen ausschreiben müssen. Die Regierungskrise ist Folge der Wirtschaftskrise und der Zersetzung der zionistischen Siedlergesellschaft in Klassen. Unmittelbarer Anlaß war ein Streit über Gehaltserhöhungen für Lehrer. Um den völligen Zusammenbruch der nur mit laufenden US-Zuschüssen in Gang gehaltenen Kolonialökonomie aufzuhalten, hatte Finanzminister Hurwitz u.a. den schönen Grundsatz aufgestellt, keinerlei Tarifverträge im Öffentlichen Dienst mehr abzuschließen. Das ließ sich nicht halten. Die Regierung mußte der Aufnahme von Verhandlungen zustimmen, Hurwitz trat zurück. Der Mann hatte zu Beginn seiner Amtszeit die Subventionen auf die Preise von Grundnahrungsmitteln aufgehoben und sich damit gerade bei den ärmeren, aus Ländern der Dritten Welt stammenden Juden verhaßt gemacht, die der Likud-Koalition 1977 zur Stimmenmehrheit verholfen hatten. Jetzt wird allgemein mit einem Wahlsieg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gerechnet, die den Siedlerstaat bis 1977 regiert hat. Der Versuch, die wachsenden Klassenwidersprüche mit besonders forscher Expansionsideologie zu übertünchen, ist fehlgeschlagen. Die PLO kämpft für ein demokratisches Palästina, in dem Moslems, Christen und Juden zusammenleben. Von einzelnen Episoden abgesehen, haben sich die in Israel unterdrückten jüdischen Massen bisher dem Befreiungskampf nicht angeschlossen. Aber die Bedingungen dafür verbessern sich.

Indien:

Pachtsystem treibt die Bauernmassen in Verschuldung

Zum Jahresbeginn hat die Gandhi-Regierung ein neues Programm im Kongreß vorgelegt. Es soll offensichtlich zur Besänftigung der Opposition dienen, die sich immer mehr auf die Seite der Landarbeiter und Bauern stellt. Die Lage der indischen Landarbeiter und kleinen Bauern hat sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Deshalb haben auch 15000 Bauern und Landarbeiter einen 365 km langen Marsch durch den Unionsstaat Maharaschtra durchgeführt. Sie wurden am 23.12. von Polizei- und Armee-Einheiten überfallen. Unter den Verhafteten befanden sich auch die wichtigsten Führer der Oppositionsparteien gegen die Gandhi-Regierung. Die Demonstration forderte höhere Erzeugerpreise und wendete sich gegen die Superprofite der Zwischenhändler.

Nach einer Untersuchung leben fast 40% aller Haushalte, die Landbesitz haben, in ständiger Verschuldung. In Indien lebt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung (70%) von der Landwirtschaft, und über 80% der 560 Mio. Einwohner leben auf dem Lande. Aufgrund des Pachtsystems, das von den britischen Kolonialisten eingeführt wurde, sind die Bauern gezwungen, zum großen Teil den Einkauf wie auch den Verkauf ihrer Waren über die Großgrundbesitzer abzuwickeln. Diese sind gleichzeitig die wichtigsten Kreditquellen der Bauern. 69,7% aller Kredite kommen aus nichtinstitutionellen Quellen, d.h. von Großgrundbesitzern, Zwischenhändlern u.ä.

Die Landarbeiter sind zum größten Teil auf Taglohnarbeit angewiesen. Im Durchschnitt haben sie 3 Monate im Jahr Arbeit. Industriearbeiter und Landarbeiter verdienen am Tag ca. 5 Rupies, 100% mehr wäre nötig, um minimale Existenzbedingungen für die Familie zu sichern. Z.B. kostete 1974 ein Huhn bereits 10 Rupies.

Durch die Korruption innerhalb des Beamtenapparates ist es der Grundbesitzerschicht auch weitgehend gelungen, Reformversuche zur Landneuverteilung zu umgehen. Die indischen Bundesstaaten haben beispielsweise unterschiedlich festgesetzte Größen für das Land, das ein einzelner besitzen darf. Im Bundesstaat Haryana z.B. 7,25 ha für bewässertes Land und 21,8 ha für nicht bewässertes Land. Doch die Ausnahmebestimmungen sind großzügig. So fallen neben Plantagen auch sogenannte „gut geführte Betriebe", deren Aufteilung einen Produktionsrückgang bringen würde, darunter. Durch Scheinverkäufe und Umschreibungen auf die Verwandten und Familienmitglieder kann der Eigentümer die Größe seines Betriebes unter die gesetzlich vorgeschriebenen Höchstgrenzen bringen. Es kommt hinzu, daß die für die Durchführung der Gesetze zuständigen Beamten in der Regel selbst der Grundbesitzerschicht entstammen.

Es ist den bisherigen indischen Regierungen nicht gelungen, sich aus der Verschuldung gegenüber den imperialistischen Ländern zu lösen. Insbesondere die Sowjetunion hat über den Comecon mit Getreidelieferungen ab 1966 Indien an sich gebunden. 1966 mußte Indien nach Mißernten 10 Mio. Tonnen Getreide importieren, wobei die Importe in den folgenden Jahren reduziert werden konnten (1970: 446000 Tonnen). Nach den Mißernten von 1972 versuchte die Regierung, den Getreidehandel von sich aus zu übernehmen, um Wucherpreise und das Horten des Getreides zu vermeiden. 1974 scheiterte dieses Unterfangen am Widerstand der Grundbesitzer und Großbauern. Sie weigerten sich, die staatlich festgesetzten Preise zu zahlen. Das Getreide wurde von ihnen gehortet und zu Höchstpreisen weiterverkauft. Die Verschuldung des Landes wuchs 1974 auf 80 Mrd. Rupies.

Die Politik der Gandhi-Regierung dient in erster Linie den Interessen der Grundbesitzer- und Großbauernschicht bei gleichzeitiger Verstärkung der Abhängigkeit von der Sowjetunion. Diese liefert an Indien Waffen im Wert von über 1,6 Mrd. US-Dollar. Gegen die Anerkennung des Heng Sam rin Regimes in Kampuchea haben sich die oppositionellen Politiker in Indien scharf gewandt, sodaß der Besuch Breschnews im Dezember nicht den gewünschten Erfolg hatte.

Betriebsgröße	% der ges. ländl.Haush.	%-Anteil an Land
1. unter 5 acres Landbesitz	27,8%	7,4%
2. 5 – 10 acres Landbesitz	29,1%	20,5%
3. 10 – 20 acres Landbesitz	26,6%	30,6%
4. 20 – 30 acres Landbesitz	9,7%	19,0%
5. über 30 acres Landbesitz	6,8%	22,0%

Afghanistan

Wachsender Widerstand in der Beamtenschaft

Die Rebellionen gegen das von den sowjetischen Invasoren eingesetzte Regime Karmal haben zum Jahresende hin auch in der Hauptstadt Kabul zugenommen. Erneut haben 100 Polizisten am 29.12.1980 gegen die willkürliche Verlängerung ihrer zweijährigen Dienstzeit protestiert und das Innenministerium mit Steinwürfen angegriffen. Sie wurden von Feuerwehrleuten unterstützt. Am folgenden Tag wurden 80 Polizisten unter Arrest gestellt. Der Polizeichef von Kabul wurde verhaftet, weil er die Demonstration nicht verhindert habe. Er ist nicht der einzige Beamte aus den höheren Rängen, der

sich in bestimmten Fragen gegen das Regime stellt. Der Verteidigungsminister wurde niedergeschossen, weil er mehrere Fälle von Vergewaltigung und Ermordung afghanischer Frauen durch sowjetische Soldaten kritisierte.

In dieser Lage werden von Pakistan neue Bemühungen unternommen, zu Verhandlungen über eine politische Lösung mit dem Ziel des Abzugs der sowjetischen Truppen zu kommen. Pakistan, das ebenso wie der Iran erheblichen Belastungen durch die unaufhörlichen Flüchtlingsströme ausgesetzt ist, wünscht eine solche Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation, die ihm die Anerkennung der Regierung Karmal erspart. Nach seiner Auffassung sollen Vertreter des Iran, Pakistans und der Demokratischen Volkspartei Afghanistans unter Leitung eines Vertreters von UNO-Generalsekretär Waldheim zusammentreten. Dies entspräche den Beschlüssen der Konferenz islamischer Staaten vom Januar und Mai 1980, die afghanische Regierung nicht anzuerkennen vor Abzug der sowjetischen Truppen. Außer auf die Festlegungen dieser Konferenz beruft sich Pakistan auf die Resolution der letzten UNO-Vollversammlung, die den Abzug der sowjetischen Truppen forderte.

Zunächst schien sich Afghanistan auf eine Zuziehung der UN einzulassen. Am 8.1.1981 dementierte die Regierung jedoch derartige Äußerungen der afghanischen Erziehungsministerin bei einem Besuch in Indien. Die Regierung erklärte, sie sei gegen eine „Intervention der Vereinten Nationen". Offensichtlich möchte die sowjetische Führung gern verhindern, daß an den Verhandlungen eine Instanz beteiligt ist, die sie nicht einfach unter Druck setzen kann, wie sie das mit der iranischen und pakistanischen Regierung dauernd versucht. Vor allem will sie keine Truppen von anderer Seite in dem Land, das sie mit Gewalt unter Kontrolle zu bringen versucht. Afghanistan besteht jetzt darauf, mit dem Iran und Pakistan direkt zu verhandeln.

VR China

Preisstopp, Importdrosselung und Stärkung der Planwirtschaft

Einen generellen Preisstopp hat der chinesische Staatsrat im Dezember verfügt, um die Inflation einzudämmen, die im Sommer mit 5,8% angegeben wurde, inzwischen aber eher bei 10% liegen dürften. Kontrolliert werden auch die Preise auf den freien Märkten, wo die Bauern Produkte ihrer Privatparzellen und die Produktionsbrigaden und -gruppen die Überschüsse verkaufen, die ihnen nach Erfüllung des Staatsplanes bleiben. In den Städten sollen Kommissionen aus Werktätigen und Rentnern die Preise auf den Märkten und in den staatlichen Verkaufsstellen überwachen.

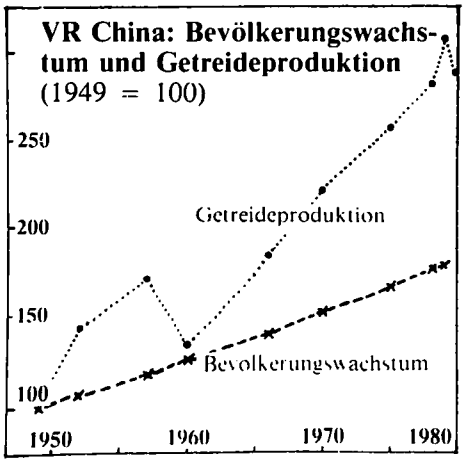
In den letzten Jahren hat die VR China Maßnahmen ergriffen und mit neuen Wirtschaftsmethoden experimentiert, um die sozialistische Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Landesverteidigung zu beschleunigen. Der Preisstopp deutet darauf hin, daß dabei, insbesondere durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die sozialistische Planwirtschaft, Wirtschaftsstörungen aufgetreten sind.

Außenhandel 1979 (Mio. $/fob)

	Export	Import	i. %
Gesamt	13755	14533	
Japan.....	2793	3673	22,9
Hongkong....	2985	378	11,6
USA.....	324	1724	7,2
Kanada	143	507	2,3
BRD.....	464	1492	6,9
Frankreich ...	284	339	2,2
GB	255	453	2,5
UdSSR.....	241	268	1,8
Osteuropa	1131	1264	8,4
3. Welt.....	6358	2473	31,2

Quelle: International Trade, Nat. Foreign Assessment Center, Washington 1980
Schaubilddaten: Stat. Zentralamt der VR China

VR China: Bevölkerungswachstum und Getreideproduktion
(1949 = 100)



Seit der Revolution hat sich die Getreideversorgung der Bevölkerung ständig verbessert. Nur beim großen Sprung (1958 – 1960) sank unter den Anstrengungen im Investbau die Agrarproduktion. Die VR China importiert zusätzlich, u.a. aus den USA, noch Getreide – etwa 10 Mio. t 1979 bei einer Rekordernte von 322 Mio. t –, weil z.B. Weizen knapp ist und um das Abgabensoll der Bauern niedrig zu halten.

Um das Leben der Landbevölkerung von 800 Mio. zu verbessern – 1977 konnten 40% aller Produktionsbrigaden weniger als 50 Yüan (67 DM) *jährlich* an die Arbeitskräfte verteilen –, erhöhte der Staatsrat 1979 die Ankaufspreise für Agrarprodukte im Schnitt um 20% bei Preissenkungen für von den Bauern benötigte Industriegüter. Finanziert wurde das z.T. aus dem Staatshaushalt, außerdem wurden die Verkaufspreise für Agrarprodukte (Ausnahme: Grundnahrungsmittel) erhöht. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 Yüan sollte Einkommensverluste der Stadtbevölkerung ausgleichen. Wegen der Bedeutung von Agrarprodukten als Industrierohstoffen zogen diese Beschlüsse auch allgemeine Preiserhöhungen nach sich.

Seit 1979 haben tausende Staatsbetriebe schrittweise mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen. Bei Planerfüllung können sie einen Teil des Gewinns einbehalten und als Prämien an die Belegschaften ausschütten, nach Erfüllung der Produktionsquoten die Produkte – auch Maschinen – zu Marktpreisen verkaufen, bei Erfüllung der Planauflagen auch andere, profitablere Produkte herstellen, von den Deviseneinnahmen aus Exporten einen Teil z.B. für Maschinenimporte einbehalten. Doch die offenbar übereilte Einführung dieser marktwirtschaftlichen Elemente, in deren Zentrum die Regulierung der Preise über den Markt steht, hat verschiedene negative Folgen gebracht: Preise werden willkürlich erhöht angesichts der Knappheit an Konsum- und Investgütern, die Planvorgaben nicht erfüllt und stattdessen profitablere Produkte produziert, Betriebe tätigen Investitionen und Maschinenimporte ohne Abstimmung mit dem Staatsplan. Verschiedentlich schließen Betriebe untereinander Lieferverträge sogar in Devisen ab. Private Zwischenhändler machen sich breit.

Inzwischen hat der Staatsrat einen Großteil dieser Entscheidungsbefugnisse wieder zentralisiert und neben dem Preisstopp auch strikte Devisen- und Kreditkontrollen verhängt. Das soll verhindern, daß das noch im Sommer auf 5,2 Mrd. $ bezifferte und inzwischen auf über 6,5 Mrd. $ angewachsene Defizit im Staatshaushalt noch weiter wächst und daß nicht noch mehr importierte Maschinen eingelagert werden müssen (gegenwärtig schon im Wert von 2 Mrd. $). Nur noch Anlagen für die Leichtindustrie, das Verkehrswesen und den Energiesektor – Bereiche mit chronischen Engpässen – dürfen importiert werden. Noch mindestens drei Jahre veranschlagt der Staatsrat für die Konsolidierung der chinesischen Volkswirtschaft.

Italien

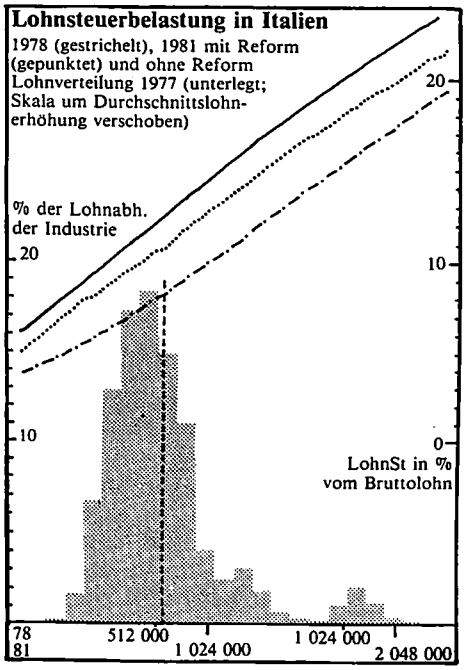
Gewerkschaften gegen Lohnsteuerplünderung

Anfang Dezember hat die italienische Regierung eine bereits zum Gesetzentwurf gediehene Lohnsteuerreform wieder abgeblasen und stattdessen u.a. die Mineralölsteuer erhöht. Viele Belegschaften antworteten mit Streik. Bei einem Anstieg der Bruttolöhne um ca. 21,2% (inflationsbereinigt 0,7%) ist das Lohnsteueraufkommen 1980 um ca. 46,5% gewachsen. Für 1981 rechnet das Finanzministerium mit Mehreinnahmen von 2800 Mrd. Lire (6 Mrd. DM), von denen durch die Reform 1750 Mrd. ausgefallen wären. Die Gewerkschaften halten an der Forderung nach Senkung der Lohnsteuer um die inflationsbedingte Mehrbelastung fest.

Wie das Schaubild zeigt (für 1981 wurden gewerkschaftliche Prognosen benutzt), wirkt die Nettolohnsenkung über die Steuerprogression rasend. In nur drei Jahren wird die Lohnsteuerlast auf dem Durchschnittslohn für einen verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern von 8,4 auf 12,6%, also um die Hälfte, gestiegen sein, obwohl die Gewerkschaften nach einem Generalstreik im Frühjahr 1980 eine Erhöhung der Freibeträge durchsetzen konnten. Die Freibeträge werden in Italien von der Steuerschuld – nicht, wie in der BRD, vom Einkommen – abgezogen, eine Erhöhung wirkt also wie eine Festgeldsteuersenkung und macht die Progression steiler.

Mit der geplanten Reform hatte die Regierung gleich mehrere Lumpereien verbinden wollen: 1. hätte sie die Progressionsschraube nicht einmal um acht Monate zurückgedreht. 2. wären durch die Architektur der Steuersätze und die erstmalige Einführung eines nach Einkommensklassen gestaffelten Freibetrags für nichtmitarbeitende Ehefrauen (in der gepunkteten Kurve an den „Stufen" erkennbar) die höheren Einkommen stärker entlastet worden als die Massen der Lohnabhängigen, wo die Frau ohnehin meist arbeiten muß. 3. wären die neuen, ermäßigten Sätze beim Steuerabzug erst im 2. Halbjahr praktisch angewandt und erst dann der seit Jahresbeginn überzahlte Betrag erstattet worden.

In Verhandlungen mit der Regierung haben die Gewerkschaften höhere Freibeträge – wie 1980 – und Durchführung der Steuersatzsenkung in diesem Jahr gefordert. Mehreinnahmen für den Wiederaufbau der Erdbebengebiete sollten, wenn schon, durch eine Ergänzungsabgabe von 4 oder 5% auf *alle* Einkommens- und Vermögenssteuern erzielt werden. Über die weiteren Forderungen wird diskutiert. Erhöhung der Freibeträge (z.B. regelmäßig um die als Festgeldbeträge gezahlten Inflationszuschläge) würde alle um den gleichen Betrag entlasten. Bei unverändert heftiger Progression würde die Lohnverteilung aber weiter von oben her zusammengedrängt, was den Kapitalisten erleichtert, die Angestellten von den gewerkschaftlichen Lohnkämpfen abzuspalten. Um im Tarifkampf an einigermaßen einheitlichen Forderungen festhalten zu können, haben daher einige Gewerkschafter eine Abflachung der Progression vorgeschlagen. Bei den wirklich hohen Einkommen (Spitzensteuersatz derzeit 72%) ist das Problem weniger, höhere Sätze festzulegen, als die nach geltenden Gesetzen geschuldeten Steuern tatsächlich beizutreiben.



Schweiz

Sondergesetze nach BRD-Muster

Der Schweizer Nationalrat hat nach zweitägiger Debatte am 18. Dezember 1980 verschiedene Änderungen des Strafgesetzbuches verabschiedet, die eine erhebliche Verschärfung des Strafrechts nach dem Muster der „Antiterrorgesetze" der Bundesregierung von 1976/77 bedeuten.

Neben der Anhebung der Strafvorschriften für verschiedene Artikel wurde der Straftatbestand „Aufforderung zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen" ganz neu in das Strafgesetzbuch aufgenommen (bisher nur „öffentliche Aufforderung zu Verbrechen"), das damit z.B. auch die öffentliche Aufforderung zum Kleben von Plakaten unter eine Strafandrohung von bis zu drei Jahren Zuchthaus stellt. Neu ist auch der Artikel 260, der „Vorbereitungshandlungen" zu schweren Straftaten mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus oder mit Gefängnis bedroht. Bisher waren bloße *Vorbereitungs*handlungen straffrei. Mit dieser Vorschrift geht die Schweizer Bourgeoisie noch über die Bemühungen ihrer nördlichen Nachbarn hinaus, die solche Vorbereitungshandlungen (den Kauf einer Kerze z.B. „zwecks Brandstiftung") nur unter die Knute des Strafrechts pressen können, wenn sich zumindest *zwei* zusammentun und damit eine „kriminelle Vereinigung" bilden.

Der Straftatbestand der Begünstigung (= zur Flucht verhelfen oder sonstige Hilfe zur Strafvereitelung), der jetzt auch unter Strafe stellt, wenn der Begünstigte seine Straftat im Ausland begangen hat und in der Schweiz (wegen deren wohlgehütetem „Neutralitätsstatus") weder verfolgt noch ausgeliefert werden kann, wurde ebenfalls – „im Interesse besserer internationaler Zusammenarbeit" – verschärft.

Die während der Zeit des deutschen Faschismus von den Schweizer Behörden geübte, damals rechtswidrige Praxis, Leute, die auf den Fahndungslisten der GeStaPo standen, an Deutschland auszuliefern, wäre damit zwar auch noch nicht Gesetz; zumindest soll aber derjenige, der in Zukunft solchermaßen Gesuchte in der Schweiz versteckt, mit Zuchthaus rechnen dürfen.

Die Änderungen, die bereits 1976/77 in Zusammenhang mit entsprechenden Beschlüssen des Deutschen Bundestages vorbereitet wurden, stießen von Anfang an auf Widerstand: Eine von der Expertenkommission des Departements für Inneres 77/78 ausgearbeitete Vorlage mußte vom Bundesrat (Regierung) entschärft werden. Die Vorlage des Bundesrats enthielt alle oben dargestellten Bestimmungen nicht; sie wurden erst jetzt wieder auf Antrag der bürgerlich-konservativen Fraktionen mit Unterstützung des Bundesrats Furgler wieder aufgenommen – lediglich die Sozialistische Partei hat, im Nationalrat in der Opposition, das Gesetz mit der Begründung abgelehnt, daß es sich dabei um eine „Lex Züricher Krawalle" handle. Verschiedene Organisationen, darunter auch Rechtsanwaltsvereinigungen, haben gegen das Inkrafttreten der Sondergesetze ein Referendum angekündigt. 50000 Unterschriften sind erforderlich, damit das Gesetz einer Volksabstimmung unterworfen werden muß.

US-Geiseln

Das Spionagenest in der Teheraner Botschaft kommt die US-Imperialisten teuer zu stehen

Bei den Verhandlungen über die Freilassung der US-Botschaftsangehörigen in Teheran schien es letzte Woche nur noch darum zu gehen, *wie* die Rückführung des iranischen Vermögens in den USA und bei US-Auslandsbanken garantiert wird. Iran hatte die Hinterlegung einer Garantiesumme von 23 Mrd. $ bei der algerischen Zentralbank gefordert und angeboten, seinerseits

In der Botschaft gefundene Waffen und Dokumente werden vorgeführt.

als Sicherheit für US-Forderungen 2 Mrd. $ zu hinterlegen. Die iranische Regierung ist auch zur Annahme anderer Garantien bereit, wenn das vermittelnde Algerien sie für ausreichend hält. Könnte die Geiselfrage auf dieser Grundlage gelöst werden, hätte Iran – und mit ihm die Dritte Welt – einen bedeutenden Erfolg gegen die Supermacht erzielt.

Die Bedingungen des iranischen Parlaments für die Freilassung der Geiseln sind: 1. eine Erklärung, daß sich die USA von jetzt an nicht mehr im Iran einmischen würden; 2. Freigabe der eingefrorenen iranischen Guthaben; 3. Annullierung der US-Ansprüche gegen Iran, auf Grund derer US-Gerichte Milliarden gepfändet haben; 4. Rückgabe des Schahvermögens. Carter hatte die Bedingungen in zwei Noten „im Prinzip" akzeptiert, um im einzelnen um ihre Erfüllung herumzukommen. In der Erklärung über Nichteinmischung fehlten die entscheidenden Worte „von jetzt an". Die iranischen Guthaben wurden niedriger beziffert, als sie – auch nach Angaben der US-Presse – sind. Für die Pfändungsbeschlüsse wurde nur eine vage „Regelungsprozedur" in Aussicht gestellt. Der Transfer von Schahvermögen in Drittländer sollte verboten, Iran im übrigen aber auf die Klage vor US-Gerichten verwiesen werden.

Die Anmaßung der Supermacht, über die Freigabe des Guthabens eines OPEC-Landes nach Gutdünken, d.h. nach den Interessen der New Yorker Banken, zu entscheiden, wäre damit sanktioniert worden. Noch vor zwei Monaten hat David Rockefeller von der Chase Manhattan Bank frech erklärt: „Wenn die Iraner meinen, sie würden alle Anlagen, die sie hier haben, sofort kriegen, werden sie enttäuscht werden." Außerdem: Von jeher haben die USA die Anhänglichkeit ihrer Kompradoren dadurch „gefestigt", daß sie sich als gepanzerte Sparkasse für Leute wie den Schah oder Somoza betätigten. Ob diese Sparkasse vom US-Präsidenten oder vom US-Richterstand bewacht wird, läuft für die Völker der Dritten Welt, die das geplünderte und beiseitegeschaffte Geld zurückhaben wollen, auf das gleiche hinaus.

Es sieht nun so aus, daß die USA auch in diesen Punkten nachgeben müssen. Die Alternative, eine neue militärische Aggression, könnte sich für die Supermacht leicht als Bumerang erweisen, und zwar nicht nur militärisch. Zudem hat Iran angekündigt, bei weiterem Verzug würden die Spione vor Gericht gestellt. Dabei würden Tatsachen aufkommen, die die Verwendung von Botschaften als Subversionszentralen künftig erheblich erschweren

OPEC-Finanzanlagen im Ausland

1979 hatten alle OPEC-Länder zusammengenommen rund 222 Mrd. $ im Ausland angelegt, davon die Hälfte, je etwa 55 Mrd. $, in den USA und Großbritannien. Von den Anlagen in Großbritannien entfielen wiederum 80% auf Dollar-Bankeinlagen, während in den USA je ein Viertel des Vermögens in Aktien, Grundbesitz und Staatspapieren bestand. Der größte Teil der „Petrodollars" steht faktisch imperialistischen Konzernen und Banken zur Verfügung, nur Kuweit hält schon mehr als die Hälfte seiner Auslandsmittel über eigene Banken und Finanzinstitutionen. Die Dollaraggression untergrub nicht nur die Kaufkraft der in Dollar berechneten Ölpreise, sondern entwertete auch die Reservefonds. Überdies setzt die Anlage großer Mittel in den USA selbst die OPEC-Länder allerlei Erpressungen und Übergriffen wie der „Einfrierung" des iranischen Vermögens aus. 1980 sind daher weit mehr neue Mittel in London als in New York investiert worden.

In bevölkerungsarmen Ländern wie den Emiraten oder Libyen hat die Korrektur des Ölpreises zunächst zur Ansammlung großer Geldmittel geführt. Die überall aufgestellten Industrialisierungsprogramme können nicht auf einen Schlag durchgeführt werden, soll nicht imperialistischen Lieferanten das Geld in den Rachen geworfen werden. Nur rund 15% der Gesamtsumme entfallen auf „private Investoren". Hier wird es sich meist um die persönliche Versicherung von Feudalen und Kompradoren gegen die Revolution ihrer Völker handeln. Das US-Vermögen des gestürzten Schah (mind. 10 Mrd. $) ist dafür ein Beispiel.

In rasch wachsendem Maß legen OPEC-Staaten ihre Geldmittel nicht mehr bei den Imperialisten an, sondern unterstützen durch Kredite zu günstigen Bedingungen den Aufbau der nationalen Wirtschaft in anderen Entwicklungsländern. 1978 wurde ein Drittel der Neuverschuldung arabischer Länder in der Region aufgenommen.

würden. Die islamischen Studenten haben u.a. Dokumente über die Ausspionierung der Revolutionsgarden und Versuche, mit Falschgeld die iranische Währung zu unterhöhlen, veröffentlicht. Vermutlich ist auch die direkte Beteiligung der US-Botschaft an konterrevolutionären Putschvorbereitungen hieb- und stichfest nachzuweisen.

Gegen solche Völkerrechtsverstöße haben die betroffenen Staaten das Recht auf Retorsion (völkerrechtlich erlaubte, aber unfreundliche Handlungen, z.B. Abbruch der Beziehungen), Repressalien (sonst verbotene Handlungen) und Selbsthilfe. In einem gängigen Lehrbuch des Völkerrechts heißt

es dazu: „Das allgemeine Völkergewohnheitsrecht gibt dem zu Repressalien aktiv legitimierten ... die Befugnis, *irgendwelche* anderen Verpflichtungen (also auch den in der Diplomatenkonvention festgelegten Schutz von Botschaften vor Massenaktionen, d. Verf.) ... zum Zweck der Repressalie zeitweise nicht mehr zu erfüllen." Als Repressalien verboten sind nur der Bruch humanitärer Übereinkommen, wie z.B. Mißhandlung von Kriegsgefangenen, und – gewaltsame Aktionen, wie sie die US-Imperialisten im April unternommen haben.

Mit der Botschaftsbesetzung ist klargestellt worden, daß kein Land unverschämte Verletzungen seiner Souveränität hinter dem Botschaftsschild einfach hinnehmen muß. Daher haben die US-Imperialisten Iran in der Dritten Welt nicht diplomatisch isolieren können. Wenn sie jetzt die iranischen Bedingungen tatsächlich erfüllen sollten und damit implizit anerkennen, daß die Subversion gegen andere Länder im Völkerrecht keine Stütze findet und Iran im Recht war, haben sich die Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen ein Stück weit zugunsten der Völker verschoben. Was die islamischen Studenten in der Teheraner Botschaft gefunden haben, zwingt schon jetzt die Supermächte zu größerer Vorsicht.

Osttimor

Schwierige Kampfbedingungen für Fretilin

Die internationalen Hilfsorganisationen, die seit letztem Jahr in Osttimor Hungerhilfe verteilt haben, werden vorraussichtlich ihre Hilfsoperationen dieses Jahr einstellen. Die indonesische Regierung hat dies angekündigt und damit begründet, daß „das Schlimmste vorbei sei". Indonesien besetzte und annektierte Osttimor am 7. Dezember 1975. Mit dieser Aggression, die von den meisten UNO-Mitgliedern verurteilt wurde, während sich die USA auf die Seite Indonesiens stellte, begann der Kampf der Fretilin gegen die indonesischen Invasoren. Die Folgen der Invasion waren, daß Osttimors Bevölkerung von 650 000 im Jahr 1975 auf 550 000 bis 600 000 nach vorsichtigen Schätzungen gefallen ist. Mit der Indonesianisierungskampagne – indonesische Lehrer wurden ins Land gebracht – hat der Widerstand gegen die Annektion zugenommen. Hinzu kommt, daß korrupte Armeeoffiziere ihre Taschen mit Geldern und Hilfsgütern gefüllt haben.

Die Fretilin, Osttimors Unabhängigkeitsbewegung, konnte den Guerillakampf gegen die indonesische Armee verstärken und vom Ostteil der Insel nach Westen bis in die Hauptstadt Dili ausdehnen. Die indonesische Armee versucht mit Terror gegen die Einwohner der Berggebiete, wo Fretilin ihre Basen hat, die Unabhängigkeitsbewegung zu ersticken. Der indonesische Präsident Suharto hat jetzt bekanntgegeben, daß der Verteidigungshaushalt 1981/82 von 408 Mio. Dollar auf 800 Mio. Dollar erhöht wird. Gegen die Absetzung der Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfe fordern die Timoresen, daß die ausländischen Hilfsorganisationen dauernd in Osttimor bleiben sollten.

Eritrea

Äthiopische Offensive Friedensplan der EPLF

Ende Dezember haben die äthiopischen Kolonialtruppen in Eritrea ihre alljährliche und jedesmal als „endgültig" angekündigte Winteroffensive gegen die Befreiungsbewegungen eingeleitet. Mehrere zehntausend Mann, unter Führung sowjetischer Offiziere, sind zusammengezogen worden. Erneut richtet sich der Angriff von verschiedenen Seiten gegen die Stadt Nakfa, in Norderitrea, den Hauptort des zentralen Stützpunktgebietes der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPLF. Im letzten Jahr hatte die Befreiungsarmee kurz nach Beginn der Offensive die äthiopischen Truppen teils aufreiben, teils bis in ihre Garnisonen in Zentraleritrea zurücktreiben können. Damit schien – nach den strategischen Rückzügen 1978 und der anschließenden Konsolidierungsphase – ein Wendepunkt im Befreiungskrieg erreicht. Die Befreiungsbewegungen haben aber im Verlauf des letzten Jahres nicht zu strategischen Angriffen übergehen können.

Zum Teil liegt das an der andauernden massiven Einmischung der Sozialimperialisten, die Äthiopien in kaum fünf Jahren einen Schuldenberg von 6 Mrd. $ aufgehalst hat. Die sowjetischen Waffenlieferungen sind alle in harter Währung oder mit dem Hauptexportprodukt Äthiopiens, Kaffee, zu bezahlen. 1200 Mann sowjetisches Militärpersonal stehen in Äthiopien und Eritrea. Auf der anderen Seite kam es zu heftigen Differenzen zwischen den beiden Befreiungsbewegungen EPLF und ELF, die teilweise zu bewaffneten Auseinandersetzungen führten. Einer der Gründe dafür war, daß die ELF eine „rasche Lösung" auf eigene Faust durch Annäherung an die Sozialimperialisten anstrebte. Ende November konnte auf Vermittlung Sudans wenigstens ein Waffenstillstand vereinbart werden.

Eine politische Einigung ist damit noch längst nicht erreicht. So hat die ELF den Sieben-Punkte-Friedensplan, den die EPLF ebenfalls Ende November über die sudanesische Regierung dem äthiopischen Militärregime vorgeschlagen hat, abgelehnt. Der Plan sieht einen Waffenstillstand unter Kontrolle einer beiden Seiten genehmen internationalen Organisation wie der UNO, der OAU oder der Arabischen Liga vor. Sodann soll eine Volksabstimmung entscheiden, ob Eritrea unabhängig wird, wieder (wie zwangsweise schon 1952–61) eine „Föderation" mit Äthiopien bildet oder eine autonome Provinz im äthiopischen Staatsverband wird. Anschließende Wahlen sollen je nach Ausgang des Referendums zur Bildung einer Regierung oder nur zu demokratischen Lokalverwaltungen führen.

Äthiopien hat auf den Plan bisher nicht öffentlich reagiert. Mit Sicherheit drängen die Sozialimperialisten auf eine militärische „Lösung", um ihre Flottenstützpunkte am Roten Meer, in Massawa und auf den Dahlak-Inseln, die beide auf eritreischem Boden liegen, zu halten. Eine Niederlage der jetzt begonnenen äthiopischen Offensive könnte für das äthiopische Militärregime ein Anstoß sein, sich von der drückenden sowjetischen Vormundschaft zu lösen und Verhandlungen aufzunehmen.

Die blaue Lagune

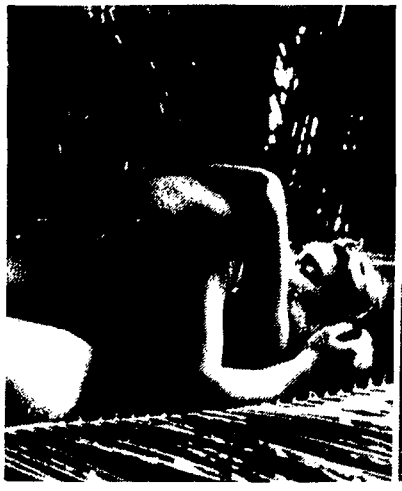
Zum Träumen von „Freiheit" — Robinson jetzt neu und gleich zu zweit

Wie Robinson in Defoes Roman die Produktionsprobleme auf seiner Insel mit den Kenntnissen (und Vorurteilen) eines Durchschnittsengländers zur Not auch allein, mangels Kooperation freilich mit sehr niedriger Produktivkraft, bewältigt, ist interessant. Von der Robinsonade, die unter dem Titel „Die blaue Lagune" jetzt in Westdeutschland anläuft, kann man das nicht sagen. In den USA sollen sich 10 Mio. den Film angeguckt haben. „Bravo" hat die Handlung in einem „Film-Foto-Roman" vorweg dargestellt.

Zwei schiffbrüchige Kinder (um spätere Komplikationen mit dem Inzesttabu zu vermeiden, keine Geschwister), werden auf eine Insel verschlagen. Zur Lösung aller praktischen Probleme der Produktion liefert das Drehbuch einen Schiffskoch mit, der nach Abschluß der Instruktion prompt ertrinkt. So können sich die beiden, einmal geschlechtsreif, ganz ihrer Zweisamkeit widmen. Sie kriegen denn auch ein Kind (ohne zu verstehen, wie es dazu gekommen ist). Bemerkenswert, wie der Regisseur verstanden hat, farbenfrohe „Natürlichkeit" (die Darsteller sind gewöhnlich allerhöchstens mit einem Lendenschurz, sie außerdem mit langen Haaren bekleidet) mit der kitschigsten Verhimmelung bürgerlicher Rechts- und speziell Familienverhältnisse zu verbinden. So verspüren die beiden das Bedürfnis, ordnungsgemäß zu heiraten, sie dazu ausnahmsweise im langen Abendkleid. Zum Weihnachtsfest gibts Perlen. Die Freude des Vaters des Jungen, der den Erben schließlich im trauten

Familienkreis wiederfindet, kann so ganz ungetrübt von aller – eigentlich ja naheliegenden – „Verwilderung" der Sitten bleiben.

Die Jugendzeitschrift „POP/Rocky" kennzeichnet das Strickmuster: „Woran jeder schon einmal dachte, ein Leben auf einer einsamen Insel, ohne Zwang, Schule und Lehre wird in diesem Film wahr." Damit so richtig schön – nach Feierabend – geträumt werden kann, hat der Regisseur, aus dem Travolta-Zweitfilm „Grease" einschlägig erfahren, keinen Aufwand gescheut. Unter 4000 Bewerbern für die männliche Hauptrolle wurde der schönste, jedenfalls aber blondeste ausgesucht, unter 322 Fidschi-Inseln die mit der blauesten Lagune für die Dreharbeiten gewählt und um einen künstlichen Wasserfall mit viel Beton und Wasserpumpe bereichert. Mit Robinsonaden haben bürgerliche Ideologen schon immer „beweisen" wollen, daß sich „ganz natürlich" alles so entwickelt, wie es in der kapitalistischen Gesellschaft dann auch ist. Jetzt ist das Thema auch für Sex-Kitsch „entdeckt".



Schöpfungsbericht des Dogonvolkes

Während des zweiten Weltkrieges zog sich der französische Ethnologe Marcel Griaule immer wieder zu den Dogon zurück, einem afrikanischen Volk von Bauern, das im Gebiet des Nigerbogens am längsten Widerstand gegen das Eindringen der französischen Kolonialisten geleistet hatte. Nach Jahren wurde er in einem langen Vortrag über ihre Mythologie belehrt, die er 1948 in möglichst unverfälschter und faßlicher Form niederlegte. Der Schöpfungsbericht, der den der Bibel an Kompliziertheit weit übertrifft, legt die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dar. Göttliche Wesen haben schlangemäßige Glieder, aber die Menschen erhalten Gelenke, damit sie arbeiten können. Die Entwicklung der grundlegenden Techniken, Weben, Spinnen, Ackerbau, Eisengewinnung und Schmieden bringt Umbrüche in der Organisation des sozialen Lebens hervor und wälzt jedesmal die religiösen Vorstellungen um. Verständlich wird, daß die rituellen Gebräuche und die Kunst Hilfen für die Menschen darstellen, ihre Arbeit zu ordnen und ihre Beziehungen untereinander zu organisieren. Der Bericht ist ein Beispiel für die Traditionen, auf die die afrikanischen Völker sich bei ihrer Emanzipation von Naturgewalten und Unterdrückung durch den Kolonialismus stützen können, obwohl die Neuauflage für deutsche Entwicklungshelfer und Händler gedacht ist.

Marcel Griaule, Schwarze Genesis. Suhrkamp TB 624, Baden-Baden 1980. 8,00 DM

Die Räuber vom Liang Schan Moor

Die „Räuber vom Liang Schan Moor", in dieser nach und nach mehrere hundert Köpfe zählenden Bande finden sich unter anderem zusammen: „Pantherschädel", der ehemalige Waffenmeister der kaiserlichen Leibgarde, von seinem Vorgesetzten verbannt, damit dessen Sohn seiner Frau habhaft werden kann; gemeinsam haben der Dorfmagister Wuyung, genannt „Listenstern", der Dorfschulze Pschao, die drei Fischer und Brüder Yüan, der Waldläufer „Rothaarteufel" und der Tao-Mönch „Wolkendrache" den Geburtstagstribut ihres Präfekten an den Kanzler geraubt. Ihre Täterschaft kommt heraus, und mit ihrer Beute flüchten sie ins

Liang Schan Moor. Ihre rechtzeitige Flucht verdanken sie dem Amtsschreiber Sung Kung Ming, wegen seiner Hilfsbereitschaft gegenüber der Bevölkerung auch „Regenspender von Schan Tung" genannt. Der Bewacher des überfallenen Transports, der kaiserliche Palastwächter Yan Tschi, geht übrigens auch gleich unter die Räuber. Wegen seiner Beziehung zu den Räubern und Erdolchung seiner Frau gerät der „Regenspender von Schan Tung" selbst unter Verfolgung und wird später das eigentliche Oberhaupt der Bande. Alle Häuptlinge sind ehemalige, in Ungnade gefallene Amtsträger. Die Truppen, die gegen sie ausgesandt werden, schlagen sie mit List und gut durchdachten Taktiken.

Die Bande ist auch deshalb stark, weil sie Fachmänner der verschiedensten Sorte vereinigt, z.B. den ehemaligen Festungskommandanten und meisterhaften Bogenschützen Hua Yung, den schnellsten Eilkurier „Geisterläufer", „Greifarmaffee", Meister der Nähkunst, den „Weißen Aal", ehemaliger Fischmakler.

Weil sie nicht besiegt werden können, werden sie am Ende des Romans vom Kaiser begnadigt und wieder in Amt und Würde gesetzt.

Der Roman spielt in China Anfang des 12. Jahrhunderts. Seine schlechte und nicht wahrheitsgetreue japanische Verfilmung läuft gerade im Fernsehen. Die „Räuber vom Liang Schan Moor" kann man getrost zur klassischen Literatur zählen, die Erzählung ist spannend, witzig und beeindruckt durch ihren Wortreichtum.

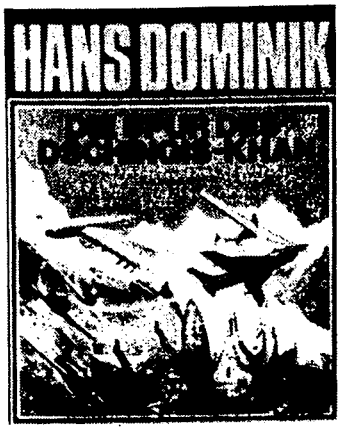
Heyne wärmt HJ-Lektüre auf

Der Heyne-Verlag hat eine relativ breit vorgesehene Neuauflage von Hans Dominik, geb. 1872 in Zwickau, gest. 1945 in Berlin, angefangen. Dominik war seinerzeit vielgelesener Jugendautor und Begründer der Science Fiction deutscher Zunge. Das technische Szenario seiner Geschichten ist heute überholt, und nur eine matte Spannung entsteht aus dem Vergleich, wie man sich damals die technische Entwicklung dachte und wie sie dann eintrat. Die politische Szenerie in Hans Dominiks Zukunftswelt ist fast immer dieselbe und der Roman „Die Spur des Dschingis Khan" keine Ausnahme.

Zwei große Kräfte wirken da auf der – durch moderne Kommunikationsmittel und schnelle Transportwege – klein gewordenen Welt. Das europäisch-amerikanische Abendland, dessen großer Machtblock in Europa ruht, stellt das Salz in der brodelnden Menschheitssuppe. Pfleger der Wissenschaft und Hüter der Kultur. Motor der Technik, Bewahrer der Zivilisation. Und: zivilisatorisch tätig! Am meisten als deutscher Mensch, in dem wissenschaftliches Genie mit tiefstem Gemüt und äußerst redlicher Ordnungsliebe sich verbindet. Die blühende europäisch-amerikanische Kultur würde unzweifelhaft den ganzen Erdball ergreifen und die minder beseelten farbigen Nationen mindestens auf die Stufe von Hilfsarbeitern des abendländischen Genies emporheben. Vortreffliche Ansätze sind bereits gemacht; in Afrika blüht deutsches Kulturwerk und in Ostsibirien sind große agrarische Kolonien angelegt, technisch ermöglicht durch ein Pülverchen, das man aufs Gletschereis des Himalaya schüttet, wodurch dies dann verdampft und auf die durstende Erde herniederregnet.

Alles wär wunderbar, hätte sich nicht in Asien die gelbe Rasse zusammengeballt, die neidisch aufs europäische Kulturwerk schielt und die Farbigen in aller Welt aufhetzt, z.B. in den USA, um die weiße Rasse zurückzuwerfen, wo nicht gar zu vernichten. Da die Asiaten Erfindungen sich durch Spionage und schmutzige Umtriebe angeeignet haben und zudem über unerschöpfliches Menschenmaterial despotisch verfügen, kann niemand gewiß sein, wieś ausgeht. Bloß gut, daß deutsche Ingenieurskunst ein Kraut erfunden hat, das den Asiaten zu beißen gibt.

Ein zweites Pülverchen: ins Wasser gestreut, erzeugt es subpolare Kälte, und so erfrieren die Millionenhorden kläglich, und die Zivilisation hat gesiegt.



Homo futurus

Stammeskultur — alternative Lebensform oder Zuchthaus?

„Unsere Zukunft ruht in der Vergangenheit, die wir in uns tragen." Mit dieser simplen Weisheit schließt eine Sendereihe des Bayerischen Rundfunks, die unter dem Titel „Homo futurus" die „möglichen Wege unendlicher Entwicklung" aufspüren will und bis Ende November ausgestrahlt worden ist. In der letzten Sendung spekuliert der Autor, ein Psychologe, über die Frage, wie der Mensch und die Kultur der Zukunft beschaffen sein müssen, damit die Menschheit die prognostizierten welterschütternden Krisen überleben kann. Das Interessante ist seine Lösung: ein kollektivistisches Gesellschaftsmodell entsprechend den Stammeskulturen der Jäger und Sammler, nur in moderner Form.

Zu Anfang malt der Autor ein düsteres Zukunftsszenario aus: Der zur Sicherung der Energieversorgung aufgebaute „Atomstaat" gefährdet das Leben seiner Bewohner. Der Dritte Weltkrieg bricht aus, weil die Mächte aus dem Plutonium der Kernkraftwerke Atombomben herstellen oder weil womöglich die Computer in den Kommandozentralen der Supermächte versagen und die Atomraketen in Marsch setzen. Der „totale Überwachungsstaat", gegenüber dem das Dritte Reich eine „Wohltat" gewesen ist, kontrolliert jede Regung seiner Bürger. Die Biotechnik eröffnet demnächst skrupellosen Elementen die Möglichkeit, neben Dubletten von Nobelpreisträgern auch „primitive Tiermenschen (zu) züchten oder roboterhafte Sklavengeschöpfe".

Über das technisch Machbare dieses Szenarios mag man streiten. Doch es findet sich in den Spekulationen keine Spur des Gedankens, daß der Klassenkampf darüber entscheidet, ob es zum Dritten Weltkrieg kommt oder ob die Imperialisten die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Völker der dritten Welt verschärfen können.

Denn der Autor sieht die Ursachen der „existenziellen Bedrohung" der Menschheit in Fehlentwicklungen in der Menschheitsgeschichte. Die haben mit dem Übergang von den Stammeskulturen der Jäger und Sammler zu seßhaften Ackerbauern begonnen. Die damit einhergehende Entstehung des Patriarchats hat die „Menschen von der Natur getrennt". Dabei hat sich das „Bewußtsein aus dem gesamten Körper in den Kopf, speziell ins Neuhirn verschoben ... losgelöst vom natürlichen weiblichen Fühlen, hat der männliche Intellekt Geister heraufbeschworen, die uns alle zu vernichten drohen." Nur ein neuer Menschentyp, der „aktive Metaphysiker", kann mit den Problemen der Zukunft fertigwerden. Er soll „die aktiv-zupackende Seite des Technokraten wie die des spirituell-meditativen Intellektuellen in sich vereinigen ... Aber ich wünsche mir, daß diese Kopfmenschen ergänzt werden durch die Möglichkeiten, die der übrige Körper bietet. Denn außer dem Kopf sind da ja auch noch das „Herz", also der Gefühlsbereich, und die Geschlechtsorgane."

Diese biologistische Geschichtsauffassung paßt zu den vulgärmaterialistischen Spekulationen über zukünftige Entwicklungen. Aber wie soll der beschriebene neue Menschentyp entstehen, wie soll er seine gesellschaftlichen Beziehungen gestalten? Für den Vulgärmaterialisten nichts einfacher als das: Die Rückkehr zur „Dorf- und Stammeskultur ... in entsprechend moderner Form" ist nämlich biologisch angelegt, „weil diese Art der Existenz unser Fühlen und Erleben und unsere gesamten Bedürfnisse über Hunderttausende von Jahren zutiefst geprägt hat. Die ein bis zwei Jahrhunderte industrieller Stadtzivilisation und auch die drei bis vier Jahrtausende städtischer Zivilisation überhaupt sind damit verglichen nur ein dünner Lack ... In Lebensgemeinschaften von 25 – 50 Mitgliedern könnten Grundbedürfnisse nach menschlicher Nähe, nach Kontakt, nach Zwiesprache, nach Wärme erfüllt werden ... könnte eine solche Gemeinschaft von 25 – 50 Erwachsenen, die in einem großen Haus oder auch einem ganzen Häuserblock lebt, einige Arbeitslose eine Weile mittragen. Sie könnte sich ... weitgehend medizinisch selbstversorgen, könnte neue Formen des Lehrens und Lernens entwickeln."

Damit ist zwar nichts dafür gewonnen, daß die anarchischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgehoben werden, damit die gesellschaftlichen Produzenten die Produktivkräfte planvoll entwickeln können. Doch die vorgeschlagene kollektivistische Reproduktion eröffnet beachtliche Möglichkeiten der Ökonomisierung, der Zerstörung des Versicherungsschutzes, der Auf-

hebung des gesellschaftlichen Bildungswesens. Auf gesellschaftlicher Stufenleiter können solche Zwangskollektive nur Zuchthäuser sein, in denen die persönlichen Freiheiten des Lohnarbeiters beseitigt sind. Solche Gemeinschaften haben nichts zu tun mit den in der Sendung herausgestellten alternativen Cafés, Kneipen etc., dafür umso mehr mit dem Blockwartsystem, das die Faschisten auch zu Zeiten „existenzieller Bedrohung" eingeführt haben.

Den Anstoß dafür, damit der „dünne Lack" abgeht und zur „Stammeskultur" zurückgekehrt werden kann, soll eine „Wendung nach innen und damit hin zu dem – wie ich meine – Wesentlichen" liefern. „Ob man den Himmel nicht auch – oder viel sinnvoller – in sich selbst finden kann", rät der Autor. Damit ist Gott nicht mehr fern und der Vulgärmaterialismus, der die Ursachen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht in der Gesellschaft sucht, in der Metaphysik gelandet.

Jürgen vom Scheidt: Homo futurus, Sendungsmanuskript über: Bayerischer Rundfunk, Postfach 200508, 8000 München 2

Fußball

Mini-WM: Nichts mit der „Ehre des Vaterlandes"

Das Ereignis: Eine Fußball-Mannschaft spielt gegen zwei andere Mannschaften und verliert; die beiden anderen Mannschaften spielten offensichtlich besser. Alles in allem standen die Spiele auf relativ hohem Niveau, die Zuschauer konnten sich über Ballbeherrschung, technische Fertigkeiten, gekonnte Spielzüge und taktisches Können der Spieler und Mannschaften freuen. Für Spannung war auch gesorgt. Soweit so gut, möchte man meinen. Von wegen!

Es ging um die sog. „Mini-WM" in Uruguay, ein Turnier von Nationalmannschaften, die bisher schon einmal den Weltmeister gestellt haben, an dem folglich auch die westdeutsche Mannschaft teilnahm und eben zweimal verlor, zuerst gegen die argentinische, dann gegen die brasilianische Mannschaft. Man verfolge dieses Ereignis nun durch die Schlagzeilen der „Bildzeitung":

30.12., vor dem Spiel gegen Argentinien: „Von Verlieren spricht keiner"
2.1., nach dem Spiel: „So ein Pech und diese Hitze"
3.1., vor dem Spiel Argentinien-Brasilien: „Derwall: Wie wir noch ins Endspiel kommen"
6.1., nach diesem Spiel, das 1:1 endete und alle Endspielerwartungen der westdeutschen Mannschaft endgültig zerschlug: „Dieser Mann (der österreichische Schiedsrichter, der „die Deutschen nicht mag") pfiff uns das Finale weg"
7.1., vor dem Spiel gegen Brasilien: „Heute schönstes WM-Spiel"
8.1., nach dem Spiel: „Von Brasilien ausgetanzt! Ihr habt uns schön blamiert"
9.1.: „1:4-Katastrophe – Derwall: Jetzt rollen Köpfe"

Was also heißt hier Spiel? „Wir" konnten uns gegenüber den anderen „Nationen" nicht durchsetzen, und das, nachdem „wir" auch schon weitgehend aus den Europapokal-Wettbewerben herausgeflogen waren. Eine „Katastrophe", die „Schuldige" verlangt.

„Deutsche Spieler fielen auf – durch Barbesuch" (Bild 9.1.) Jedes Fußball-Lehrbuch widmet der „gesunden Lebensweise" und ihrem Zusammenhang mit „Leistungsvermögen" und „Leistungsbereitschaft" ein eigenes Kapitel. Bundesliga-Vereinsunternehmen kontrollieren nach wie vor v.a. bei jungen Spielern, denen erst noch beigebracht werden muß, ihren Lebenswandel den Geschäftserfordernissen des Vereins unterzuordnen, ob sie tatsächlich um 22.30 Uhr im Bett liegen. Und dann wagen es also mehrere Spieler, „zwei Tage vor einem wichtigen Spiel" nach Mitternacht noch ein paar Bier zu trinken usw. Verschiedene Zeitungen widmen dem „süßen Leben" ganze Seiten. Aber mit dieser Zersetzung der Arbeitsmoral nicht genug.

„Was mich besonders ärgerte", ließ „Bild" einen Trainer zu Wort kommen, „war dieses verdammte ‚Profi-Verhalten' – mit dem geringsten Aufwand ein Ergebnis über die Zeit zu retten." Niemand kann behaupten, die westdeutschen Spieler hätten sich gegen die brasilianische Mannschaft ein Bein ausgerissen. Sie verkaufen ihre Arbeitskraft als Fußballer. Zwar ist ihr Lohn im Verhältnis zum Durchschnittslohn hoch; so hoch ist er wiederum aber auch nicht, denn ihre Arbeitskraft ist in aller Regel nach zehn bis zwölf Arbeitsjahren zerschlissen. Dies allein ist schon Grund genug, mit den Kräften zu haushalten. Überdies fällt das Turnier in die Winterpause zwischen zwei Bundesliga-Halbzeiten, nachdem die meisten auch schon im Sommer notwendige Erholungszeit durch die Europameisterschaft verloren hatten. Hätten sie sich etwa wie Dackel für die „Ehre des Vaterlandes" übers Spielfeld jagen lassen sollen?

„Eine andere Rechnung" präsentiert der „Kölner Stadtanzeiger": „Die Blamierten stecken pro Mann 7000 Mark ein." Ließe sich die „Krise des deutschen Fußballs" vielleicht zur Senkung der Spielerlöhne nutzen? Kurzum, es ist die Lambsdorffsche Weise, die hier angestimmt wird und die sich Millionen ins Ohr festsetzen soll, unmerklich sozusagen.

Woran aber liegt es, daß die imperialistische Bourgeoisie das Fußballspiel dermaßen zu Konkurrenzpropaganda und Chauvinismus nutzen kann?

Wie alle anderen enthält auch dieses Mannschaftsspiel zwei Elemente. Das eine ist der Kampf mit der Natur, der Versuch, den Zufall weitestmöglich auszuschalten, was vollständig selbst unter optimalen Umständen – ebene Spielfläche, totale Windstille – niemals möglich ist: „Der Ball ist rund", und deshalb bleibt in der Ball-Behandlung stets ein nicht auszuschaltender Unsicherheitsfaktor, der das Spiel für Spieler und Zuschauer immer wieder spannend macht.

Das zweite ist der Kampf mit dem „Gegner". Im Mittelalter, wo das Fußballspiel seine erste größere Verbreitung in Europa fand, war es das Spiel der aufkommenden Bourgeoisie. Die Tore repräsentierten feindliche Stadttore, die es unter Einsatz aller Mittel – gespielt wurde noch mit allen Körperteilen – zu erstürmen galt, Tote und Schwerverletzte waren an der Tagesordnung. Diese ungehemmte Konkurrenz setzt sich heute am krassesten etwa in der stehenden Redensart „Hauptsache gewonnen, egal wie" fort, mit denen Trainer und Vereinsführungen schlechte Spiele kommentieren, oder auch im K.O.-System der Pokalspiele, wo herausfliegt, wer verliert. Da der unmittelbare Spielzweck Sieg und Ausschaltung des „Gegners" ist, findet die imperialistische Konkurrenzpropaganda im Fußballspiel selbst ihren Nährboden.

Trotz aller Erscheinungen von Lokal„patriotismus" und auch Nationalismus im Zusammenhang mit Fußballwettkämpfen ist das jedoch nur die halbe Wahrheit. – Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise wurde Fußball im 19. Jh. zum Massensport: Die in den Fabriken zusammengepferchten, durch schwere Arbeit und einseitige Belastung halbverkrüppelten Lohnabhängigen brauchten vielseitigen Bewegungsausgleich; Fußball ist leicht zu lernen, ohne großen Aufwand zu spielen, macht anders als z.B. Handball, wo bestimmte Fertigkeiten Voraussetzung sind, auf jedem Spielniveau Spaß und bezieht zugleich zahlreiche Teilnehmer ein. Die Entwicklung einfacher Regeln trug ihrem Interesse an spielerischer Auseinandersetzung, Entfaltung der Spielkombinationen und des Zusammenspiels ohne gegenseitiges Abschlachten Rechnung. Wenn heute jeder vierte männliche Jugendliche aktiv Fußball spielt, der DFB mit über 3,5 Mio. Mitgliedern und rund 17000 angeschlossenen Vereinen eine der größten Massenorganisationen in der BRD ist, jedes Wochenende Millionen als Zuschauer auf die Fußballplätze strömen, dann bestimmt nicht, weil die Massen die Konkurrenz so lieben. Im Gegenteil, sie sorgen eher dafür, daß das Prinzip „Hauptsache gewonnen" sich nicht durchsetzt, indem sie schlechtes, aber mehr noch überhebliches Spiel – „den Gegner vorführen" – entsprechend quittieren.

Inzwischen mußte die Bourgeoisie auch die Erfahrung machen, daß die „Professionalisierung" des Fußballs die Konkurrenz nicht so gefördert hat, wie sie dies erhofft hatte. Zwar, die Bundesliga- und Regionalliga-Vereine sind nichts weiter als kapitalistische Unternehmen, die nach denselben Gesetzen handeln wie jeder andere Konzern und die sich im Konkurrenzkampf entweder durchsetzen oder von Vernichtung bedroht sind, wie jetzt z.B. Schalke 04. Entsprechend werden die Profi„spieler" durch ein ausgeklügeltes Prämiensystem zu höchster Verausgabung ihrer Arbeitskraft angestachelt. Doch zugleich hat die Bourgeoisie damit ihrem liebsten Kind, dem Spieler nämlich, der sich für die „Ehre" des Vereins oder des „Vaterlandes" zerreißt, den Boden unter den Füßen entzogen. Allmählich entwickelt sich unter den Fußballspielern eine gewerkschaftliche Bewegung, die sich vorerst weniger in der gewerkschaftlichen Organisation ausdrückt als vielmehr in dem, was die Antreiber als „verdammtes Profi-Verhalten" bezeichnen.

Schachrechner

Eine spannende Entwicklung, die etwas langweilig beginnt

Die Schachrechner, in der Vorweihnachtszeit mit großen Stückzahlen auf den Markt geworfen, stauben bereits jetzt in Schrankecken ein. War das Ganze bloß eine kurzlebige Mode? Kaum, bloß hat die jetzige Generation von Schachrechnern noch systematische Mängel.

Beim gewöhnlichen Spiel von zwei Leuten miteinander vergleichen sich unterschiedene Auffassungen des mathematischen Problems Schach. Die zweckmäßige Richtigkeit wird auf dem Spielfeld festgestellt. Der Reiz des Spiels liegt in der Vertiefung der Auffassung des überaus komplexen mathematischen Problems Schach, nicht im Sieg (denn wer liebt schon das Spiel mit einem leicht und sicher zu schlagenden Partner), sondern im Lernen.

Beim Einsatz der gegenwärtigen Rechnergeneration ist dieser Lernprozeß bestenfalls einseitig. Die Schwachpunkte des Programms werden von den geübten Spielern nach relativ kurzer Zeit aufgefunden. Bis dahin lernt der Spieler, ab dato lernt er nicht mehr viel. Nun spielt man ja nicht mit dem Rechner, sondern mit dem Programm auf dem Rechner. Ein solches Programm stellt eine wissenschaftlich eindeutig fixierte Auffassung des Schachproblems dar. Die wird kollektiv, unter Mitwirkung erfahrener Schachspieler, Mathematiker, Ingenieure gewonnen. Die Auffassung dieser Leute vertritt der Rechner im Spiel. Freilich mit einer stur dogmatischen Starrheit, die der wirklichen Tätigkeit des Programmiererteams (das zur gleichen Zeit an der Herstellung verbesserter Programme sitzt) blechern Hohn lacht.

Um die dogmatische Starre aufzulockern (praktisch, um zu verhindern, daß eine einmal gespielte Partie sich exakt wiederholen ließe), ist in den meisten Programmen ein Zufallselement eingebaut. Wenn im Spielverlauf sich verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten mit ungefähr gleichen Aussichten ergeben, wirkt der Zufall. So steht denn auf der einen Seite der menschliche Spieler, geplagt von den quasi technischen Unzulänglichkeiten menschlichen Denkens, stets in Gefahr, irgendwas zu übersehen, zu vergessen usw., auf der anderen Seite der programmierte Rechner, der dogmatisch stur und technisch perfekt die Schachauffassung des Programmiererteams vertritt. Der Spieler versucht, gerade dort zu lernen, wo die ungeheure Zahl der Entwicklungsmöglichkeiten jede Spielsystematik im Nebel des Zufalls zu verschlingen droht. Gerade da indessen würfelt der Rechner. Die Verärgerung ist vorprogrammiert.

Eine Änderung wird eintreten, sobald frei programmierbare Schachrechner verwendbar werden. Das Spielvergnügen, die durch Überlegung gewonnene Ansicht des Schachproblems durch praktischen Vergleich zu prüfen, bliebe erhalten. Eine systematischere Durchdringung der Sache wäre möglich, ja erforderlich. Korrekturen könnten entwickelt werden, ebenso Erweiterungen. Den extrem individualisierten Charakter würde das Schachspiel dabei allerdings einbüßen. Die Korrektur, Erweiterung usw. derartiger Programme gelingt einem Kollektiv immer besser als Einzelnen. Vielleicht tritt ein kräftiger ideologischer Nebeneffekt ein, zeichnet sich doch ab, daß die Entwicklung der Produktivkräfte die Individualisierung der Kopfarbeit abzulösen beginnt.

Bürgerliche Geldtheorie

Friedmans Handreichungen für Thatcher, Reagan und andere

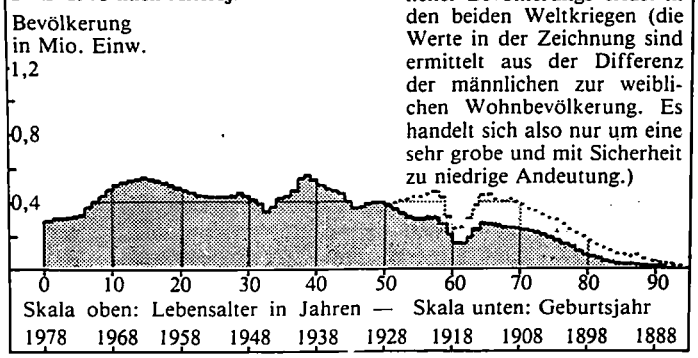
Ein Helikopter flappert übers Land. Die Luke geht auf und heraus kommen schön gleichmäßig übers Land verteilt 1000 Dollar in Banknoten. Alles grabscht danach und erhöht seine Kassenhaltung ... Um es kurz zu machen, die Geschichte endet so, daß alle ihr zusätzliches Geld ausgeben und das Preisniveau steigt, denn es sind ja nur Banknoten aus dem Hubschrauber gekommen und keine Produkte. So beginnt Milton Friedmans Darstellung über die „optimale Geldmenge". Friedman, Nobelpreisträger, Reagan-Berater, wissenschaftlicher Pate der Thatcherschen Wirtschaftspolitik in Britannien ist Oberhaupt der sogenannten Chicago-Schule in der bürgerlichen Ökonomie.

Sich selbst hat er den Titel des Anführers der „Konterrevolution der Geldtheorie" (so der Titel einer seiner Schriften) zugelegt. Der simple wie falsche Grundgedanke seiner „theoretischen Konterrevolution" geht zurück auf die bürgerlich-neoklassische Vulgärökonomie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit ihren „Voraussetzungen" der Preisbestimmung durch den „individuellen Nutzen" einer Ware und des wirtschaftlichen Gleichgewichts bei vollständiger Konkurrenz, bewirkt durch Angebot und Nachfrage.

Bei einer gegebenen Warenmasse ist die zu ihrer Zirkulation erforderliche Menge an Banknoten und Münzen sowie sonstigen Zahlungsmitteln bestimmt durch die Preissumme der Waren und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Diese schlichte Feststellung hatte auch bereits Marx getroffen. Mit dieser Feststellung könnte aber weder erklärt werden, was den Wert der Waren bestimmt, wie ihr Produktionspreis entsteht und wie ihr Marktpreis, noch woher Differenzen zwischen Wert und Preis resultieren. Schon gar nicht kann damit die Entstehung des Geldes als vergegenständlichte menschliche Arbeit noch eine Wertveränderung des Geldes oder der Geldware z.B. „Gold" erklärt werden. Ergänzt durch die Vorstellung, das Geld hätte sowieso nichts mit der Entwicklung der Produktion zu tun, kommen die bürgerlichen Theoretiker aber zu dem Schluß, die Preise seien durch die Geldmenge bestimmt. Weiter ergänzt durch empirische Feststellungen, daß bei steigenden Preisen immer auch eine gestiegene Geldmenge festgestellt werden kann, kommt Friedman zu dem Schluß, daß also nur die Geldmenge genausoviel und nicht mehr erhöht werden müßte wie die Zunahme der Produktion, und das Preisniveau bliebe stabil. Gekrönt durch das Postulat, daß die Zentralbank das bewerkstelligen kann, ergibt sich für Friedman und seine Jünger schlüssig, daß das Finanzkapital direkt die Wirtschaftspolitik in den Griff nehmen muß, damit das freie Spiel der segensreichen und ausgleichenden Kräfte des Kapitalismus endlich wieder zum Zuge kommt.

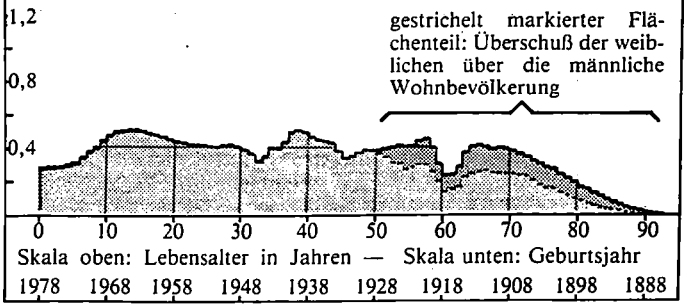
Offensichtlich erklärt sich die Bedeutung Friedmans für die Bourgeoisie nicht aus theoretisch aufklärender Wirkung, sondern aus der praktischen Anwendbarkeit für eine liberal-reaktionäre und demagogische Kritik an der Ausdehnung des imperialistischen Unterdrückungsapparates. Seit den 30er Jahren hatte das Konzept von Keynes dazu gedient, die Ausweitung der Staatsausgaben und vor allem deren Einnahmen durch Steuerplünderung wirtschaftlich zu begründen. Keynes mußte, anders als seine neoklassischen Vorgänger, die Tatsache der Krise des Imperialismus akzeptieren, um der Bourgeoisie Vorschläge zu deren Behandlung zu liefern, kurz gefaßt: Ausdehnung der Staatsausgaben zur Schaffung von Nachfrage und Belebung der Akkumulation. Insofern dient er auch den verschiedensten sozialdemokratischen Wirtschaftskonzepten zur Vorlage. Friedmans „Gegenrevolution" soll die theoretische Fahne sein, hinter der sich die gegenwärtige liberale und konservative Mobilisierung sammeln kann, und mit Reagen ist auch der Standartenträger zur Stelle: Senkung der Staatsausgaben vor allem für Sozialversicherungen, denn das erhöht nur das Preisniveau, Frontalangriff gegen die Gewerkschaften, denn sie sind eine schädliche Monopolbildung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit nämlich, die sich bei einem stabilen Preisniveau ergibt, ist die „natürliche". „Unfreiwillige" Arbeitslosigkeit besteht dann nicht mehr, Angebot und Nachfrage sind ausgeglichen. Es gibt nur noch „freiwillige" Arbeitslosigkeit.

01 Männliche Wohnbevölkerung in der BRD 1978 nach Altersjahren

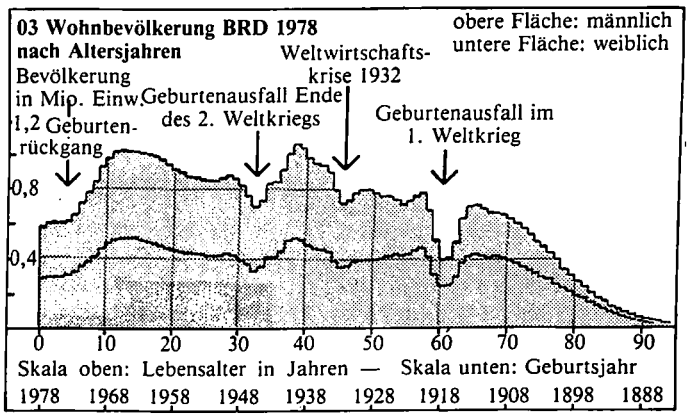


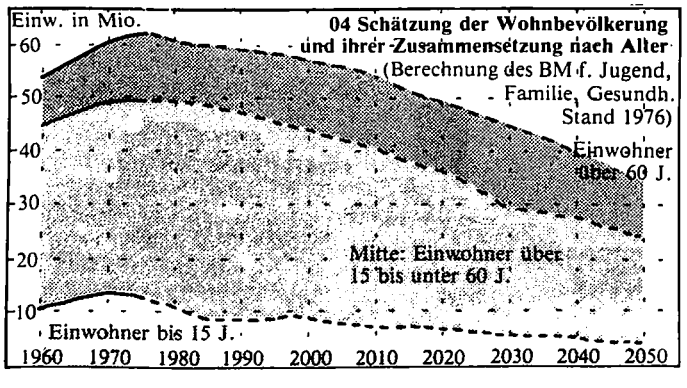
gestrichelt angedeutet: männlicher Bevölkerungsverlust in den beiden Weltkriegen (die Werte in der Zeichnung sind ermittelt aus der Differenz der männlichen zur weiblichen Wohnbevölkerung. Es handelt sich also nur um eine sehr grobe und mit Sicherheit zu niedrige Andeutung.)

02 Weibliche Wohnbevölkerung in der BRD 1978 nach Altersjahren

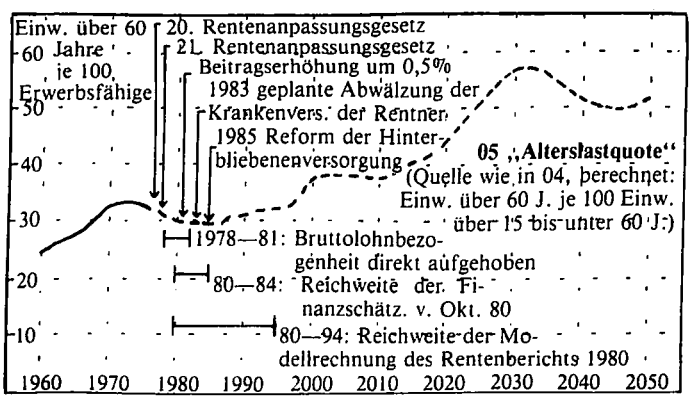


03 Wohnbevölkerung BRD 1978 nach Altersjahren





04 Schätzung der Wohnbevölkerung und ihrer Zusammensetzung nach Alter (Berechnung des BM f. Jugend, Familie, Gesundh. Stand 1976)



05 „Altenlastquote" (Quelle wie in 04, berechnet: Einw. über 60 J. je 100 Einw. über 15 bis unter 60 J.)

„Kohlrüben"-Winter 1916/17, Hungersnot

November 1932 Streik der Berliner Verkehrsarbeiter

Faschistische Jugendwerbung: für Kolonialsoldaten

1914—1918. 1. Weltkrieg: Der imperialistische Kapitalismus während des 1. Weltkrieges wird innerhalb kurzer Zeit zum vollständigen Militärzuchthaus für die Arbeiter. Gewerkschaftliche Rechte sind aufgehoben, wer nicht zur Front eingezogen ist, muß nach dem Gesetz von 1916 „vaterländischen Hilfsdienst" (Arbeitsdienst) leisten; die gesamte Versorgung mit alltäglichen Lebensmitteln wird rationiert und besteht ohne „Zusatzversorgung" (Schwarzmarkt) im wesentlichen 1916/17 aus Kohlrüben, u.a. Kohlrübensuppe, Kohlrübenmarmelade, Kohlrübenkaffee. – Die Geburtenrate sinkt von 27,5 Lebendgeborenen je Tsd. Einwohner 1913 auf die Hälfte ab (13,9 je Tsd. E. 1917). 1,8 Mio. Kriegstote und 4,2 Mio. Kriegsverwundete weist die Statistik für Deutschland aus.

1932. Weltwirtschaftskrise: Der Zusammenbruch der Kapitalverwertung in den imperialistischen Staaten führt in Deutschland zu Hungersnot in der Arbeiterbevölkerung. Durch Notverordnungen werden Löhne und Renten gekürzt, die Arbeitslosenzahl wird 1932 mit 5,5 Mio. angegeben. Familien, die vom Arbeitslosengeld leben mußten, hatten einmal in der Woche Wurst, sonst Brot und Kartoffeln und nicht selten die letzten zwei Wochentage gar nichts mehr. – Die Geburtenrate erreichte mit 14,7 je Tsd. Einwohner ihren tiefsten Stand

Die Reaktion hat verschärfte Ehrenberg-Gesetze im Auge

„Die Rentenversicherung befindet sich derzeit dank der Konsolidierungsmaßnahmen im Gleichgewicht", verkündet Helmut Schmidt in der Regierungserklärung. Das „Gleichgewicht" ist hergestellt worden vor allem durch:

– eine Kürzung der Rentenansprüche zum 1. Juli 1981 um 13,6%; die nach der Gesetzeslage Anfang 1977 berechnete Rente bei 40 Versicherungsjahren zum Durchschnittslohn würde am 1. Juli 81 auf 1318 DM erhöht, nach den Ehrenberggesetzen beträgt die Rente im Juli 81 1139 DM (vergl. Politische Berichte 4/80).

– die Festsetzung der Kostenerstattung der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner auf die durchschnittliche Beitragshöhe der Krankenversicherung (am 1.1.80 11,36%); 1977 geschätzte „Ausgabenersparnis" bis 1980: 32 Mrd. DM.

– die Erhöhung des Gesamtbeitrags auf den Bruttolohn ab 1.1.81 von 18% auf 18,5%.

– Abbau des Vermögens („Deckungsrücklage") von 47,3 Mrd. 1974 auf 20,2 Mrd. DM Ende 1979 (vergl. Darstellungen in Nr. 1/81).

Seit der direkten Verschiebung der Rentenanpassung 1957 um ein Jahr und der im Finanzänderungsgesetz 1968 u.a. beschlossenen und vorübergehend praktizierten Beitragshebung für die Krankenversicherung der Rentner waren diese Ehrenberggesetze die erste umfangreiche „Anpassung" des „Generationenver-

„Natürliche Bevölkerungsbewegung" im Imperialismus — einige Daten

zwischen den beiden imperialistischen Kriegen.

1933—1940. Die zielgerichtete faschistische Mobilmachung für den imperialistischen Raubkrieg tritt gegenüber dem Zusammenbruch in der Weltwirtschaftskrise als wirtschaftliches Aufblühen in Erscheinung. Was aufblüht, sind die Profite: die „unverteilten Gewinne" nehmen um mehr als das Fünffache von 1929 bis 1939 zu, die Einkünfte aus Unternehmen und Vermögen in Industrie, Handwerk und Handel um die Hälfte. Auch die verschiedenen „Führer" werden gut bestellt: 1938 verdiente 1% der Steuerzahler über 50000 RM im Jahr und bezog damit 21% der Gesamteinkommen. Zerschlagung der Gewerkschaften und Parteien der Arbeiter, Entrechtung und Arbeitsdienst sorgen für eine entsprechende Ausgestaltung der Lohnskala nach unten: Der Hilfsarbeitertarif sinkt von 79,4 Pf/Std. 1929 auf 62,8 Pf/Std. 1939, während der Angestellte 1929 das 1,8fache des Industriearbeiters brutto verdiente, hat er 1939 das 2,1fache. Die in diesen Daten zum Ausdruck kommende erhebliche Spreizung der Löhne und Einkommen muß man für die Beurteilung der Geburtenzunahme in diesem Zeitraum beachten. Ebenso die ganz verschiedenen Aussichten: Zwangsunterwerfung der Arbeiterbevölkerung unter die faschistische „völkische Gemeinschaft", verbunden mit umfangreichen Versprechungen, Erweiterung der Bereicherungsmöglichkeiten durch imperialistischen Raub und Kolonien für die besseren Einkommensklassen: Die Geburtenrate erreichte mit 20,4 1939 den höchsten Wert seit 1925.

1946. Mit Versprechungen, berechnet auf Wirkung bis hinein in die Facharbeiterschichten, hatte die faschistische Diktatur der Bourgeoisie nicht gespart. Mit dem Eintritt in den imperialistischen Krieg schiebt die Bourgeoisie diese Versprechungen zur Seite. Das Militärzuchthaus für Arbeiter des 1. Weltkrieges ist nach allen Seiten ausgebaut. Seit Kriegseintritt sinkt die Geburtenrate. – 1946 werden auf 1000 Einwohner 16,1 Lebendgeburten registriert. Auf 1000 Frauen zwischen 15 und 45 Jahren kommen 65 Lebendgeburten (Fruchtbarkeitsziffer). Auf 3,5 Mio. getötete Soldaten und weitere 3 Mio. getötete Zivilisten wird der Kriegsverlust in Deutschland geschätzt. – Die vollständige Auspowerung der Arbeiterbevölkerung durch die faschistische Diktatur und die auf Basis eines Hungerstandards durchgesetzte erneute Machterrichtung der imperialistischen Bourgeoisie verhindern auf Jahre einen auch nur langsamen Erholungsprozeß. – Erst ab 1956 beginnt die Geburtenrate etwas gegenüber dem Niveau von 1946 zu steigen.

1964/64. Die Geburtenrate mit 18,3 bzw. 18,2 und die Fruchtbarkeitsziffer mit 87 erreichen den höchsten Wert seit 1946. Beschleunigt durch die erste größere Wirtschaftskrise 66/67 sinkt seitdem die Geburtenrate. Die Fruchtbarkeitsziffer hat sich mit heute etwa 45 fast halbiert. – Nicht wenige Pfaffen und reaktionäre Ideologen sehen darin einen besonderen Beweis für heutigen Wohlstand und „irdische „Genußsucht". Haben sich die Gesetzmäßigkeiten der „natürlichen Bevölkerungsbewegung" unter imperialistischer Herrschaft vielleicht umgekehrt? Dafür spricht nichts, insbesondere spricht dafür nicht, daß die Statistik den Lohnabhängigen am unteren Ende der Einkommensskala eine Fortpflanzungsrate von Null bescheinigt, während die oberen Einkommensklassen eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Fortpflanzung aufweisen.

Nach Luftangriff in Mannheim Ende des 2. Weltkrieges

Kieler Howaldtswerke 1954: gegen Pariser Verträge

Stahlarbeiter im Streik 1978/79

trages": 1. zu Lasten der Rentner, 2. zu Lasten der Beitragszahler durch direkte Anhebung der Beiträge, indirekt wurde die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge weiter beschleunigt.

Arendt, der die bevorstehende Pleite des „Generationenvertrages" in früherer Version nicht als zu lösendes Problem der letzten Bundesregierung präsentieren mochte, wurde in die Wüste geschickt. Ehrenbergs Kostendämpfungsrechnung ging in dieser Hinsicht auf, er wurde neuerlich für die Geschäfte der herrschenden Klasse vereidigt.

Indessen ist sich die Bourgeoisie über den Wert des von Schmidt bekundeten „derzeitigen Gleichgewichts" vollständig im klaren, wie nebenstehende Darstellungen (Bilder 04 und 05) sowie die Äußerungen ihrer Experten – vergl. die Zitate – ausdrücken. Der „Alterslastquotient" – ein grober Ausdruck für das Verhältnis von Rentenansprüchen zu Beitragsleistungen – wird bis Mitte der 80er Jahre fortwährend „günstiger" im Sinne der Umlagenfinanzierung des „Generationenvertrages". In den folgenden Jahren steigen die Rentenansprüche im Verhältnis zum Beitragseingang sprunghaft – und zwar nicht, weil etwa die Rentner zunehmen würden, wie das Märchen vom „Rentenberg" behauptet, sondern wegen der durch den Geburtenrückgang schrumpfenden Zahl der beitragspflichtigen Lohnabhängigen. – Die drei großen bürgerlichen Parteien haben Fortsetzung der Ehrenberg-Methode im Auge: Rentenkürzung, Beitragsanhebung zu Lasten der Lohnabhängigen. Die Durchsetzung entgegengesetzter Forderungen: Zahlungsverpflichtung der Kapitalisten, Selbstverwaltung durch die Versicherten, ist für die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung aktuell und eine dringliche Aufgabe.

„Generationenvertrag" in Fortentwicklung

CDU: „... So wie wir sie konstruiert haben, ist unsere soziale Rentenversicherung eine ungeheuerliche Prämierung der Kinderlosigkeit. Sie kann gar nicht höher prämiert werden, als es hier geschehen ist ... Die Rente, die sie (die heutigen Beitragszahler) selber beziehen wollen, die erdienen sie sich durch die Aufzucht des Nachwuchses. Wer dazu nichts beiträgt, ist in einem ungeheuren Manko, Wer viel dazu beiträgt, der hat vielleicht soviel geleistet, daß er nicht nur keinen Beitrag mehr zu zahlen braucht, sondern daß ihm noch etwas herauszuzahlen wäre ..." (Oswald v. Nell-Breuning auf dem Seniorenkongreß der CDU am 19.8.80)

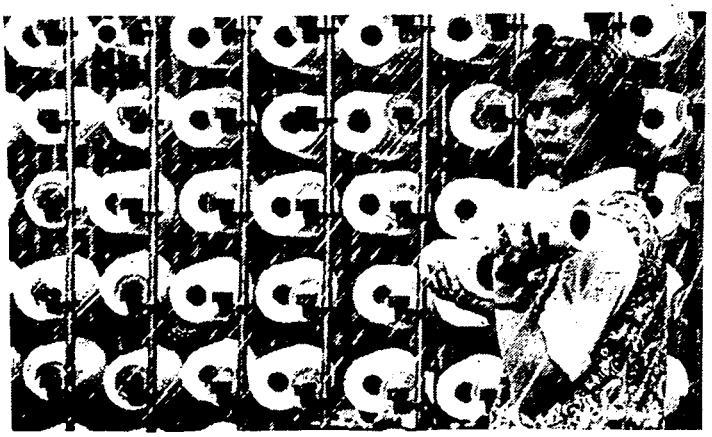
FDP: ... Damit genügend (Geld) da ist, wird man rechtzeitig daran denken müssen, die Reserven aufzufüllen. Das wäre z.B. so möglich, daß der Anpassungssatz gekürzt wird, wenn die Reserve eine bestimmte Schranke nicht erreicht: z.B. um 20%, 40%, 60%, 80%, 100%, wenn die Reserve niedriger ist als 12 bzw. 9, 6, 3, 1 Monatsausgaben – bei Reserve von weniger als einer Monatsausgabe also keine Rentenerhöhung! ..." (Prof. Dr. H. Härlen, FDP-Veranstaltung „Probleme liberaler Altenpolitik und Alterssicherung" am 19.9.80)

SPD: „Die SPD will die Renten und die Beiträge der Rentenversicherung grundlegend neu und so regeln, daß sich die Höhe der Renten und der Beitragssatz künftig ‚nach einer im Voraus festgelegten Formel aufeinander einpendeln'. Diese Forderung hat der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages, Jürgen Egert, im Pressedienst seiner Partei erhoben." (Handelsblatt v. 11.12.80)

Im nächsten Heft

Sowjetunion

KPdSU steckt die Ziele ab für das kommende Planjahrfünft



Vor dem 26. Parteitag der KPdSU Ende Februar ist deutlich, daß die Vorgaben des 10. Fünfjahresplans (1976 1980) nicht erfüllt wurden. Das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Abteilungen der Produktion verschärfte sich weiter. Zwar konnten die Lohnabhängigen überplanmäßige Lohnerhöhungen durchsetzen, aber es fehlt an den notwendigen Reproduktionsmitteln, die sie kaufen können. Die Bourgeoisie rüstet sich für kommende Klassenschlachten.

BRD

Regierungssozialdemokratie, Vorkämpfer der Politik der Lohnsenkung?

Die erste offene Krise des BRD-Kapitalismus im Jahr 1966/67 brachte zuerst die „große Koalition" aus SPD und CDU/CSU und dann die sozialliberale Koalition ans Ruder. Sie trat mit einer Fülle politischer und sozialer Versprechungen auf. Sie zog große politische Hoffnungen auf sich. In dem Aufsatz soll untersucht werden, welche Folgen die gesetzgeberische Tätigkeit der sozialliberalen Koalition auf die Entwicklung des Lebensstandards in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin gehabt hat und welche Perspektiven sich für die nächste Zukunft ergeben.

Baden-Württemberg

„Grenzrichter" gegen Asylsuchende?

Durch eine ganze Serie von Verschärfungen des Asylrechts und seiner Handhabung im Verlaufe des letzten Jahres ist dieses Recht faktisch außer Kraft gesetzt, soweit es nicht mit den Interessen der herrschenden Klasse in Einklang steht. Das tut es z.B. nicht gegenüber Asylsuchenden, Verfolgten und Vertriebenen aus den Ländern, in denen die westdeutschen Imperialisten selbst direkt an der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes beteiligt sind, wie z.B. der Türkei.
Dem baden-württembergischen Justizminister Eyrich reicht die rechtlose Zusammenpferchung der Asylsuchenden in Lagern nicht aus.

Großbritannien

Thatcher-Radikalkur will nicht richtig anschlagen

Vor eineinhalb Jahren ist die Thatcher-Regierung mit demselben Programm angetreten wie jetzt Reagan in den USA.

Die zur Sanierung der britischen Wirtschaft verordnete Radikalkur ist nicht angeschlagen. Unter den Kapitalisten mehren sich die Stimmen für einen Kurswechsel. Thatchers Lohnpolitik ist teilweise an der britischen Arbeiterbewegung gescheitert. Wie sind die Bedingungen für 1981?